

74. Sitzung

am Mittwoch, dem 21. Januar 2015

Inhalt

Nous sommes Charlie!

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und DIE LINKE vom 20. Januar 2015 (Drucksache 18/1714)

Abg. Tschöpe (SPD) 5497

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) ... 5498

Abg. Dr. vom Bruch (CDU) 5500

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE) .. 5502

Bürgermeister Böhrnsen 5504

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen) 5505

Abg. Werner (Bündnis 90/Die Grünen) 5506

Abg. Dr. Korol (BIW) 5507

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE) .. 5507

Abstimmung 5508

Eingänge gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung 5509

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung 5509

Aktuelle Stunde**Armut und Reichtum nehmen zu: Konsequenzen aus dem Armutsbericht ziehen und umsetzen!**

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE) .. 5510

Abg. Möhle (SPD) 5512

Abg. Röwekamp (CDU) 5515

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) ... 5517

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE) .. 5520

Abg. Möhle (SPD) 5521

Abg. Röwekamp (CDU) 5522

Senatorin Stahmann 5523

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE) .. 5526

Bürgermeister Böhrnsen 5526

Abg. Frau Wendland (Bündnis 90/Die Grünen) .. 5528

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 19. Januar 2015 5529

Jugend im Parlament – 10. bis 14. November 2014

Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 5. Dezember 2014 (Drucksache 18/1660)

Abg. Hamann (SPD) 5529

Abg. Frau Neddermann (Bündnis 90/Die Grünen) 5531

Abg. Tuncel (DIE LINKE) 5533

Abg. Rohmeyer (CDU) .. 5535

Abg. Frau Neddermann (Bündnis 90/Die Grünen) 5537

Abg. Tuncel (DIE LINKE) 5538

Öffentlich zugängliche Defibrillatoren retten Leben!

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. September 2014 (Drucksache 18/1566)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. November 2014

(Drucksache 18/1609)

Abg. Bensch (CDU) 5539

Abg. Brumma (SPD) 5540

Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) 5541

Abg. Erlanson (DIE LINKE) .. 5541

Staatsrat Härtl 5542

Die Meere gemeinsam schützen!

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 14. Oktober 2014
(Drucksache 18/1585)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. Dezember 2014

(Drucksache 18/1663)

Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	5543
Abg. Gottschalk (SPD)	5544
Abg. Bödeker (CDU) ..	5545
Abg. Rupp (DIE LINKE)	5546
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/ Die Grünen)	5548
Abg. Gottschalk (SPD)	5549
Abg. Rupp (DIE LINKE)	5550
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)	5551
Abg. Bödeker (CDU) ..	5551
Senator Günthner ..	5552

Suchtprävention von Menschen mit geistigen Behinderungen verbessern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Oktober 2014
(Drucksache 18/1593)

Abg. Frau Grönert (CDU)	5553
Abg. Frau Schmidtke (SPD)	5554
Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/ Die Grünen)	5555
Abg. Erlanson (DIE LINKE) ..	5556
Senatorin Stahmann	5557
Abstimmung	5558

E-Government vorantreiben, digitale Services ausbauen, zeitgemäße Formen der Bürgerbeteiligung etablieren

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Oktober 2014
(Drucksache 18/1594)

Abg. Frau Grobien (CDU)	5558
Abg. Mustafa Öztürk (Bündnis 90/ Die Grünen) ..	5559
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	5560
Abg. Hamann (SPD)	5561
Staatsrat Lühr	5562
Abstimmung	5563

Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei im Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Oktober 2014
(Drucksache 18/1596)

Abg. Hinners (CDU)	5564
Abg. Frau Güngör (SPD)	5564
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	5565
Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	5566
Abg. Hinners (CDU)	5567
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	5568
Senator Mäurer	5568
Abstimmung	5570

Anhang zum Plenarprotokoll	5571
----------------------------------	------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Bernhard, Frau Dogan, Senkal, Strohmann, Timke.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Grotheer

Vizepräsident Schön

Schriftführerin Mahnke

Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh

Bürgermeister Böhrnsen (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Kultur

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft Professor Dr. Quante-Brandt (SPD)

Senator für Gesundheit **Dr. Schulte-Sasse**

Staatsrat **Dr. Joachim** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Frehe** (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Härtl** (Senator für Gesundheit)

Staatsrat **Kück** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Stehl** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Professor Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung und für Wirtschaft,
Arbeit und Häfen)

Präsidentin des Rechnungshofs **Sokol**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 74. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Meine Damen und Herren, in der nächsten Woche jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 70. Mal. Auschwitz ist das Synonym für den Massenmord der Nazis an den europäischen Juden. Mit Blick auf das Kainsmal der deutschen Geschichte ist es schier unerträglich, dass Jüdinnen und Juden in Europa immer noch beziehungsweise wieder Angst vor Übergriffen haben müssen. Es sollte uns beschämen, dass sie sich mancherorts mit der Kippa kaum noch auf die Straßen trauen.

Ebenfalls nicht hinnehmbar ist es, dass spätestens nach dem schweren und brutalen Anschlag in Paris Muslime in Deutschland unter Generalverdacht genommen und pauschal in Verbindung mit mordenden Extremisten, die sich auf den Islam berufen, gebracht werden. Das grenzt an Hetze, das stiftet Unfrieden, den wir alle nicht wollen; nicht wollen und nicht dulden, meine Damen und Herren!

(B) Dieser Tage wird uns so deutlich wie schon lange nicht mehr vor Augen geführt, dass Terrorismus und Antisemitismus die moderne und zivilisierte Gesellschaft vor gewaltige Herausforderungen stellt. Bei einer Mahnwache in Berlin zum Gedenken an die Opfer von Paris betonte Bundespräsident Joachim Gauck: Der Terrorismus ist international, aber das Bündnis der Freien und der Friedfertigen ist es erst recht. „Euer Hass ist unser Ansporn“, rief er den Tätern zu. Ja, das verstehe ich als Ermutigung zum Widerstand, als Aufforderung, aktiv zu bleiben, uns einig zu sein für Freiheit, Toleranz und Demokratie.

Bremen ist dazu fähig und bereit. „Bremen tut was“ – unter diesem Motto wird sich am kommenden Montag die Stadtgesellschaft zu einer Toleranzoffensive auf dem Marktplatz versammeln. Wir wollen ein Zeichen setzen für ein weltoffenes, für ein freundschaftliches Zusammenleben in Bremen und Bremerhaven.

Meine Damen und Herren, Konflikte und Feindbilder werden nicht nur von außen in unsere Gesellschaft hineingetragen, wir wissen, dass auch von Deutschland aus Menschen mit radikaler Gesinnung zu jenen Stätten reisen, an denen der Heilige Krieg gelehrt und forciert wird. Darüber hinaus müssen wir erkennen, dass der Rechtspopulismus im unserem Lande zur Gefahr wird. Rechtes Gedankengut gedeiht in den Köpfen hier in Deutschland, es bedroht unseren demokratischen Grundkonsens, unsere solidarische Gemeinschaft. Es treibt Keile in unsere Gesellschaft der Vielfalt, es ist darauf ausgerichtet, diese zu spalten.

Diesen Versuchen müssen wir entschlossen gegenüberstehen mit unserem Wertesystem, mit Aufklärung und mit einer Politik, die nahe bei den Bedürfnissen und Zweifeln der Bürgerinnen und Bürger ist, die

die Menschen miteinbezieht und mitwirken lässt, aber auch jeder Einzelne ist aufgerufen, seinen ganz persönlichen Beitrag für das demokratische Ganze zu leisten.

(C)

Ich darf einen wichtigen Satz zitieren, den Bürgermeister Jens Böhrnsen während des Neujahrsempfangs im Rathaus gesagt hat: Wir werden Menschen, die Sorgen und Ängste haben, nicht dafür verurteilen, aber wir dürfen von ihnen erwarten, dass sie sich informieren, dass sie sich von Alt-Nazis und von neuen rechten Rattenfängern distanzieren. Das unterstützen wir in der Bürgerschaft.

Meine Damen und Herren, wer Menschen, Meinungsträger und Meinungen mit Gewehren und anderen Waffen vernichtet, wie es in Paris, in Frankreich geschehen ist, hat uns als entschiedenen Gegner. Wir bleiben wehrhaft und meinungsstark, weil wir das den Opfern von Paris schuldig sind und weil wir von unserer staatlichen Ordnung, von Meinungs- und Pressefreiheit, von Verständigung und Humanität fest überzeugt sind. Charlie Hebdo – das steht für Entsetzen, für Trauer und für ein Vermächtnis, nämlich jene Kräfte, die in Deutschland, Frankreich und anderswo in der Welt Hass und Fremdenfeindlichkeit zu schüren versuchen, mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu bekämpfen.

Ich bitte Sie nun, sich von Ihren Plätzen zu erheben, um der Menschen, die bei den blutigen Anschlägen am 7. Januar in Frankreich ermordet wurden, zu gedenken!

(D)

Ich danke Ihnen!

Meine Damen und Herren, zur Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde interfraktionell vereinbart, dass heute zu Beginn der Sitzung der Tagesordnungspunkt 58, *Nous sommes Charlie!*, Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und DIE LINKE, Drucksache 18/1714, behandelt wird.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Nous sommes Charlie!

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und DIE LINKE vom 20. Januar 2015 (Drucksache 18/1714)

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Wochen wurden in Paris 17 Menschen von drei islamistischen Attentätern ermordet. Getötet wurden linksliberale Journalisten, Polizisten, zufällig ausgewählte Juden in einem Supermarkt. Auf ihrer Flucht ermordeten sie kaltblütig den bereits

- (A) hilflos am Boden liegenden Polizisten Ahmed Merabat. Ein weiterer Attentäter erschoss wahllos eine Polizistin und dann, einen Tag später, vier jüdische Geiseln in einem Supermarkt. Unmittelbar nachdem die Attentäter elf Menschen in der Redaktion von Charlie Hebdo brutal umgebracht hatten, riefen die Täter: „Wir haben Charlie getötet!“

Meine Damen und Herren, dem französischen Philosophen Voltaire wird folgendes Zitat zugeschrieben: „Ich verachte Ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen.“ Wahrscheinlich schwingt zu viel Pathos in diesem Zitat mit, ich jedenfalls weiß nicht, ob ich in einer für mich existenziell gefährlichen Situation wirklich wie Lassana Bathily handeln würde und unter Lebensgefahr das Leben von sechs jüdischen Geiseln retten könnte. Ich weiß auch nicht, ob ich wie Ahmed Merabat pflichterfüllend umgehend zu einem Einsatzort eilen würde, an dem Männer mit Schnellfeuerwaffen auf mich warten, ich weiß auch nicht, ob ich, nachdem man mein Büro in Brand gesetzt hat, weiterhin unbeirrt religionskritische Karikaturen gezeichnet hätte.

Lässt man aber diesen historisch bedingten Pathos weg, kommt in diesem Voltaire zugeschriebenen Zitat etwas anderes zum Ausdruck: Es kommt zum Ausdruck, dass jeder in einer freiheitlichen Gesellschaft seine Meinung frei und ohne Druck äußern darf. Es kommt die Überzeugung zum Ausdruck, dass auch die andere Meinung den gleichen Wert hat, gehört zu werden, und es kommt zum Ausdruck, die Überzeugung, dass man abweichende Meinungen auch erdulden muss, selbst wenn es einem schwerfällt, eine, wie ich finde, ganz entscheidende Positionierung von Demokraten.

- (B) Meine Damen und Herren, eine demokratische und menschliche Gesellschaft hat diese Meinungs- und Pressefreiheit zu gewährleisten. Wenn heute die Bremische Bürgerschaft den vorliegenden Entschließungsantrag verabschiedet, dann machen wir dies im Gedenken an die Opfer von Paris und um ein Zeichen zu setzen gegen den Terror und für die Meinungsfreiheit in unserer Gesellschaft. Ich mache das in voller Überzeugung in Trauer um die Opfer von Paris, aber ich gebe auch zu, mit einer gehörigen Portion Wut; Wut auf die Täter, die Religion als Rechtfertigung für ihre Morde missbrauchen, aber ich sage auch ganz deutlich, Wut auch auf die Rechtspopulisten, die jetzt versuchen, zynisch Kapital aus diesem Terror zu schlagen.

Beide wollen und wollten einen Keil in unsere freie und offene Gesellschaft treiben. Ich bin aber sicher, es wird ihnen nicht gelingen, denn in vielen europäischen Städten haben die Menschen auf den Straßen in den vergangenen Tagen ein beeindruckendes Signal gesetzt: Wir gehören zusammen, Atheisten, Christen, Muslime und Juden. Wir haben gemeinsame Werte, frei und ohne Angst, so wollen die Menschen, so wollen wir leben. Wir wollen kei-

ne Einschränkung der Pressefreiheit, weder durch Selbstzensur noch durch staatliche Maßnahmen. Wir wollen keine Sippenhaft für Muslime, für Killer, die sich auf den Islam berufen, und wir wollen nicht und auf keinen Fall wieder, dass sich in Europa oder irgendwo sonst Juden in Kellern verstecken müssen, um ihr Leben zu schützen.

(C)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Charlie Hebdo getötet. Das haben die Attentäter von Paris gerufen, als sie aus den Redaktionsräumen gestürmt sind. Die letzten Wochen haben gezeigt: Nein, das habt ihr nicht! Die Demokratie ist stark, weil die Menschen für ihre Werte zusammenstehen, sie ist stark, weil sie aufstehen gegen den Terror der Verlierer aber auch gegen den Hass der Realitätsverweigerer, die Demokratie ist stark, weil sie ihre Werte verteidigen kann und verteidigt. Dies wird europaweit von vielen Menschen ausgedrückt, unter denen für mich zusammengehörenden Bannern: Nous sommes Charlie, je suis Ahmed, nous sommes tous des juifs de France!

Der damalige norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg hat in seiner Trauerrede zu den Toten von Utoja eine, wie ich finde, universelle Antwort auf jede Form von Terrorismus gegeben, ich zitiere: „Wir sind entrüstet über das, was uns getroffen hat, aber wir werden nie unsere Werte aufgeben. Unsere Antwort wird mehr Demokratie sein, mehr Offenheit und mehr Menschlichkeit, aber nie Naivität.“ – Ich danke Ihnen!

(D)

(Beifall)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste hier im Haus! Ich kann unmittelbar daran anschließen, was der Kollege Tschöpe gesagt hat. Ich kann das voll unterstreichen und möchte dem vielleicht einige weitere Aspekte hinzufügen.

Die ganze Welt – und das ist in unserem globalisierten Zeitalter so – war vor zwei Wochen quasi live über die sozialen Netzwerke und das Fernsehen Zeuge dieser Terroranschläge. Es gelingt, glaube ich, niemanden auf dieser Welt, sich von diesen Geschehnissen zu distanzieren. So gab es auch auf der ganzen Welt eine Reaktion, die sich auch heute als Überschrift über unseren Antrag findet. Der überwiegend große, wohlmeinende Teil dieser Welt hat sich hinter diesem Aufschrei versammelt: Je suis Charlie! Solidarität mit den Opfern und ein glasklares Statement gegen diejenigen, die glauben, aus welchen Gründen auch immer, Menschen wahllos oder auch gezielt töten zu können.

In Bremen haben wir das ganz genauso erlebt: Trauer, Wut, eine sehr vielfältige Reaktion! Ich darf

- (A) noch einmal dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft danken, ich fand die Veranstaltung, die unmittelbar am Freitag hier im Haus stattgefunden hat, ein – –. Wir reden manchmal über die Zivilgesellschaft, das klingt schon fast ein bisschen wie ein akademischer Begriff, und vielleicht versteht auch jeder etwas anderes darunter, aber wer auf dieser Veranstaltung war, hat sie gesehen, es gibt sie, sie ist vielfältig, sie ist bunt, sie ist ernsthaft, und sie steht zusammen. Ich fand das, was wir auf dieser Veranstaltung unmittelbar nach den Anschlägen hier im Haus erlebt haben, ein sehr ermutigendes Zeichen, dass wir uns von diesen Tätern auf keinen Fall bezwingen und entmutigen lassen, meine Damen und Herren.
- Ich habe auf dieser Veranstaltung, aber auch bei vielen anderen Gelegenheiten oft an die Ereignisse vom 11. September 2001 gedacht, weil ich das Gefühl hatte, dass wir alle an diesem Tag und in den Wochen danach in einem ähnlichen Gemütszustand waren, diese Mischung – Kollege Tschöpe hat es gesagt – aus Angst, Wut und Entsetzen, aber auch aus ungläubigen Staunen, zu welchen Dingen Menschen fähig sind, auch wenn wir das jeden Abend in den Nachrichten oder auch im Internet das ganze restliche Jahr sehen können. Ich habe mich gefragt: Haben wir eigentlich aus den Ereignissen vom 11. September 2001 etwas gelernt? Diese Debatte hat sich, wenn ich das richtig verfolgt habe, auch in den USA unmittelbar an die Terroranschläge von Paris angeschlossen. Ich finde, das ist auch eine richtige Frage. Wie reagieren wir eigentlich auf dieses Verhalten von Reaktion und Gegenreaktion, auf das, was immer weiter auf uns zukommt? Ich glaube, es gibt niemanden hier im Haus, der oder die glaubt, dass das der letzte Terroranschlag gewesen ist. Seit dem 11. September ist, glaube ich, zu beobachten, dass wir doch eine Spirale der Gewalt erleben, die es uns nicht gelungen ist zu durchbrechen.
- (B) Aus meiner Sicht ist es überhaupt nicht an der Zeit, weder heute in dieser Debatte, noch sonst, mit einseitigen Schuldzuweisungen zu operieren, weil Länder, Gesellschaften, auch politisch Verantwortliche, die mit solch traumatischen Anschlägen konfrontiert sind, dann erst merken, wie schwierig es ist, in der heutigen Zeit ihre eigene Bevölkerung zu schützen. Das ist, glaube ich, etwas, was Bürgerinnen und Bürger in unseren Staaten, auch gerade in den westlichen Demokratien, was auch immer sie inzwischen vom Staat denken und halten, immer als einen Anspruch formulieren würden, dass der Staat die Aufgabe hat, ihr Leben und ihre Unversehrtheit zu schützen, insofern ist das eine ganz vordringliche Aufgabe. Wie man das tut, wie man das mit den zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, ohne selbst wieder Teil dieser Gewaltspirale zu werden, das ist eine sehr schwierige Aufgabe.
- Nach den Anschlägen von Paris – ich meine, das gehört auch in eine solche Debatte – ging es mir
- so, dass ich fand, dass die Verantwortlichen für die Außen- und Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland besonnen, auch klar in den Aussagen, aber eben auch angemessen reagiert haben, und da schließe ich an dieser Stelle den Bundesinnenminister ausdrücklich mit ein, weil das eine Funktion ist, die bei ähnlichen Gelegenheiten auch schon einmal anders interpretiert worden ist, wenn ich das einmal so sagen darf. Meines Erachtens sollten wir das auch würdigen, wenn wir hier zu diesem Thema zusammenkommen.
- (C) Genauso ist es in Bremen. Ich finde, dass auch Bremen mit der Reaktion sowohl hier im Haus als auch im Rathaus, und mit dem, was wir alle gemeinsam am nächsten Montag auf den Marktplatz bringen werden, in der Mischung aus Klarheit, Entschlossenheit, aber eben auch mit der nötigen Zurückhaltung eine angemessene Reaktion zeigt. Ich bin sehr froh, dass ich Teil und Mitglied eines Parlaments bin, das heute hier mit allen vier Fraktionen einen Satz verabschiedet, der da im Originaltext lautet, ich zitiere: „Noch sind wir geschockt, aber wir werden unsere Werte nicht aufgeben. Unsere Antwort lautet mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit.“
- Das ist ein ganz und gar programmatischer Satz, und dass sich das ganze Haus diesem Satz anschließt, ihn bewusst heute hier in den Mittelpunkt eines Antrags stellt, das ist ein außerordentlich wichtiges und gutes Zeichen. Man könnte auch anders als mit diesen Worten des damaligen norwegischen Ministerpräsidenten reagieren. Ich finde, unter der Überschrift, was wir selbst tun, um nicht zur Eskalation beizutragen, aber gleichwohl allen Feinden dieser Demokratie zu signalisieren, dass wir entschlossen sind, diese auch zu verteidigen, ist ein hervorragender Satz für einen solchen Antrag.
- (D) Wer nun glaubt, dass die Terroranschläge von Paris überall auf der Welt und auch bei uns Auftrieb für die ewig Gestrigen oder die ewig Gestrigen im neuen Gewand geben würde, hat sich, glaube ich, total getäuscht. Das Gegenteil ist eingetreten, und die Demonstrationen gegen Pegida, Fremdenhass und Rassismus bringen ein Vielfaches von dem auf die Straße, was diese Menschen in der Lage sind zu mobilisieren, sie bringen die Mehrheitsgesellschaft in diesem Land auf die Straße: Alt und Jung, unterschiedliche politische Meinungen, unterschiedliche soziale Herkunft, unterschiedliche Herkunft im vielfältigsten Sinn unserer Bürgergesellschaft, Migrantinnen und Migranten, Einheimische, Flüchtlinge! Gemeinsam stehen alle zusammen, um diesem zynischen Versuch eine Absage zu erteilen.
- Wer sich einen patriotischen Europäer nennt und eine Gefahr der Islamisierung des Abendlandes beschwört, der entlarvt sich eigentlich auch schon durch den Namen, den er sich gibt. Ich finde, diesen Namen muss man sich ab und zu einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wenn man das macht, dann stellt man fest, dass sich diese Menschen im Grunde

(A) genommen am Ende des Tages auch völlig klar gegen die Verfassung stellen, auf der dieses Land, diese Demokratie fußt, denn wer behauptet, dass wir uns in einem Kampf gegen die Islamisierung unseres sogenannten Abendlandes befänden, der gibt auf alle Fragen, die es heutzutage gibt, die schwierig genug zu beantworten sind und die sich auch in diesem Parlament und in anderen Parlamenten stellen, immer die falsche Antwort. Dass wir uns in dieser Angelegenheit hier einig sind, finde ich, hat einen sehr hohen Wert, den man nicht geringschätzen kann.

Ich möchte Ihnen zum Schluss sagen, dass wir uns auch immer wieder Vorbilder aus unserer eigenen Gesellschaft nehmen können, die man verbreiten kann. Ich möchte Ihnen etwas zeigen – wir hatten es, glaube ich, alle im Fach –: „Heimatlos“, Stadtteilzeitung des Gymnasiums Links der Weser, das ist eine Zeitung, die nicht von Politprofis oder erfahrenen Journalisten gemacht wurde, die schon immer reagieren, sondern sie wurde von sehr jungen Menschen, von Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Links der Weser, gemeinsam mit Flüchtlingen gemacht. Es ist eine Zeitung, die aufklärt, ohne aber selbst Hass zu schüren, die vielfältig und bunt in den Meinungen ist und ein ganz klares Zeichen setzt. Diese Generation hat auch verstanden, worüber wir hier sprechen. Diese Generation, diese Schülerinnen und Schüler sind Vorbilder für uns, und ich finde, mit unserem Antrag und unserem Verhalten heute tun wir es ihnen gleich, und gemeinsam werden wir es schaffen. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. vom Bruch.

Abg. **Dr. vom Bruch** (CDU)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei den allermeisten Debatten hier im Haus ist es wenig beliebt und attraktiv, Ähnliches wie andere zum Ausdruck zu bringen. Dies ist heute anders. Es ist geradezu der Zweck unserer Aussprache, dass jeder für sich, wir am Ende aber gemeinsam sagen, wir trauern um die Toten der Anschläge von Paris, die Opfer hinterhältiger und menschenverachtender terroristischer Anschläge wurden. Wir beziehen in dieses Innehalten auch andere Opfer des Terrorismus ein, wenn wir zum Beispiel aktuell nach Pakistan oder nach Nigeria schauen. Wir sagen aber auch, wir bleiben bei dieser Trauer nicht stehen. Wir setzen dem ein ausdrückliches Bekenntnis gegen Terrorismus und Gewalt entgegen wie viele um uns herum in Deutschland und in der Welt.

Diese beeindruckende Reaktion macht uns bewusst, welche Kraft die Grundwerte der Würde, der Freiheit und der unveräußerlichen Rechte der Menschen haben und welche Bedeutung für uns ganz konkret die Pressefreiheit hat. Wir sind nicht

etwa sprachlos, wie es die Täter wollen, sondern wir sind uns in unseren grundlegenden Überzeugungen umso einiger und werden diese Werte gegen jeden Angriff verteidigen. Das sind für mich die wichtigen Botschaften des heutigen Tages und des gemeinsamen Antrags.

(C)

Wir haben in diesem Haus bereits im letzten Jahr eine Debatte auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrags geführt, mit der wir uns entschieden gegen Antisemitismus, Fanatismus und Hass gewandt haben. Vieles von dem – zugegeben vor einem anderen Hintergrund gesagt – wäre hier wiederholbar. Deshalb setzen wir auch an dieser Stelle fanatisierter Gewalt und religiös motivierter Intoleranz offensiv unsere Werte und unsere Kultur einer offenen, demokratischen, rechtsstaatlichen und solidarischen Gesellschaft entgegen. Die Täter haben damit schon jetzt das Gegenteil von dem erreicht, was sie beabsichtigen.

Was meine ich etwas konkreter gesagt mit diesem Gegenteil? Ich bin beeindruckt von den Bildern aus Paris, auf denen Staats- und Regierungschefs sehr unterschiedlicher Länder in Trauer und Protest vereint zu sehen waren. Ich bin beeindruckt von den Bildern in Berlin, auf denen zum Ausdruck kommt, dass alle Religionsgemeinschaften, einschließlich der der Muslime, die Abscheu vor diesen Verbrechen uneingeschränkt teilen. Sie zeigen, dass das Wort und das Bild von der Wertegemeinschaft in Europa eben keine leere, überkommene oder abstrakte Worthülse ist, sondern im Gegenteil sehr vital, gegenwärtig und vor allem kraftvoll.

(D)

Es gibt aber auch Bilder, die mir und nach meiner Wahrnehmung vielen Menschen Sorge bereiten. Jeden Tag müssen wir diese Bilder aus dem arabischen, asiatischen oder afrikanischen Raum sehen, die unsägliche Verbrechen zeigen. Es sind Verbrechen, die die Täter angeblich im Namen des Islam begehen und die für viele ein Bild eines fanatisierenden, eines Gewalttätigkeit ausstrahlenden Islam zeichnen.

Es sind machtvoll Bilder, die schnell generalisiert sind, die zwar unvermeidliche Informationen transportieren, die aber auch eine Maßvorlage für die Populisten sind. Es sind Bilder, die die einen verängstigen, auf andere aber auch eine grausame Faszination und Anziehungskraft zu haben scheinen und wiederum andere zu politischen Trugschlüssen führen. Es sind Bilder, die deshalb erklärt und kommentiert werden müssen, damit wir ihnen nicht auf die eine oder andere Weise erliegen, Bilder, über die wir die Deutungshoheit eben nicht der Pegida oder Islamisten überlassen dürfen. Denen geht es in Wahrheit nur um eine Instrumentalisierung für ihre dumpfen und Zwietracht säenden politischen oder religiösen Ziele, und das nicht etwa irgendwo, sondern direkt hier vor unserer Haustür. Das sind aber gerade nicht unsere Ziele oder Vorstellungen einer offenen Gesellschaft, und auch das ist für mich eine wichtige Botschaft des heutigen Tages.

- (A) Es ist vielmehr eine Aufgaben der Medien, aber insbesondere der Politik, diese Bilder zu erklären. Es ist eine politische Aufgabe, sich nicht nur selbst offensiv zu erklären, sondern dazu die unzweideutige Abgrenzung von allen politischen, gesellschaftlichen und religiösen Kräften einzufordern. Es ist eine politische Aufgabe, deutlich zu machen, dass diese Ereignisse nicht nur Regierungen und Parlamente betreffen, sondern Angelegenheit der ganzen Gesellschaft sind, insbesondere aber ganz klar auszusprechen, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen muslimischen Glaubens nichts gemein hat mit denjenigen, die in Wahrheit ihre Religion in den Schmutz ziehen. Alles das zu erklären ist angesichts der vielen und täglichen Bilder nicht einfach, weil es zu differenzieren gilt, wo einige gern ihre schwarz-weißen Vereinfachungen und Vorurteile bedient sehen wollen. Aber gerade, weil es nicht trivial ist, weil es auch gilt, Menschen zu überzeugen und wieder zurückzugewinnen, ist es umso mehr unsere gemeinsame Verantwortung.
- Angesichts der Ereignisse neige ich eigentlich nicht so sehr dazu, vorschnell nach Erklärungen oder gar nach reflexhaften Konsequenzen zu suchen, dennoch gibt es auch eine Erwartungshaltung der Menschen an die Politik. Sie erwarten eine Politik, die angesichts der Dramatik der Ereignisse entschieden, wahrhaftig und pragmatisch unsere Werte und unsere Lebensweise gegen erklärte Feinde verteidigt und behauptet. Sie haben dabei nichts gegen eine Politik, die angesichts von Aktualität dazulernt, im Gegenteil! Gerade deshalb sind die Einlassungen des vormaligen Bremer Innenstaatsrates und jetzigen amtierenden Präsidenten des Bundeskriminalamtes zur Vorratsdatenspeicherung ebenso richtig wie eine Anmerkung wert, widersprechen sie doch schon der Auffassung, die ich von der Spitze des hiesigen Innenressorts fast zeitgleich wahrgenommen habe, während man übrigens auf Bundesebene inzwischen auch andere Töne hört. Unsere Bürger erwarten aber in fundamentalen Fragen der Sicherheit Klarheit. Gefragt sind Glaubwürdigkeit und Pragmatismus.
- (B) Positiv gewendet heißt das, auch hier sollte die Welt nicht schwarz-weiß gezeichnet werden. Ein Nachdenken und Überprüfen eigener Positionen angesichts von Aktualität ist eben auch ein Gebot der Stunde. Die Ereignisse haben eine europäische und eine internationale Dimension, deshalb gehört auch die Frage nach den Konsequenzen, wie zum Beispiel nach der Vorratsdatenspeicherung, ganz nach oben auf die europäische Agenda, mit dem Ziel, schneller als bisher erkennbar die Voraussetzungen für eine noch effektivere und eine solidarische Zusammenarbeit zu schaffen, meine Damen und Herren.
- Sicherheit kann aber nicht nur eine Angelegenheit der Sicherheitsorgane sein. Gerade die derzeitigen Ereignisse zeigen uns, dass sie gerade dort labil ist, wo Integration auf der Grundlage einer klaren Werteordnung nicht oder nicht ausreichend gelingt, wo Perspektivlosigkeit dem Fanatismus Vorschub leistet, und wo die Rattenfänger der Ideologien des Salafismus und des Islamismus leichtes Spiel haben. Prävention in diesem Bereich muss auch heißen, die Entstehung von Parallelwelten ideologischer, religiöser und sozialer Art zu verhindern und entgegenzuwirken, wenn Menschen sich so radikalisieren, dass sie sich, auch aus Deutschland und Bremen kommend, am angeblich heiligen Krieg beteiligen, und, wie man gerade heute wieder hat lesen müssen, wahrscheinlich wieder sehr maßgeblich an schrecklichen Verbrechen beteiligt sind.
- (C) Es gilt einmal mehr, insbesondere präventiv tätig zu werden. Wir müssen verhindern, dass Religionslehre in Hinterzimmern von selbsternannten Unterweisern durchgeführt wird, die die Neugierde und den Wissensdurst von Kindern und Jugendlichen missbrauchen. Wir müssen verhindern, dass das Internet ein Werkzeug der Verführung und der Propaganda wird oder, inzwischen könnte man auch sagen, bleibt. Sicherheit ist viel mehr dort, wo sich Menschen guten Willens einmischen. Wir brauchen auch in diesem Sinne eine Kultur des Hinsehens und eine Zivilgesellschaft, in der gemeinschaftlich Verantwortung für das Ganze übernommen wird, meine Damen und Herren.
- Es gilt aber auch, nur wer die Werte der Freiheit und der Solidarität selbst erlebt, kann sie selbst leben und für sie eintreten. Integration ist schon deshalb ebenso eine Grundfrage unserer Gegenwartsgesellschaft wie die Frage, wie wir konkret mit Menschen umgehen, die zu uns kommen. Gerade auch bei uns gibt es hier offensichtlichen und kontinuierlichen Verbesserungsbedarf. Der Begriff Willkommenskultur darf nicht nur ein Modewort sein, sondern muss gelebt werden. Gesellschaftlicher Frieden, Konsens und Sicherheit sind nur dort, wo wir Ausgrenzung und Respektlosigkeit verhindern, wo wir im Gegenteil Teilhabe organisieren, denn nur wer beteiligt wird, empfindet auch Verantwortung für das Ganze.
- (D) Die Sicherheit, über die ich hier spreche, ist kein Selbstzweck. Sie schützt nicht nur unser Leben und unsere Gesundheit, sie schützt unsere Freiheit. Freiheit, die sich in der Meinungsfreiheit, Pressefreiheit oder auch Versammlungsfreiheit äußert. Sie ist die Grundlage unserer Lebensweise in einer offenen, vielfältigen, bunten und demokratischen Gesellschaft. Ich möchte deshalb nur am Rande erwähnen, dass schon deshalb das Verbot von Demonstrationen kein gutes Signal ist, auch wenn ich deren Botschaften ausdrücklich nicht teile. Hinzugefügt wird meines Erachtens aber zu selten: Freiheit ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine Verpflichtung, die sogar manchmal ertragen werden muss.
- Wir, die wir hier sitzen, haben unsere Freiheit nicht selbst erstritten, sie scheint uns deshalb gelegentlich viel zu selbstverständlich. Gerade die gegenwärtigen Ereignisse lassen uns aber spüren, dass Freiheit nicht nur ein Recht ist, das es zu genießen gilt, sondern

(A) das bedroht ist, und schon daraus erwächst Verantwortung. Dieser Verantwortung werden wir nicht gerecht durch Zusehen, sondern es ist in meinem Sinne eine Aktivität eines dafür Einstehens.

Wenn andere Generationen vor uns, übrigens auch und gerade aus anderen uns umgebenden Nationen, uns ein Land der Freiheit und des würdigen Lebens erkämpft, hinterlassen und ermöglicht haben, geschieht dieses Einstehen nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern auch in unserer gemeinsamen Verantwortung für kommende Generationen, und das gilt für Deutschland und Europa insgesamt. Das Gebot der Stunde ist deshalb einerseits ein Bekenntnis zur Freiheit und unseren im Grundgesetz verbrieften Werten, aber andererseits auch zur wehrhaften Demokratie, die sich behaupten kann, behaupten will und deshalb bedarfsweise auch Zähne zeigt.

Nous sommes Charlie. Die Reaktionen in ganz Europa sind für mich ein kraftvolles Zeichen der Gemeinsamkeit und des Willens, genau diese beiden Seiten zu unterstreichen. Dem wollen wir nach meinem Verständnis mit dem Antrag und dieser Debatte Ausdruck verleihen. Es ist eben auch das Versprechen, an diesen Werten solidarisch und offensiv festzuhalten. Das Vermächtnis der Opfer von Paris muss sein: Europa, Deutschland und auch Bremen werden sich durch Islamismus und Gewalt nicht einschüchtern lassen. Wir setzen dem offensiv unser Verständnis von Menschlichkeit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie entgegen. Unser Verständnis einer auf Weltoffenheit, Vielfalt und Freiheitlichkeit setzenden Gesellschaft. Auf diese Weise hat das Angedenken der Opfer von Paris eine ganz eigene Würde, und es triumphiert schon jetzt über den Ungeist der Täter. – Herzlichen Dank!

(B)

(Beifall)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Je suis Charlie, je suis juif, je suis Ahmed. Mit diesem Bekenntnis wollen viele Menschen seit zwei Wochen deutlich machen: Wir fühlen uns alle ge- und betroffen. Gewalttaten erschüttern immer, willkürlicher Terror und ein feiger Mord, der die Zivilgesellschaft trifft, erschüttern aber besonders. Man fühlt sich schutzlos und verwundbar. Weil die Frage nach dem Warum bei diesen Anschlägen verstörend ist, ist die Betroffenheit und Verunsicherung umso größer.

Angegriffen wurde zuerst die Redaktion einer Zeitung, die Satire publiziert. Ich persönlich kenne Charlie Hebdo nicht. Ich kann nicht sagen, ob die Karikaturen meinen Geschmack treffen oder ob ich sie überzeichnet finden würde, ich kann nicht sagen, ob ich die Botschaften dieser Karikaturen teilen oder verstehen würde, aber darum geht es nicht. Es geht

darum, dass ein hohes Gut einer demokratischen Gesellschaft angegriffen wurde, nämlich die Freiheit, Meinungen und Haltungen ungefährdet öffentlich äußern zu können. Eine Freiheit, die wir, glaube ich, alle schätzen, insbesondere nach den Erfahrungen totalitärer Regimes.

(C)

Es geht dabei auch nicht darum, ob die Meinungen und Haltungen, die andere öffentlich äußern, unsere eigenen Meinungen und Haltungen wiedergeben. Die Errungenschaft, die mit der Meinungs- und Pressefreiheit einhergeht, ist, dass wir auch Meinungen und Haltungen ertragen und aushalten müssen, die wir nicht teilen. Das ist einer der Gründe, warum diese Anschläge so erschüttert haben. Der zweite Angriff ist mindestens genauso verstörend. Angegriffen wurde ein jüdischer Supermarkt, und Kunden und Verkäufer wurden in Geiselhaft genommen und ebenfalls ermordet.

Angriffe auf Menschen, die aufgrund einer religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit erfolgen, machen eine Gesellschaft besonders schutzlos, selbst dann, wenn wir als Mehrheit einer religiösen oder ethnischen Kultur angehören. Die Geschichte ist nämlich gezeichnet von Angriffen, von Pogromen gegenüber Menschen, die anderer Herkunft waren, eine andere Kultur pflegten oder einer anderen Religion angehörten, als die der Mehrheitsgesellschaft. Die Geschichte kennt willkürliche Unterdrückungen, Ausgrenzungen, Versklavung und Vernichtung von Menschen, weil sie einer Gruppe oder Ethnie angehören. Menschen die aufgrund ihrer Religion oder Herkunft angegriffen werden, sind besonders schutzlos, denn die bloße Zuordnung zu einer Religion oder Herkunft reicht eben aus, um willkürlich ein Opfer zu werden. Angriffe auf Menschen jüdischen Glaubens erschüttern uns besonders, weil wir durch die Erfahrungen des nationalsozialistischen Genozids wissen, in welchen unmenschlichen und grausamen Dimensionen diese Angriffe enden können.

(D)

Das eingangs ausgesprochene Bekenntnis so vieler Menschen, so vieler Hunderttausender, ist daher eigentlich ein beruhigendes Zeichen, weil deutlich wird, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen diese Erschütterungen nicht so stehen lassen will und die Deutungshoheit nicht anderen überlassen möchte, die das ausnutzen wollen.

Es ist richtig und wichtig, dass die Bürgerschaft heute gemeinsam ein Zeichen setzt und nicht einfach zwei Wochen nach diesen Attentaten zur Tagesordnung übergeht. Es ist auch wichtig, die Frage zu stellen: Was tun wir jetzt? Manch eine und einer mag sich in den vergangenen Tagen gefragt haben: Werde ich jetzt vielleicht zur Zielscheibe, weil ich mich zum Beispiel öffentlich zum Terror des IS geäußert habe, oder nur, weil ich zur falschen Zeit am falschen Ort bin wie die Kundinnen und Kunden in dem jüdischen Supermarkt? Muss ich Verhaltensweisen ändern? Natürlich wird sich nicht jede und jeder das fragen. Da die Angriffe aber so willkürlich waren, bin ich sicher, dass Menschen verunsichert sind.

- (A) Es wird auf solch eine Art der Verunsicherung leider nie endgültige und befriedigende Antworten geben können, aber ein paar Gedanken möchte ich hier doch festhalten: Der Wunsch nach individueller Sicherheit wird nie hundertprozentig umsetzbar sein. Gewalttaten passieren, manchmal sogar in den vermeintlich geschützten Räumen, man denke nur an die vielen Gewaltverbrechen innerhalb von Familien. Es ist möglich, Opfer eines Überfalls oder von Gewalt oder tätlichen Angriffen zu werden, nur weil wir uns in unserer Welt bewegen.
- Nicht erst seit den Attentaten von Paris wissen wir, dass es auch möglich ist, Opfer eines terroristischen Angriffs zu werden, weil er die Zivilgesellschaft trifft. Richtig schutzlos wird man als Zivilperson in Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen, weil dann nämlich alle ethischen und auch rechtlichen Grundsätze außer Kraft gesetzt sind. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass zur selben Zeit, als die feigen Morde in Paris geschehen sind, die islamistische Miliz Boko Haram mindestens 2 000 Menschen in Nigeria umgebracht und eine ganze Kleinstadt ausgelöscht hat. Dieser brutale und genauso menschenverachtende Angriff ist leider durch die tragischen und verstörenden Ereignisse in Paris etwas zu kurz gekommen. An dieser Stelle würde ich deshalb das Bekenntnis gern erweitern: Nous sommes Nigérian!
- (B) Die Tatsachen sind immer wieder verstörend und verunsichernd, und ich muss an dieser Stelle, auch wenn wir hier viel gemeinsam haben, doch ein paar Dinge anmerken, weil ich – der Kollege Dr. Güldner hat das eben schon ganz gut skizziert – vor Reflexen warne, die uns nicht weiterhelfen. Natürlich gibt es politische Forderungen – der Kollege Dr. vom Bruch hat das eben auch deutlich gemacht –, die hier im Raum diskutiert werden und die die Sicherheitsarchitektur betreffen, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann das diskutieren, nur die Vorratsdatenspeicherung gibt es in Frankreich und hat Paris nicht vor den Attentaten geschützt.
- Natürlich muss eine demokratische Gesellschaft alles tun, um ihre Mitglieder zu schützen, allerdings, das möchte ich hier zu bedenken geben, werden vorbeugende Maßnahmen dann schwierig, wenn sie die individuelle Freiheit des oder der Einzelnen gravierend einschränken. Wenn Angriffe auf die Zivilgesellschaft dazu führen, dass Grundrechte eingeschränkt werden, dann haben Terroristen ein Stück weit gewonnen. Ich glaube, auch das steht in unserem Antrag.
- Wir müssen aufpassen, das ist völlig klar, wir müssen auch die Salafistenszene im Auge haben, wir wissen nicht, was die Rückkehrer aus Syrien, die dort für den Dschihad gekämpft und Menschen umgebracht haben, hier im Sinn haben. Es kann enden wie in Paris oder auch in Belgien, und ein demokratischer Staat muss natürlich versuchen, das im Vorfeld zu verhindern, aber liebe Kollegin-
- nen und Kollegen, Grundrechte dürfen dabei nicht eingeschränkt werden, und auch dies besagt der gemeinsame Antrag: Ein demokratischer Staat muss sich wehren können, darf dabei aber seine Grundlagen nicht verlassen, weil er sonst im Zweifelsfall irgendwann kein demokratischer Staat mehr ist. Deswegen ist auch eine der verstörenden Wahrheiten: Wenn wir an unseren Werten festhalten wollen, wird es keine hundertprozentige Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger geben können. Im Übrigen muss den Menschen bewusst sein, dass es in Staaten mit eingeschränkten individuellen Freiheiten oder gar repressiven oder totalitären Staaten erst recht keine hundertprozentige Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gibt, sondern dass diese Sicherheit sogar stark eingeschränkt ist.
- Der zweiten Verunsicherung – kann es mich zufällig treffen, oder muss ich gar mein Verhalten ändern, muss ich aufpassen, was ich sage? –, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man eigentlich nur entschlossen begegnen, weil es eben keine hundertprozentige Sicherheit gibt. Nein, ich lasse mich nicht einschränken, nein, ich bewege mich weiterhin wie gewohnt, nein, ich meide keine öffentlichen Plätze oder Verkehrsmittel, nein, ich gehe in Supermärkte, und ich sage vor allen Dingen weiterhin meine Meinung und habe weiterhin eine Haltung. Ich bezeichne den IS zum Beispiel weiterhin als das, was er ist: eine Bande skrupelloser, menschenverachtender Verbrecher, die ihre patriarchalischen Allmachtsgelüste an Schutz- und Wehrlosen ausleben und dafür den Deckmantel einer Religion gebraucht und ein Religion dafür missbraucht! Wenn wir uns einschränken, dann haben die drei Attentäter von Paris mehr erreicht, und es ist schlimm genug, dass wegen ihnen 17 Menschen starben. Mehr Macht dürfen wir ihnen nicht zugestehen, und das ist auch eine Intention dieses gemeinsamen Antrags.
- (D) Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum war die Erschütterung in den letzten beiden Wochen so groß? Sie hat Paris verlassen, sie hat Europa verlassen. Die Attentate von Paris waren ein Anschlag auf eine liberale Gesellschaft, und sie betreffen und treffen auch insbesondere die überwiegende Anzahl der Muslime in Westeuropa, die sich als Teil dieser Gesellschaft begreifen.
- Die Attentäter berufen sich auf den Islam, es ist ihnen aber völlig egal, wenn sie Angehörige der Staatsgewalt ermorden, die muslimischen Glaubens sind. Sie greifen bewusst Werte wie Offenheit, Toleranz und Liberalität an. Dies kann viele Ursachen haben, und die Intention wird vielleicht greifbar, wenn man sich mit den Ursachen auseinandersetzt, und das bitte ich jetzt nicht falsch zu verstehen. Es geht überhaupt nicht darum, Morde oder Gewalttaten zu rechtfertigen, dafür gibt es keine Rechtfertigung, es geht darum, solche Art von Gewalttaten weitestgehend zu verhindern, und das ist nicht ausschließlich eine Frage der inneren Sicherheit oder der Auseinandersetzung mit Religionen. Wir haben hier in diesem

(A) Haus schon oft darüber diskutiert, zum Beispiel auch, wenn wir uns mit dem Phänomen der Attraktivität religiösen Fanatismus auseinandergesetzt haben.

Es wird in Deutschland inzwischen nicht mehr bestritten, dass wir ein Einwanderungsland sind, aber es wird auch nicht mehr bestritten, dass diese Erkenntnis viel zu zögerlich und spät kam. Es wird auch nicht bestritten, dass in Frankreich die Integration nordafrikanischer Staatsbürgerinnen und -bürger nur unzureichend gelaufen ist und man sich dort auch nur unzureichend mit dem schweren kolonialen Erbe in diesen Ländern auseinandergesetzt hat. Es ist bekannt, dass es schwierig ist, jahrzehntelange falsche Weichenstellungen wieder zu korrigieren, und dennoch ist es eine der dringendsten Aufgaben, wenn wir nicht auf eine Polarisierung zulaufen wollen, die wir nicht mehr aushalten können. Pegida, Rechtspopulismus, antimuslimischer Rassismus auf der einen Seite und religiöser und gewalttätiger Fanatismus auf der anderen Seite, beide Seiten eint eines: eine Ablehnung liberaler Errungenschaften der Nachkriegszeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, dies können wir so nicht stehen lassen, weil sich sonst die Lebensbedingungen für uns alle grundsätzlich ändern werden. – Ich danke Ihnen!

(Beifall)

(B) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über die Sicherheit in Deutschland, über den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt, über die Wachsamkeit der demokratischen Gesellschaft, über die Verteidigung von Freiheits- und Menschenrechten muss die Politik in Deutschland immer reden, auch über solche Stichworte, die wir heute gehört haben. Ich bitte aber darum, dass wir jedenfalls heute diese Debatte nicht davon übertönen lassen und aus dem Fokus verlieren, worum es uns vor allem gehen muss, nämlich um die Grundlagen unseres Zusammenlebens in Mitmenschlichkeit, in Respekt voreinander und in Toleranz. Das ist das Entscheidende, was dieser Entschließungsantrag ausdrückt, der heute vorliegt, und dazu will ich für den Senat erklären, dass wir selbstverständlich und in völliger Übereinstimmung diesen Entschließungsantrag unterstützen.

Meine Damen und Herren, die Geschichte und die Gegenwart lehren uns, dass Religionen für die Rechtfertigung von Gewalt missbraucht werden. Die Attentäter in Frankreich haben sich auf den Islam berufen, und deswegen will ich auch an dieser Stelle sagen, dass die weit überwiegende Mehrheit der Muslime in Europa, in Deutschland und gerade auch in Bremen mit uns gemeinsam in Abscheu über

diese Verbrechen verbunden ist. Dafür möchte ich den Mitbürgerinnen und Mitbürgern muslimischen Glaubens in Bremen an dieser Stelle ganz herzlich danken, und ich weiß, dass sie das zum Ausdruck bringen wollen, gerade auch am nächsten Montag.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Unser Mitgefühl gilt den Opfern und den Menschen in Frankreich. Wir haben das vielfältig zum Ausdruck gebracht, auch in Schreiben und in Worten gegenüber den Vertretern Frankreichs in Bremen. Ich weiß, dass das sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen worden ist, und ich übermittele Ihnen auch den Dank zum Beispiel der Honorarkonsulin von Frankreich in Bremen oder des Leiters des Institut Français in Bremen, die eine Veranstaltung auch gerade heute dazu durchführen.

Die Anschläge machen noch einmal dramatisch deutlich, worum es in unserem Zusammenleben im Kern geht, nämlich um Respekt untereinander, um Toleranz, um Mitmenschlichkeit und eben auch, dass man Vielfalt und Vielfältigkeit aushalten muss. Wir müssen den Satz, die Freiheit des einen stößt sich im Raum mit der Freiheit des anderen, zu einem gewaltlosen und gutem Ausgleich bringen, das ist die ständige Aufgabe eines demokratischen Rechtsstaats und bedeutet eine ganz konkrete Auseinandersetzung. Meinungen anderer mögen uns nicht gefallen, wir mögen sie für falsch halten, aber das Recht, diese Meinung zu sagen, ist ein Freiheits- und Menschenrecht, für das die Menschheit lange gekämpft hat. Das ist eine Errungenschaft, und diese Werte verteidigen wir, zu diesen Werten stehen wir, zu diesen Werten bekennen wir uns, und gerade auch in Bremen.

Ich will Ihnen ein Beispiel sagen, das Mut macht. Am vergangenen Sonntag sind im Rathaus über 500 Menschen zusammengekommen. Das Rathaus war selten so gefüllt wie am vergangenen Sonntag, weil sieben Religionen gemeinsam für den Frieden gebetet haben, und zwar jeweils gewissermaßen mit dem Kern ihrer Religion. Der Kern einer jeden Religion ist der friedliche Umgang miteinander. Das ist der Kern, und deswegen haben Religionen nicht nur das Potenzial zum Missbrauch – das haben sie auch –, aber vor allem haben sie die Kraft und, ich sage ganz offen, auch die Schönheit, Menschen zusammenzuführen und zusammenzubringen. Das war ein wunderbares Beispiel, wie Menschen auch in Bremen den Dialog der Kulturen und der Religionen pflegen, und das wollen wir uns von niemand kaputt machen lassen, weder von Attentätern in Frankreich, noch von Menschen, die hier in Deutschland ihr politisches Süppchen kochen und Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus predigen und das Wort reden. Das werden wir nicht hinnehmen und gerade in Bremen nicht, meine Damen und Herren.

(C)

(D)

(A) (Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Das eine ist das Bekenntnis zu Werten, das ist wichtig. Das eine ist Haltung zu zeigen, das ist gerade in dieser Zeit wichtig, aber das andere ist auch wichtig, die konkreten Taten, unser konkretes Handeln dort, wo wir mit Vielfalt konfrontiert sind. Vielfalt ist nicht immer leicht auszuhalten, Zuwanderung ist nichts, was einfach so möglich und gut wird, denn – das Wort Willkommenskultur ist hier schon genannt worden – es darf nicht zur Phrase werden, sondern muss gelebt werden. Deswegen heißt unser Aufruf auch, Bremen tut etwas! Wir wollen zeigen, dass wir handeln, dass wir den Parolen etwas entgegenzusetzen, nämlich unseren festen Willen und unsere konkreten Taten für ein gutes, für ein tolerantes Zusammenleben in Bremen. Darauf kommt es vor allem an. Lassen Sie uns das Zeichen von heute in ein konkretes Miteinander in unseren Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven fortsetzen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

(B) Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ereignisse in Paris haben Europa erschüttert. Diese Untaten haben Wut ausgelöst, Hass, Ablehnung, aber auch millionenfache Solidarität und gemeinsame Trauer. Die große Mehrheit der Menschen hat über alle Grenzen der Konfessionen, Nationen und Volkszugehörigkeit hinweg das Gemeinsame über das Trennende gestellt. Die Ereignisse haben aber auch in Europa Ratlosigkeit ausgelöst. Welche Bedeutung haben diese Verbrechen? Welche Konsequenzen müssen wir ziehen? Des Weiteren noch wichtiger, was können wir tun, um solche Gewalttaten in Zukunft zu verhindern?

Es ist mir wichtig zu sagen, dass diese Taten, diese drei Islamisten nicht isoliert zu betrachten sind. Es gibt mehr als vage Hinweise, dass sowohl die jemenitische Al Kaida als auch der IS als Auftraggeber der Attentate beteiligt waren. In den Medien war viel von einer beispiellosen Terrorwelle die Rede, aber die Terrorwelle fand nicht nur an zwei Tagen in Frankreich statt. Die Terrorwelle ist seit Wochen und Monaten im Gang. Seit Dezember haben Islamisten in schier endloser Folge Gräueltaten begangen. 132 Schulkinder wurden in Peshawar ermordet, 150 Frauen in Al Anbar im Irak, 30 wehrlose Menschen in Nordkamerun, 2 000 Opfer in Baga in Nigeria, nahezu 100 in **Gumbe** in Nordnigeria, 20 davon durch einen Selbstmordangriff, zu dem ein zehnjähriges Mädchen gezwungen wurde, ganz zu schweigen von Hinrichtungen und Vergewaltigungen und mas-

senhaften Töten, das die Nachrichten im Jahr 2014 Tag für Tag dominiert. (C)

All diese Opfer, meine Damen und Herren, haben unsere Trauer, Trauer von 50 Regierungschefs, die öffentliche Erschütterung Europas verdient. Politiker sind immer schnell mit Erklärungen am Mikrofon. Es wird gesagt, es hat nichts mit dem Islam zu tun. Das ist natürlich Unsinn! Zu sagen, der gewalttätige Islamismus habe rein gar nichts mit dem Islam zu tun, ist, als sage man, die Kreuzzüge, die Inquisition, die Hexenverbrennungen haben nichts mit dem Christentum zu tun. Die Geschichte der Religionen lehrt uns, dass Religion, wenn man sie verabsolutiert, immer zu Gewalt führt. Was jedoch stimmt, ist, dass diese Gewalttaten und diese blutdürstige Auslegung des Islams nichts mit den Millionen friedliebenden und gläubigen Muslimen zu tun hat, die es auf dieser Welt gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Natürlich verurteilen diese Menschen die islamistischen Gräueltaten und lehnen sie auch wie jeder vernünftige Mensch auf dieser Erde ab. Europa ist auch deswegen ins Herz erschüttert, weil sich dieser Angriff gegen den Kern der demokratischen Wertordnung richtet, gegen die Meinungs- und Pressefreiheit. Ich möchte aber ausdrücklich sagen, meine Damen und Herren, dass dieser Angriff auch eine Attacke auf den Islam selbst ist. Weltweit wird der Islam pervertiert. Regime ebenso wie radikale Gruppen versuchen, die Anwesenheit Gottes auf Erden zu simulieren und scheinbar damit zu erzwingen, indem sie rücksichtslose Gewalt über andere ausüben: Imame über Gläubige, Gläubige über Ungläubige, Männer über Frauen. (D)

Das ist eine Hierarchie des Todes und der Unfreiheit, vor der sich ein friedlicher und zukunftssträchtiger Islam schützen muss. Er muss es von innen heraus tun und nicht von außen erzwungen, weder durch den Druck der Straße noch durch staatliche Übergriffe oder Ausgrenzungen. Das bedeutet, dass hier auch die Muslime in besonderer Verantwortung stehen, weil auch in deren Namen diese Gewalt, diese Gräueltaten verübt werden. Es ist eine innerislamische Auseinandersetzung notwendig, eine Auseinandersetzung, die Muslime in der Lehre suchen müssen.

Es ist eine Banalität, wenn Politiker sagen, der Islam sei ein Teil von Deutschland. Es ist die Religion einer auch in Zukunft noch wachsenden Zahl von Menschen in diesem Land, in unserem Land. Daran ist nichts zu ändern. Wer versucht, die Integrationspolitik mit der Islamdebatte unter Druck zu setzen, spielt ein gefährliches Spiel. Deutschland ist die Heimat für weit über vier Millionen Muslime. Die Heimat der Menschen darf man nicht in Konflikt mit ihrem eigenen Glauben bringen, sonst sät man Unfrieden, Abwendung vom Staat und letztlich die Gewalt, die wir alle verhindern wollen.

(A) Dieser Angriff ist auch nicht zuletzt eine Attacke auf uns Frauen. In dem Islam, den Taliban, IS und Al Kaida wollen, dürfen Frauen nicht singen, nicht tanzen, sie dürfen nicht allein außer Haus gehen, nicht Auto fahren, nicht reisen, nicht selbstständig für sich entscheiden, keinen Beruf ausüben, erst recht keine Politik und, was das Schlimmste ist, nicht lernen. Wenn ich mir die Männer mit ihrem erhobenen Finger auf Videos oder im Fernseher anschau, dann sehe ich, sie wollen eine Gesellschaft, in der die Männer herrschen und die Frauen ihre Sklavinnen sind. Jedes Messer, jeder Schuss aus der Kalaschnikow, jede Bombe, egal wen sie auch trifft, sie treffen uns als Frauen.

(Beifall)

Es bleibt die Frage, warum sich in unserer Gesellschaft junge Menschen zu gewalttätigem Islamismus hingezogen fühlen. Solange wir jungen deutschen Muslimen kein aufrichtiges Integrationsangebot machen, werden es Menschenfänger immer wieder schaffen, einige von ihnen auf ihre Seite zu ziehen und zu radikalisieren. Solange wir die muslimischen Gemeinden und Communities nicht als echte Partner annehmen, werden wir diese Radikalisierung nicht nachhaltig bekämpfen können.

(B) Wir dürfen nicht dem Hass und der Feindseligkeit à la Pegida nachgeben. Wir müssen vorleben, dass das Symbol dieser freien demokratischen Gesellschaft der Bleistift ist und nicht das Gewehr. Wir müssen an dem Traum einer friedlichen Einheit festhalten, für den in diesen Tagen die Solidarität steht. I have a dream, es ist kein utopischer Traum! Er ist machbar, aber wir alle, gleich welcher Religion, müssen gemeinsam an seiner Verwirklichung arbeiten. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Anhaltender Beifall)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Werner.

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte über ein Zitat sprechen, das mich in der letzten Woche sehr verwundert und auch sehr beeindruckt hat: „Jetzt beginnt Mut wieder etwas zu kosten, im schlimmsten Fall das Leben.“ Das hat Matthias Döpfner, der Vorstandsvorsitzende von Axel Springer gesagt. Ich habe den Satz in der persönlichen Betroffenheit natürlich sofort verstanden und dann gedacht, der Satz ist so aktuell und so pauschal Unsinn, auch weil er Angst macht und weil er eine Selbstverständlichkeit dramatisiert, denn in den Jahresbilanzen von Reportern ohne Grenzen stehen jedes Jahr etwa 100 getötete Journalisten und Tausende bedrohte oder drangsalierte Journalisten. In Saudi Arabien wird gerade ein Blogger dafür mit Peitschenhieben malträtiert, dass er bloggt, was er

denkt. Sprüche wie „Lügenpresse auf die Fresse“ gibt es auch in Deutschland nicht erst seit dem 7. Januar 2015. Lokalzeitungsbüros in Ostdeutschland werden schon seit Jahren mit Naziparolen beschmiert, terrorisiert und bedroht. Im vergangenen Herbst hat in Berlin ein Innensenator die Zuschüsse für das Maxim Gorki Theater kürzen oder streichen wollen, weil ihm da eine künstlerische Aktion politisch nicht gefallen hat.

Dass jeder Meinungen jederzeit quasi von überall auf der Welt nach überall in die Welt senden kann, das stellt uns jetzt vor große Herausforderungen. Dass Journalisten und Künstler ihre Arbeit machen, sich etwas trauen, sich Gehör verschaffen und uns aufmerksam machen, dafür müssen wir dankbar sein, nicht mehr und nicht weniger! Freie Medien, freie Kunst, auch freie Religion, das sind die Räume und der Rahmen, in denen wir Angst begegnen können, sie abbauen und sie erträglich machen können. Durch Wissen, durch Fragen, durch Fantasie, durch Wollen und, wer will und wer kann, auch durch einen Glauben und seinen Glauben. Wir können Freiheit nicht fordern oder beanspruchen, wir können Freiheit nur täglich machen.

Ich habe während der Terroranschläge an meine Kindheit auf dem Höhepunkt des RAF-Terrors denken müssen, als ich große irrationale Angst vor Terroristen hatte, schon vor den Fahndungsfotos, und hinter jedem Polizisten in einem Kaufhaus oder auf dem Bahnsteig eigentlich schon einen Terroristen vermutete. Die Beschwichtigungen meiner Eltern konnten mich damals nicht richtig beruhigen. Was mich dann beruhigt hat, war, dass ich mit neun oder zehn Jahren angefangen habe, die Tageszeitung zu lesen, und darauf bestanden habe, abends im Fernsehen politische Sendungen zu sehen. Der Zugang zu Medien, zur einordnenden Erklärung, auch zu den Texten der Terroristen selbst, die man damals im Schwarzdruck noch im linken Buchladen unter der Theke kaufen musste, weil die Publikationen sehr umstritten waren, diese Medien haben mir irgendwann die Distanz genommen, aus der Angst eigentlich besteht. Sie haben mich beruhigt, weil ich verstehen konnte, weil ich einschätzen konnte.

Jetzt stehen seit zwei Wochen vor den Redaktionen in Deutschland und in Europa wieder Polizisten. Der Schriftsteller Michel Houellebecq, der auf dem Titel der Charlie-Hebdo-Ausgabe am Tage des Anschlags karikiert war, musste vorgestern bei einer Lesung in Köln von der Polizei beschützt werden. Wenn Journalisten hier in Bremen und überall am 8. Januar 2015 angerufen wurden, um ihre Themen der letzten Zeit und ihre Privatadressen bei der Polizei zu notieren, dann können wir nicht sagen, das interessiert uns alles nicht, und dann können wir, glaube ich, auch nicht sagen, das ist eben einfach so. Wenn in Dresden Demonstrationen verboten werden, dann beschränkt das schon jetzt die Freiheit, die wir alle beschwören, die wir alle haben und die wir alle verteidigen.

(C)

(D)

- (A) Wir können, glaube ich, alle nicht sagen, dass uns das nicht berührt, dass uns das keine Angst macht. Dagegen müssen wir uns wehren, und genau dazu brauchen wir die Freiheit der Worte und der Gedanken, freie Medien, freie Meinungen, freie Kunst, Glaubensfreiheit. Dazu brauchen wir auch ehrliche Sorge, dazu brauchen wir auch Angst.

Die individuelle Entscheidung für das, was sie wem mit ihren Wörtern und Bildern zumuten und antun, treffen Journalisten und Künstler selbst. Das macht ihre Arbeit so wertvoll für die Demokratie, die sich immer wieder selbst Grenzen suchen und setzen muss. Heinrich Böll hat gesagt: „Die Kunst braucht keine Freiheit, sie ist Freiheit. Freiheit geben kann ihr keiner; kein Staat, keine Stadt, keine Gesellschaft kann sich etwas darauf einbilden, ihr das zu geben oder gegeben zu haben, was sie von Natur ist: frei!

Gegebene Freiheit ist für sie keine, nur die, die sie hat, ist, oder sich nimmt. Wenn sie Grenzen überschreitet – nach wessen Meinung ist ganz und gar gleichgültig –, wenn sie zu weit geht, dann merkt sie's schon: Es wird auf sie geschossen. Wie weit sie gehen darf oder hätte gehen dürfen, kann ihr ohnehin vorher niemand sagen, sie muss also zu weit gehen, um herauszufinden, wie weit sie gehen darf.“ Im Jahr 1966 hat er dies zur Eröffnung des Theaters in Wuppertal gesagt.

- (B) Man muss auch islamophobische Bücher schreiben dürfen, lästern, pöbeln und schimpfen dürfen. Jeder, der das macht, muss die Kritik daran und den Widerstand dagegen ertragen. Wir brauchen in der Kunst und im Journalismus das Laute, das Böse, das Fremde und die Neugier darauf. Wir könnten es uns sonst nicht einmal vorstellen, und es wäre wirklich fatal, wenn wir das Böse gar nicht sehen und erkennen könnten. Der katholische französisch-deutsche Philosoph Rémi Brague hat dazu gerade gesagt: „Kein Glaube verdient Respekt, auch meiner nicht. Überzeugungen sind Dinge, Respekt kann es nur für Menschen geben.“ – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Korol.

Abg. **Dr. Korol** (BIW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Paris wurden vor zwei Wochen Mitglieder der Redaktion eines Satiremagazins aus politischen Gründen ermordet. In Paris wurden vor zwei Wochen Kunden und Verkäufer eines jüdischen Supermarktes und nebenbei Polizisten ermordet und auch das aus politischen und religiösen Gründen.

Kann es dafür politische und religiöse Gründe geben? Nein! Wir haben scharf zwischen Gründen, Rechtfertigungen und Ausreden zu unterscheiden. Das gilt auch für all solche Morde und Massenmorde in aller Welt, von denen meine Kolleginnen Frau Vogt und Frau Dr. Mohammadzadeh sprachen. Das alles

- ist unfassbar. Ich reagiere in einem ersten Anlauf mit dem Hinweis auf das Ideal des Christentums: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, liebe deine Feinde.“ Das ist nie erreichbar, bleibt aber ein Ideal. (C)

Ich reagiere mit den Worten von Heinrich Heine darauf, er war Jude, Deutscher, Franzose, Weltbürger, Intellektueller, Demokrat und Flüchtling – Zitat –:

„Die alten, bösen Lieder, die Träume schlimm und arg, die lasst uns jetzt begraben, holt einen großen Sarg. Hinein leg ich gar Manches, doch sag ich noch nicht was; der Sarg muß sein viel größer wies Heidelberger Faß. Und holt eine Totenbahre, von Brettern fest und dick: auch muß sie sein noch länger als wie zu Mainz die Brück. Und holt mir auch zwölf Riesen, die müssen noch stärker sein als wie der heilige Christoph im Dom zu Köln am Rhein.

Die sollen den Sarg forttragen und senken ins Meer hinab, denn solchem großen Sarge gebührt ein großes Grab. Wißt ihr, warum der Sarg wohl so groß und schwer mag sein? Ich legt auch meine Liebe und meinen Schmerz hinein.“ – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der BIW)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

- Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil mich die Worte der Kollegin Frau Dr. Mohammadzadeh sehr berührt haben und weil sie wichtige Aspekte genannt hat. Vieles von dem, was ich jetzt noch sage, wird Ihnen hier im Saal nicht neu sein, aber diese Debatten hören auch die Menschen draußen, und das hören auch die Menschen, die für die einfachen Versprechungen und den unverhohlenen Hass und das Unverständnis anfällig sind, sodass die die Rechtspopulisten in Deutschland wieder mehr Zulauf erhalten. Ich möchte deshalb doch noch einmal auf einige der Ursachen eingehen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, wenn wir die von mir vorhin angesprochene Polarisierung in dieser Gesellschaft verhindern wollen. (D)

Einige der Kolleginnen und Kollegen, haben sich in den letzten Monaten intensiv mit den Ursachen, Wirkungen und Auswirkungen von Armut in unserem Land auseinandergesetzt. Es ist nicht wegzu diskutieren, dass Armut auch bei uns überwiegend Frauen, Migrantinnen und Migranten sowie ihre Kinder trifft. Wir wissen, dass wir eine Aufenthaltspolitik hatten, die jahrzehntelang Ausbildungs- und Beschäftigungschancen von Migranten – zumindest denen ohne einen deutschen Pass und mit einem unsicheren Aufenthalt – stark eingeschränkt hat. Seit dem Jahr 2009 kommt es zu Veränderungen, aber immer noch sehr zögerlich. Natürlich haben die vergangenen Jahrzehnte das Klima hier geprägt, denn hier leben zumindest zwei Generationen, über-

(A) wiegend muslimischer Migranten, die die Erfahrung machen mussten, dass sie in unserem Land nicht richtig willkommen waren und denen man große Steine im Bereich der Integration und Teilhabe in den Weg gelegt hat.

Ich möchte daran erinnern, dass wir nicht vergessen dürfen, dass die Generation der eigentlich bereits hier angekommenen und integrierten sogenannten türkischen Gastarbeiterfamilien diejenige war, die unbestreitbar in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu den Verlierern der Wendeprozesse gehört hat. Dies allein erklärt die Faszination, die religiöser Fanatismus auf meistens junge Menschen ausübt, sicher nicht. Mit Sicherheit tragen auch bestimmte Rollen und Identitätsfindungsprozesse, unterschiedliche Kulturen, die in unterschiedlichen Generationen unterschiedlich aufeinandertreffen, dazu bei.

Europa hat Jahrhunderte Erfahrungen mit Einwanderungswellen. Unproblematisch verlief das nie, ich erinnere hier nur an die polnischen Industriearbeiterinnen, die es um das zwanzigste Jahrhundert herum gab oder an die Integration der Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg. Man muss aber einmal ehrlich zu sich selbst sein und festhalten, dass Europa sich mit der Teilhabe von muslimischen Migranten schwergetan hat und auch noch tut.

(B) Wir werden hier andere Antworten finden müssen als bisher. Es ist bezeichnend, dass diejenigen, die nach Syrien in den Dschihad ziehen, angeben, dass die klaren Verhältnisse ausschlaggebend sind. Es gibt Versorgung, ein bisschen Wohlstand, vor einiger Zeit konnte man sehen, dass es dort DVDs gibt, Sicherheit in einer klaren Gruppenhierarchie mit Überordnungen und Unterordnungen und tradierte Geschlechterrollen vorhanden. Auf die dahinterstehende Haltung hat Frau Dr. Mohammadzadeh hingewiesen. Es ist interessant, dass dies scheinbar auch deutsche Jugendliche anzieht, denn die Anzahl der Konvertiten, die nach Syrien geht, ist nicht gerade gering. Es gibt natürlich auch andere Ursachen, auf die wir heute in der Debatte nicht abschließend eingehen können. Ich möchte nicht die Situation der Verwerfungen diskutieren, die es in vielen muslimischen Ländern gibt, das würde den Rahmen sprengen.

Ich habe vorhin die Toten in Nigeria erwähnt, Frau Dr. Mohammadzadeh die unzähligen anderen Toten. Die meisten Opfer des islamistischen Terrors sind Muslime. In den muslimischen Ländern üben diese Gruppen trotzdem eine Faszination auf junge Menschen aus, und viele schließen sich den Terrorgruppen an. Unabhängig von Kriegen, ökonomischen und sozialen Eruptionen in diesen Ländern, muss man auch festhalten, dass eine reaktionäre und restriktive Auslegung des Islams Zulauf erhält. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist historisch betrachtet bemerkenswert.

Der Islam galt im ausgehenden Mittelalter und in der Neuzeit als die liberalere, die progressivere und

die wissenschaftlich und kulturell fingerzeigende Religion, und noch in den Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts sind viele freiwillig konvertiert, ich nenne an dieser Stelle nur Muhammad Ali.

(C)

Wir müssen auch feststellen, dass die reaktionären Kräfte im Islam oder in den muslimischen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten oft von Ländern, aber auch von Regionalregierungen unterstützt worden sind, die dort ihre eigenen Interessen haben. Es ist schon bemerkenswert, Sie können in der aktuellen Ausgabe der „Le Monde diplomatique“ einen ganz interessanten Artikel über die Paschtunen im Hindukusch und deren jeweilige Instrumentalisierung durch diverse internationale und nationale Interessenlagen finden und welche Auswirkungen das gehabt hat und immer noch hat, nämlich das Entstehen und das Erstarken der Taliban. Diese internationalen Fragen können wir hier vor Ort nicht lösen, aber die Verhältnisse hier gehen uns etwas an und müssen uns etwas angehen.

(Glocke)

Gerade angesichts der Anschläge von Paris müssen sie uns dringender denn je etwas angehen.

Zu guter Letzt, ich komme dann zum Schluss: Wir brauchen Antworten und Lösungen, aber wir müssen uns auch entschieden der Instrumentalisierung dieser mörderischen und feigen Attentate durch rechte Rattenfänger und Rechtspopulisten entgegensetzen. Wer diese Attentate nutzt, um sein ressentimentgeladenes und rassistisches Süppchen zu kochen, braucht von uns heute auch eine klare Aussage und Ansage, denn wer auf Ausgrenzung und auf Ablehnung setzt, spielt mit dem Feuer! Der Angriff auf jesidische Jugendliche am 22. Dezember im Anschluss an eine Pegida-Demonstration und eventuell – ich sage vorsichtig eventuell – der gewaltsame Tod eines eritreischen Flüchtlings aus Dresden zeigen deutlich, was passiert, wenn diese Saat aufgeht, und dies dürfen wir nicht zulassen! – Ich danke Ihnen!

(D)

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/1714 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

(A) (Einstimmig)

Wir setzen die 74. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) fort.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde interfraktionell vereinbart, dass zu Beginn der Sitzung heute Nachmittag der Tagesordnungspunkt 30, Jugend im Parlament, Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, aufgerufen wird.

Die Sitzung morgen Vormittag beginnt mit dem Tagesordnungspunkt 2, Fragestunde; im Anschluss daran werden die Tagesordnungspunkte 56, Besetzung des Amtes des Landesbehindertenbeauftragten, Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft und 45, Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Antrag des nicht ständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Landesverfassung, behandelt.

Zu Beginn der Sitzung am Donnerstagnachmittag werden die Tagesordnungspunkte 24, 28, 55 sowie die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 21 und 22 aufgerufen.

(B) Die übrigen interfraktionellen Absprachen können Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 9 Uhr, entnehmen. Diesem Umdruck können Sie auch den Eingang gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, diese nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich insoweit um den Tagesordnungspunkt 57, Konsensliste, Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft.

Meine Damen und Herren, Sie haben für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen.

Auf dieser Liste sind die Tagesordnungspunkte 37, 39, 44 und 46.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Bürgerschaft (Landtag).

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll, und bitte Sie deshalb um Ihr Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

(C) Die Konsensliste wird dann entsprechend Paragraf 58 a der Geschäftsordnung nach der Aktuellen Stunde aufgerufen.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung

1. LuxLeaks muss ein Wendepunkt für die europäische Steuerpolitik werden!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. Januar 2015
(Drucksache 18/1697)
2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Hochschule für Öffentliche Verwaltung
Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2015
(Drucksache 18/1698)
3. Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode vom 10. Juli 2012
Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2015
(Drucksache 18/1699)
4. Natur in die Kitas – Kinder in die Natur
Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2015
(Drucksache 18/1700)
5. Versorgungssituation von seelisch verletzten und psychisch kranken Menschen mit geistiger Behinderung verbessern!
Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2015
(Drucksache 18/1701)
6. Sozialwohnungsbau und Miethöhen im Rahmen des Wohnraumförderungsprogramm 2012/2013
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2015
(Drucksache 18/1708)
7. Aktenhalden bei der Polizei
Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Januar 2015
(Drucksache 18/1709)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Februar-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Überstunden im öffentlichen Dienst in Bremen und Bremerhaven
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 25. Juni 2013
2. Materielle Unterstützung Bremens für die Kirchen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 29. Oktober 2013

(C)

(D)

- (A) 3. Nachhaltigkeit der Bremer Trinkwassergewinnung
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 29. September 2014
D a z u
Antwort des Senats vom 20. Januar 2015
(Drucksache 18/1711)
4. Betreuung von IT-Verwaltungsarbeitsplätzen
in Fachbehörden durch Dataport
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 21. Oktober 2014
D a z u
Antwort des Senats vom 13. Januar 2015
(Drucksache 18/1704)
5. Einsatzstunden der Bereitschaftspolizei Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. Dezember 2014
D a z u
Antwort des Senats vom 6. Januar 2015
(Drucksache 18/1694)
6. Sportgroßveranstaltungen im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. Dezember 2014
D a z u
Antwort des Senats vom 6. Januar 2015
(Drucksache 18/1695)
- (B) 7. Entwicklung der Aufforderungen zur Miet-
senkung im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 2. Dezember 2014
D a z u
Antwort des Senats vom 20. Januar 2015
(Drucksache 18/1712)
8. Versorgung von Wohnungslosen mit Wohn-
raum
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 3. Dezember 2014
D a z u
Antwort des Senats vom 6. Januar 2015
(Drucksache 18/1696)
9. Aufstellung der bremischen Finanzämter
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2014
D a z u
Antwort des Senats vom 13. Januar 2015
(Drucksache 18/1705)
10. Verstoß gegen Haushaltsrecht im Forderungs-
management – Verjährung von Forderungen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2014
11. Bestände der GAGFAH im Land Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 10. Dezember 2014
12. IT-Kooperationen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 12. Dezember 2014
13. Umweltverträglichkeit der Mülldeponie
„Grauer Wall“
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 5. Januar 2015
14. Telekommunikationsüberwachung durch
Funkzellenabfragen
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2015
- IV. Sonstiger Eingang:**
Mitteilung des Senats über die vom Senat be-
schlossene Einbringung der Bundesratsinitiative
„Entschließung des Bundesrates zur Ratifizierung
des ILO-169-Übereinkommens“, Antrag der Frei-
en Hansestadt Bremen Mitteilung des Senats vom
20. Januar 2015, Drucksache 18/1713.
- Des Weiteren möchte ich Ihnen mitteilen, dass
nachträglich interfraktionell vereinbart wurde, folgen-
de Tagesordnungspunkte für die Januar-Sitzungen
auszusetzen: Es handelt sich dabei um die Tages-
ordnungspunkte 6, 11, 17, 23, 25 und 36.
- Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen
gewünscht? – Das ist nicht der Fall.
- Wer mit den interfraktionellen Absprachen ein-
verstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen! (D)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit
den interfraktionellen Absprachen einverstanden.
- (Einstimmig)
- Wir setzen die Tagesordnung fort.
- Aktuelle Stunde**
- Für die Aktuelle Stunde ist von der Abgeordneten
Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE folgendes Thema
beantragt worden:
- Armut und Reichtum nehmen zu: Konsequenzen aus
dem Armutsbericht ziehen und umsetzen!**
- Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin
Stahmann.
- Die Beratung ist eröffnet.
- Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete
Frau Vogt.
- Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*: Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen! Der neue Armuts-
und Reichtumsbericht liegt vor, und die Zahlen und

(A) Befunde in diesem Bericht sprechen über weite Strecken für sich. Die Armut hat im Land Bremen zugenommen, der Reichtum aber auch. Die soziale Spaltung hat sich zwischen sozialen Gruppen, aber insbesondere auch zwischen den Stadtteilen verschärft.

Es gibt heute in Bremen und Bremerhaven viele Wege in die Armut, aber kaum Wege aus der Armut. Im Jahr 2007 betrug die Armutsquote im Land Bremen 19 Prozent, im Jahr 2012, fünf Jahre später, sind es 23 Prozent. Das ist eine Zunahme um ein Fünftel. Konkret bedeutet das, 25 000 Menschen mehr leben im Land Bremen in Armut. Bremen hat Mecklenburg-Vorpommern seit dem Jahr 2012 als trauriger Spitzenreiter in Sachen Armut abgelöst. Das kann uns alle nicht kaltlassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auf der anderen Seite hat sich keine Einkommensgruppe so explosionsartig vermehrt wie die der Reichen und Wohlhabenden. Die Zahl der Menschen, die mehr als 500 000 Euro steuerpflichtiges Einkommen im Jahr erzielen, also nicht Umsatz, hat sich in Bremen mehr als verdoppelt. Die Kluft zwischen oben und unten wird also größer.

(B) Die Zahl der Menschen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, also der ganze Hartz-IV-Bereich, hat sich kaum verändert, auch die Anzahl der Arbeitslosen hat sich kaum verändert. Konjunkturelle Entwicklungen wirken sich auf die Gruppe der Erwerbslosen weitgehend nicht aus. Auch die höhere Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Land Bremen hat leider für die Erwerbslosen weitgehend keine Auswirkungen. Dies ist im Übrigen auch ein Befund des Armutsausschusses: Erwerbstätigkeit führt nicht mehr zum Ausstieg aus der Armut! Eine der Ursachen dafür ist die Zunahme atypischer Arbeitsverhältnisse und das insgesamt gesunkene Lohnniveau infolge der Hartz-Gesetzgebung. Übersetzt heißt das: Menschen bekommen häufiger Arbeit als früher, aber das Arbeitsvolumen hat nicht zugenommen, nur die Anzahl befristeter Beschäftigung, von Teilzeitarbeit und Minijobs, die Menschen und vor allem Familien heutzutage nicht mehr ernähren.

Eine besorgniserregende Zunahme sehen wir auch im Bereich des SGB XII, also der Grundsicherung im Alter oder der Grundsicherung bei Erwerbsminderung. Hier geht die Kurve steil nach oben, und hier hat die Zahl derjenigen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, seit dem Jahr 2007 um 28 Prozent zugenommen. Das ist auch kein Wunder, prekäre Arbeitsverhältnisse, Niedriglöhne, unterbrochene Erwerbsbiographien führen bei immer mehr Menschen dazu, dass sie von ihrer Rente nicht leben können, und dabei haben die Auswirkungen der Absenkung des Rentenniveaus, also die Rentenkürzungen durch die vergangenen Rentenreformen gerade erst begonnen.

Uns treibt aber mehr der wachsende Abstand zwischen den Stadtteilen um. Soziale Probleme

konzentrieren sich immer stärker in bestimmten Ortsteilen. Zwischen den Jahren 2006 und 2012 hat die Arbeitslosigkeit in Schwachhausen, Horn oder Borgfeld um 40 Prozent abgenommen. In dem gleichen Zeitraum hat sie in Gröpelingen oder in Grohn um 25 Prozent zugenommen, in Stadtteilen, in denen die Erwerbslosigkeit bereits im Jahr 2007 auf einem sehr hohen Niveau lag.

(C) Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt Stadtteile, in denen Vollbeschäftigung herrscht, und es gibt Stadtteile, in denen noch mehr Menschen arbeitslos sind als im Jahr 2007. Das hat Folgen. In Gröpelingen sind 51 Prozent aller Kinder arm, in Borgfeld ein Prozent. Entsprechend haben die durchschnittlichen Einkommen in gut situierten Ortsteilen zugenommen, und in den nicht so gut situierten Stadtteilen haben sie abgenommen. Das heißt nichts anderes, als dass die soziale Schere auf- und nicht zugeht, allen Bekenntnissen des rot-grünen Senats zum Trotz. Ich könnte das hier noch länger fortsetzen. Ich rate Ihnen auch dazu, den Armutsbericht zu lesen, auch wenn er vorläufig ist, und sich den alten Bericht aus dem Jahr 2009 daneben zu legen, denn die Zahlen werden leider nicht immer explizit verglichen.

(D) Ein paar Fakten muss ich Ihnen aber trotzdem zumuten. Der Anteil der Aufstocker, also derjenigen, die arbeiten, aber arm sind und Leistungen benötigen, ist von 25 Prozent auf 30 Prozent gestiegen. Der Anteil der verschuldeten Menschen ist um 10 Prozent gestiegen. Die Armutsgefährdungsquote für Geringqualifizierte ist von 30 auf 40 Prozent gestiegen. In den Ortsteilen – auch daran hat sich nichts geändert – Gartenstadt Süd, Ohlenhof, Hohentor, Gröpelingen, Altstadt, Bahnhofsvorstadt und Grohnen schafft weniger als jedes fünfte Kind das Abitur, während es in Borgfeld, Horn, Oberneuland sowie in dem Ortsteil Schwachhausen 85 Prozent aller Jugendlichen gelingt.

Die Fragen lauten aber: Können wir wirklich nur zusehen? Welche Schuld trifft die jetzige und frühere Bundesregierung? Welche Schuld trifft die Landespolitik, also den Senat? Der Trend, dass die Gesellschaft auseinanderstrebt, die Spaltung der Einkommen, geht in seiner Größenordnung darüber hinaus, was die Landespolitik korrigieren könnte. Das ist tatsächlich ein Resultat der beiden wesentlichen Weichenstellungen der letzten 15 Jahre auf Bundesebene: Hartz-Gesetzgebung auf der einen und die Senkung der Spitzensteuersätze auf der anderen Seite. Das bedeutet, wenn man wirklich – wie wir das praktisch bei jedem Haushalt hier fordern – öffentliche Ausgaben in einer Größenordnung von 150 bis 200 Millionen Euro zusätzlich für Bildung, Soziales und Arbeit investieren würde, dann wäre das eine substanzielle Größe. Damit kann man die Einkommensungleichheit nicht ausgleichen, aber man kann Armut bekämpfen, insbesondere, wenn man das Geld nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern gezielt investiert.

(A) (Beifall bei der LINKEN)

Das ist nämlich der Bereich, der in der Verantwortung der Landespolitik liegt: der Ausstieg aus der Armut durch Bildung und Qualifikation! Das ist der Bereich, über den wir hier in Bremen sprechen müssen. Findet hier eigentlich Armutsbekämpfung statt, oder erinnert sich die Landesregierung nur dann daran, wenn sie alle paar Jahre einen Bericht vorlegen muss? Wir als Fraktion DIE LINKE hatten im Mai 2014 eine Anfrage gestellt, was eigentlich aus den Maßnahmen geworden ist, die der alte Armutsbericht vorgeschlagen hat. Sind die Maßnahmen realisiert worden? Wie haben sie gewirkt? Damals haben wir als Antwort bekommen, dass das dann alles im neuen Armutsbericht stehen würde. Ein Dreivierteljahr später muss ich festhalten, dass es nicht darin steht. Es gibt keine systematische Auswertung, und es fehlt auch – und das ist sehr interessant – eine Zusammenstellung mit neu vorgeschlagenen Maßnahmen. Das wirkt einfach nur noch hilflos, das kann man nicht anders sagen.

(B) In dem Bereich, in dem Maßnahmen beschrieben werden, regiert ganz oft die Vergangenheitsform. Es heißt dann, im Bereich der Alleinerziehenden gab es zwei gute Programme, leider sind sie abgeschlossen oder werden nur in geringem Umfang weitergeführt. Im Bereich der Arbeitspolitik gab es ein Landesprogramm, das vorrangig auf sozialversicherte Instrumente gesetzt hat, davon ist aber leider nichts mehr übrig geblieben. Solche Formulierungen finden wie in dem Bericht außerordentlich häufig.

Ebenso häufig hat man den fatalen Eindruck, es werden gerade die Maßnahmen und Strukturen in dem Armutsbericht hervorgehoben, von denen es in den letzten Jahren, zumindest seit ich Mitglied dieses Parlaments bin, immer hieß, das ist zu teuer, das müssen wir kürzen, das ist nicht effektiv, das müssen wir kritisch prüfen. Das fällt schon sehr auf.

Ich muss an dieser Stelle einmal deutlich festhalten, verständnisvolle Worte bei Neujahrsempfängen nützen nichts, wenn man konkrete Maßnahmen zur Verhinderung und Prävention von Armut hier in diesem Hause stets blockiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt eben auch in der Landespolitik eine fatale soziale Schieflage. Seit dem Jahr 2007 sind zwei große Prozesse gestartet worden, der eine ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung, der andere ist das fast vollständige Ende der öffentlich geförderten Beschäftigungen. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung kam bislang überwiegend den besser gestellten Stadtteilen zugute, dafür gab es Gründe, die in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf lagen, aber es ist auch eine Tatsache, dass hier vor allem in die soziale Infrastruktur in den wohlhabenden Vierteln investiert worden ist.

(C) Das Ende der öffentlich geförderten Beschäftigungen hat wiederum überwiegend die benachteiligten Stadtteile getroffen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, sondern auch hinsichtlich der sozialen Strukturen, die damit erhalten wurden, der Stadtteilprojekte, der Initiativen und der Netzwerke in Sozialräumen. Hier muss man festhalten, auch auf der Ebene der Landespolitik werden die Ortsteile auseinanderdividiert.

Hier verstetigt sich ein ungünstiger Kreislauf. Menschen, die über längere Zeit nichts mehr von der Politik erwarten können, nehmen am politischen Leben nicht mehr teil. Ich zitiere Günther Warsewa vom IAW, der in der zweiten Sitzung des Armutsausschusses sagte: „In vielen Bereichen ist es für die Menschen einfach sinnlos zu wählen, weil sie sich zu Recht nichts davon versprechen.“

Nun ist Bremen auch ein Bundesland, das hochverschuldet ist, und in den Zeiten, in denen die Mittel knapper werden, findet fast automatisch, ob bewusst oder unbewusst, ein Prozess statt, in dem die Mittel dahin gesteuert werden, wo es noch einen direkten Profit bei den Wählerstimmen gibt. Ich will dies noch nicht einmal allein der Politik des Senats anlasten. Jeder kann in Bremen und in den Gremien erleben, wie sich gut organisierte Bürgerinnen und Bürger der eher privilegierten Stadtteile vernetzen, für die Berücksichtigung ihrer Interessen eintreten und diese einfordern. Wenn ich den Abgeordneten der Koalition und dem Senat aber eines anlaste, dann ist es das, das sie sich oft zu sehr davon beeindrucken lassen, dass bewusste Entscheidungen für nicht privilegierte Stadtteile darunter leiden, und das ist ein fataler Kreislauf.

(Glocke)

Es fehlt im Armutsbericht jede Form von Strategie gegen Armut, und der Senat hat auch keine Strategie für die Armutsbekämpfung, und dies ist auch ein Befund des Armutsausschusses. Bremen hat im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen, vor allem Kommunen, in denen die Menschen arm sind, kein integriertes Gesamtkonzept, obwohl Rot-Grün nach vielen Jahren der Ignoranz der Großen Koalition mit der CDU im Jahr 2007 mit solch hehren Zielen angetreten ist. Man kann an dieser Stelle darüber streiten, wie weit man mit solch einer Strategie kommt, aber man muss eine Strategie haben. Damit ende ich für die erste Runde. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Dr. K o r o l
[BIW]: Das stimmt!)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (SPD *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bremen beschäftigt sich schon länger ausführlich mit dem Thema Armut.

(D)

(A) Es gibt die Armutskonferenz, es gibt den Ausschuss gegen Armut – der hat einen etwas längeren Namen, aber ich verkürze das an dieser Stelle einmal –, und es gibt für dieses Thema eine Diskussionsrunde, die beim Bürgermeister angesiedelt ist. Wir können aber das Problem nicht lösen, dass die Schere, obwohl die Wirtschaft in Bremen auch in der Krise robust, stabil, ansteigend und gut aufgestellt ist, weiter auseinandergeht.

Wir als Sozialpolitiker können das auch nicht auflösen. Wir können Hilfe leisten, wir können Angebote der Teilhabe machen, alles das können wir machen, und ich sage einmal, das tun wir in einem riesigen Umfang. Wir haben WiN-Gebiete, die gefördert werden. Wir haben in den WiN-Gebieten Quartiersmanager. Wir haben ein riesiges Angebot: Täter-Opfer-Ausgleich, Beratungsstellen, Gesundheitstreffe! Man kann gar nicht alles aufzählen. Ich habe einmal angefangen, eine Liste auszustellen und habe irgendwann aufgehört, weil es wirklich eine unzählige Anzahl von Maßnahmen gibt, die Menschen in Not helfen.

Diese Maßnahmen führen aber nicht aus der Armut, sie führen dazu, dass Kinder mit der blauen Karte zum Beispiel ein kostenloses Mittagessen bekommen. Das macht die Kinder nicht reicher, aber zumindest satt, was für den Lernerfolg auch nicht unerheblich ist.

(B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Bei der Kinderarmut ist es aber ohnehin eher so, dass die Eltern arm sind und die Armut der Eltern sich auf die Kinder auswirkt. Wir bemühen uns redlich darum, diese Armut aufzufangen und auszugleichen. Wir sagen ganz deutlich, die Strategie, Frau Vogt, ist: Bildung, Bildung und noch einmal Bildung! Das ist der Schlüssel gegen Armut.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die
Grünen – Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]:
Das sieht man!)

Wir sagen, mit frühkindlicher Bildung muss man schon in den Kindergärten anfangen und darauf achten, und wir haben ein Betreuungsprogramm aufgelegt ohnegleichen, und zwar mit einem großen finanziellen Kraftaufwand.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dies zu negieren, finde ich, wird der eigentlich angemessenen notwendigen Diskussion in keiner Weise gerecht. Wenn Sie sagen, wir orientieren unsere Politik entlang der zu erwartenden Wählerstimmen, mit Verlaub, das finde ich nun so abseitig wie sonst irgendetwas.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C)

Schauen Sie sich einmal unsere Bemühungen an! Natürlich ist bei der Kinderbetreuung doch völlig klar, dass Familie und Beruf die eine Seite der Medaille und die Menschen mit sozialen Schwierigkeiten die andere Seite ist.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Es schafft auch Arbeit für Frauen!)

Das schafft auch Arbeit!

Ich weiß auch, dass wir auf vielen Gebieten nach wie vor Probleme haben, aber ich sage noch einmal, dass die Wirtschaft stabil und robust ist. Warum gelingt es eigentlich nicht, das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit zu lösen? Das liegt doch nicht daran, dass die Politik nicht versucht, Programme zu entwickeln, Dieter Reinken, unser arbeitsmarktpolitischer Sprecher, vorneweg! Es gibt Versuche und Bemühungen. Wo ist eigentlich das Engagement der Wirtschaft? Dann muss man, wenn im Armutsbericht festgestellt wird – ich sage es einmal etwas salopp –, dass die einen immer reicher und die anderen immer ärmer werden, genau über diesen Zusammenhang das eine oder andere Mal auch nachdenken.

Wir haben im Bundestagswahlkampf versucht – die Grünen übrigens auch –, ein Steuerprogramm zu entwickeln und zu sagen, dass diejenigen, die viel verdienen, sich auch mehr beteiligen sollen. Der Wahlerfolg war nicht so berauschend, dass man sagen könnte, es wird jetzt durchgesetzt. Das sind dann eben die Ergebnisse von Wahlen, und daraus folgt dann, dass bestimmte Dinge nicht so umgesetzt werden können, wie man es sich wünscht. Das heißt nicht, dass man nicht weiter darum werben muss, dass starke Schultern – und in Bremen haben wir viele starke Schultern, es sind auch viel mehr geworden, und die Schultern sind auch viel breiter geworden – sich mehr beteiligen sollen. Dem Reichtum in Bremen steht – und das schmerzt als Sozialpolitiker ganz besonders – tatsächlich einer ziemlich massiven Armut gegenüber.

(D)

Ich würde mir wünschen, dass man weit über das bürgerschaftliche Engagement der Reichen hinaus, das man in Stiftungen in dieser Stadt erfreulicherweise hat, die Strukturen so verändert, dass Armut gemildert wird. Ich glaube nicht, dass man davon sprechen kann, dass Armut abgeschafft wird. Jetzt sage ich etwas Verwerfliches, vielleicht werde ich dafür auch Prügel bekommen: Wenn wir in Deutschland von Armut reden, dann reden wir nicht von einer Armut, wie sie in Indien, Pakistan oder Afrika herrscht, dann reden wir von einer relativen Armut. In Deutschland ist es nicht so, dass Menschen Hunger leiden müssen!

- (A) (Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Nein, aber sie können nicht teilhaben am Leben, das ist das Problem!)

Das ist ein Niveau, über das man reden muss. Dass wir versuchen müssen, Armut abzubauen, ist für mich gar keine Frage. Ich bin aber vor einigen Jahren nach Pakistan gereist, und wenn man dort gewesen ist, dann verändert man seinen Blick auf Armut schon auch ein bisschen.

(Beifall bei der SPD)

Das soll nichts relativieren, auch nicht unsere Anstrengungen, in keiner Weise, das soll nur den Hinweis geben, dass man auch nicht so tun muss, als sei Armut in Deutschland mit dem nackten Elend kurz vor dem Ableben gleichzusetzen. So ist es in Deutschland nicht, und ich bin froh, dass die Sozialgesetze in Deutschland so sind, wie sie sind, dass sie genau das verhindern.

Ich nenne noch einen Punkt, der mir in dieser Frage immer noch zu wenig diskutiert wird. Im letzten Jahr wurden 600 Kinder in Obhut genommen. Das sind 600 Kinder, die schon durch ihre Familienproblematik einen ganz schwierigen Start ins Leben haben, und zumeist sind es dann auch diejenigen, die am Ende auf der Strecke bleiben. Um genau diese Kinder müssen wir uns verstärkt kümmern. Ich sehe auch, dass es dort Bemühungen und Anstrengungen gibt.

- (B) Es besteht die Situation, dass viele Eltern überfordert sind, nicht alle, die überwiegende Mehrheit macht es gut und richtig, darüber freue ich mich auch, aber es gibt eben doch viele Probleme, weil es schon bei der Erziehung von Kindern hapert. Weil das so ist – dafür kämpfen meine Fraktion und ich jedenfalls –, müssen in den Stadtteilen, wo diese Probleme am größten sind, Bildungs- und Familienzentren aufgebaut werden, und die Kitas müssen Aufgaben übernehmen, die sie sowieso schon haben, unter Berücksichtigung der Besonderheit in diesen Stadtteilen den Eltern dabei zu helfen, ihre Kinder vernünftig zu erziehen. Das ist übrigens auch sozialpolitisch eine wichtige und richtige Maßnahme, die aber letzten Endes auch hilft, Armut zu reduzieren, weil die Menschen eine Chance bekommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir perspektivisch darüber nachdenken müssen, die Grundschulen in jenen Stadtteilen, die man ja kennt, besser auszustatten. Grundschullehrer sind teilweise an der Grenze dessen, was sie leisten können, weil die Schwierigkeiten – ich nenne einmal Verhaltensstörungen, die in dem Bereich eine große Rolle spielen – deutlich zunehmen. Man kann nicht so tun, als ob man das mit dem gleichen Personal und den

gleichen Kräften wie vor zehn oder fünfzehn Jahren hinbekommen könnte. Das Gleiche gilt für die Kitas in diesen Stadtteilen. Wir müssen eine vernünftige Ausstattung erreichen, damit die Mitarbeiter, die Erzieher, die Pädagogen und Psychologen in der Lage sind, ihre Arbeit vernünftig machen zu können. Dort sehe ich Handlungsbedarf, ich habe gelegentlich das Gefühl, dass wir uns bemühen müssen, in dem Bereich besser zu werden.

Im Übrigen ist aus dem Armutsbericht herauszulesen, das ergibt sich auch aus den Diskussionen in den Armutsausschüssen und -konferenzen, dass herausgefunden werden muss, welche Maßnahmen tatsächlich helfen können, Armut zu bekämpfen.

Wenn wir auf die Frage, wie verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufgelöst werden kann, eine sozialpolitische Antwort finden sollen, dann können wir lange suchen. Das ist eine arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Frage. Da muss sich aus meiner Sicht die Wirtschaft – und die ist Gott sei Dank in den Diskussionen in den Armutsausschüssen auch im Rathaus beteiligt – ganz intensiv Gedanken darüber machen, wie sie ihren Beitrag dazu leisten kann. Das sage ich deshalb, weil ich ganz fest davon überzeugt bin, dass sich durch die Armutsentwicklung und durch die soziale Schieflage das politische Koordinatensystem nach rechts verschiebt. Es verschiebt sich nach rechts und nicht nach links! Früher hat man immer gedacht, dass es automatisch irgendwann zu einer Linkstendenz führen würde, aber das ist nicht so.

(D) Die Unzufriedenheit bei den Demonstrationen in Dresden oder Leipzig und anderswo hat auch genau damit zu tun, dass für viele die Karriereerwartungen und Aufstiegschancen nicht mehr so realisiert werden können, wie es vielleicht einstmalig möglich war. Das führt zu einer ziemlichen dumpfen und, wie ich finde, auch nicht klugen Einschätzung der eigenen Lebenslage. Menschen, die dort demonstrieren, sind erst einmal ziemlich unglückliche Menschen. Man muss sich nur die Gesichter derjenigen anschauen, sie haben einen verschlossenen und, wie ich finde, gelegentlich hasserfüllten Gesichtsausdruck. Diese Menschen verlieren wir, wenn wir nicht darauf achten, dass die Gesellschaft insgesamt zusammenbleibt und gerechter wird, und dafür zu kämpfen lohnt sich allemal!

Meiner Meinung nach, gehen die Ansätze des Senats in die richtige Richtung. Ich behaupte nicht, dass wir alles erreicht hätten, dass alles gut ist und es nichts zu diskutieren gibt, Frau Vogt, beileibe nicht! Es gibt noch viel Arbeit, aber man muss dann auch die Fragen stellen, die vielleicht dazu führen, Lösungen zu finden.

Bei unseren Bemühungen, die Teilhabe zu organisieren, gerade im Bereich der Sozialpolitik, war die blaue Karte ebenso hilfreich wie das Vorhaben, dass jetzt der Bremen-Pass kommen soll. Es gibt einiges, was getan wurde und hilfreich ist, lösen kann

- (A) es das Problem aber nicht, jedenfalls nicht einfach aus der Sozialpolitik heraus! – Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Debatte nimmt genau den Verlauf, den ich vorhergesagt und auch befürchtet habe. Statt sich auf die Fragen zu konzentrieren, welchen Erfolg die Politik der rot-grünen Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen eigentlich bei der Armutsbekämpfung hat, führen wir hier eine Debatte darüber, ob die Wirtschaft ihrer Verantwortung gerecht geworden sei, und es wird der Ruf nach Umverteilung zwischen Arm und Reich laut. Bremen und Bremerhaven haben kein Problem mit Reichtum, Bremen und Bremerhaven haben ein Problem mit Armut, darüber möchten wir mit Ihnen debattieren!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Vogt
[DIE LINKE]: Das hängt aber zusammen,
Herr Röwekamp!)

- (B) Die Eltern reicher Kinder haben kein Problem damit, ihren Kindern einen ihren Begabungen, Leistungen und Fähigkeiten entsprechenden Schulabschluss zu organisieren.

(Zuruf der Abg. Frau Vogt [DIE LINKE])

Die Kinder reicher Eltern haben kein Problem damit, einen Berufsabschluss zu erreichen, die Kinder reicher Eltern haben den Zugang zu dem, was Bildungsgerechtigkeit und Bildungschancen betrifft. Lassen Sie uns darüber reden, wie wir diesen Zugang auch Kindern zukommen lassen können, die eben nicht in bildungsaffinen und reichen Familien aufwachsen, sondern von Armut betroffen sind! Darum muss sich doch die Debatte über den Armutsbericht kümmern, sie soll keinen Sozialneid schüren, sie soll Lösungen für die Kinder bieten, die nicht in den Genuss von gerechten Bildungschancen kommen!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist ehrlicherweise eine Umverteilungsdebatte auch überhaupt nicht die richtige Antwort.

Ich will mich auch gar nicht in das Ablenkungsmanöver begeben zu fragen, Herr Möhle, hat die Wirtschaft eigentlich genug Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt? Ich sage: ja! Es hat in den letzten Jahren in Bremen eine Vielzahl von neuen auch sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ge-

geben, aber sie haben das Problem der Armut nicht beseitigt, weil es dieser Regierung nicht gelungen ist, die Menschen, die langzeitarbeitslos sind, für die neuen Beschäftigungsangebote zu qualifizieren. Dass diese Menschen immer noch in der Arbeitslosenstatistik sind, liegt nicht in der Verantwortung der Wirtschaft, meine Damen und Herren, sondern das ist das Ergebnis des politischen Fehlverhaltens dieses Senats! Das ist die Wahrheit des Armuts- und Reichtumsberichts!

(Beifall bei der CDU)

Politischer Erfolg bemisst sich auch nicht daran, was man getan hat, meine sehr verehrten Damen und Herren! Politischer Erfolg bemisst sich daran, was man erreicht hat. Nun schauen wir uns einmal an, was Sie den Menschen 2007 und 2011 bei Abschluss der Regierungsvereinbarungen und der Koalitionsverträge versprochen haben. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag von Rot-Grün aus 2007: „Die zunehmende Armut in vielen unserer Stadtteile bedroht das soziale Gefüge. Hier werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um dieser Entwicklung entgegenzutreten. Die Zukunfts- und Entwicklungschancen der Kinder dürfen nicht von der sozialen Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern abhängig sein“.

Das war Ihr Versprechen an Ihre Wählerinnen und Wähler und an alle Menschen in Bremen und Bremerhaven. Welchen politischen Erfolg haben Sie eigentlich gemessen an diesem Versprechen erzielt? Wir wissen zwischenzeitlich, dass nirgendwo in Deutschland die Herkunft der Eltern so sehr über den Bildungserfolg der Kinder entscheidet wie in Bremen. Nirgendwo in Deutschland haben Kinder aus sozialschwachen Verhältnissen schwierigere Voraussetzungen dafür, einen Bildungsabschluss zu bekommen. Nirgendwo in Deutschland geht es Kindern aus bildungsfernen Schichten schlechter als in Bremen, meine Damen und Herren! Das ist das Ergebnis Ihrer achtjährigen rot-grünen Politik hier in Bremen und Bremerhaven. Sie haben auf der ganzen Linie versagt, und das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben versprochen, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stärker auf die Zielgruppen zu konzentrieren, die besondere Unterstützung brauchen, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Was lesen wir im Armuts- und Reichtumsbericht des Senats, siebeneinhalb Jahre nach Abgabe dieses Versprechens? Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Arbeitslosigkeit ist unverändert mit 60 Prozent der höchste in der ganzen Bundesrepublik Deutschland, und er hat sich seit 2007, seit Abgabe Ihres Versprechens, nicht gebessert. Er ist sogar noch schlimmer geworden, meine Damen und Herren! Langzeitarbeitslosigkeit ist immer noch das größte Armutsrisiko, das wir in Bremen und Bremerhaven haben, auch

(C)

(D)

(A) wenn Sie den Menschen vor sieben Jahren das Gegenteil versprochen haben. Nichts von dem, was Sie gemacht haben, hat den Langzeitarbeitslosen in Bremen und Bremerhaven geholfen! Niemand von denen hat einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Das ist das Ergebnis Ihrer rot-grünen Sozialpolitik nach sieben Jahren!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben den Menschen 2011 versprochen, dass Sie sich beispielsweise auf diejenigen konzentrieren wollen, die als kinderreiche Familien oder als Alleinerziehende besonders armutsgefährdet sind. Was sagt der Armutsbericht des Senats aus? Nirgendwo in Deutschland sind Kinder ein so hohes Armutsrisiko wie in Bremen. Was ist das eigentlich für eine Botschaft für die Gesellschaft? Kinder sind in Bremen gleichbedeutend mit Armutsgefährdung, meine Damen und Herren! Das ist das Ergebnis Ihrer Politik nach sieben Jahren rot-grüner Regierung, nach sieben Jahren des Versprechens. Sie wollten die Schere zwischen Armen und Reichen schließen, Sie haben die Lage der Armen in Bremen aber nicht verbessert, Sie haben sie verschlimmert. Dieser Armuts- und Reichtumsbericht ist die Bankrotterklärung der Sozialpolitik dieses Senats.

(Beifall bei der CDU)

(B) Als der Bürgermeister letztes Jahr in seiner Neujahrsansprache den Menschen in Bremen und Bremerhaven erneut das Versprechen gegeben hat, die Armutsbekämpfung zum Hauptanliegen seiner persönlichen Politik zu machen, da haben wir alle gedacht, jetzt kommt es zu einer Aufbruchsstimmung, jetzt wird wirklich etwas erreicht, jetzt wird das Thema zur Chefsache. Nach einem Jahr, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist festzustellen, dass es viele Anhörungen, viele Gespräche, viele Sitzungen, viele Arbeitskreise gegeben hat, aber es hat noch keine einzige Verbesserung für die Menschen gegeben, die in Armut in Bremen und Bremerhaven leben. Nicht eine einzige, nicht einem geht es besser als vor einem Jahr! Das passiert, nachdem der Bürgermeister etwas zur Chefsache erklärt hat.

Nun könnte man ja zynisch sein und sagen, zum Glück hat er noch nicht mehr Angelegenheiten zur Chefsache erklärt, ansonsten hätten wir in vielen anderen Bereichen genauso katastrophale Ergebnisse. Nein, meine Damen und Herren, das sage ich nicht! Mich treibt es um, dass außer Lippenbekenntnissen zu dem Thema „Wir wollen die Schere schließen und den Armen helfen“ in Bremen sieben Jahre lang nichts passiert ist. Das ist eine Bankrotterklärung für eine rot-grüne Landesregierung, meine Damen und Herren, und das muss an dieser Stelle gesagt werden!

(Beifall bei der CDU)

(C) Wenn der Bürgermeister in seiner diesjährigen Neujahrsansprache den Menschen verspricht, Bildung sei der Schlüssel zur Armutsbekämpfung, im Übrigen eine Erkenntnis, die auch seit mehr als acht Jahren ein Bestandteil unserer politischen Debatten ist, wenn er jetzt verspricht, an einem Ganztagsschulprogramm arbeiten zu wollen, dann sage ich: Ja, herzlichen Glückwunsch, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Dieses Ganztagsschulprogramm brauchen wir schon viel länger, und es war Ihre Regierung, die den Ausbau der Ganztagschulen entschleunigt hat, die Mittel in dem Bereich zurückgenommen hat, statt in die Bildung unserer Kinder zu investieren!

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Was?)

Dass ausgerechnet Sie sich jetzt am Ende Ihrer politischen Karriere hinstellen und sagen, Sie wollen ein Ganztagsschulprogramm, das ist, finde ich, ein Armutszeugnis für Ihre persönliche Leistungsbilanz, sehr geehrter Herr Bürgermeister!

(Beifall bei der CDU)

(D) Die Wahrheit ist, dass der Senat durch diesen Armuts- und Reichtumsbericht seine gegebenen Versprechen widerlegt erhalten hat. Ihre Versprechungen haben den Menschen tatsächlich nicht geholfen. Die etwas verklärten Bemühungen, die heutige Situation historisch zu erklären, finde ich, sehr geehrte Frau Senatorin Stahmann, ehrlicherweise auch schon ein bisschen peinlich. Sie lassen die Bürgerinnen und Bürger, Frau Stahmann, heute im „Weser Report“ wissen, dass man einen langen Atem brauche. Ja, den braucht man in der Armutsbekämpfung ganz sicher, aber ich finde sieben Jahre sind schon ein ganz schön langer Atem. Wenn sich nach sieben Jahren die Lage nicht nur nicht verbessert, sondern verschlechtert hat, dann ist es vielleicht auch einmal an der Zeit, Verantwortung für das Scheitern der eigenen Politik zu übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ehrlicherweise, sehr geehrte Frau Stahmann, bei aller Wertschätzung, der Umstand, dass wir heute noch in der Spitzengruppe, fast an der Spitze der Arbeitslosenquote liegen, dass wir die höchste Quote bei den Langzeitarbeitslosen haben, dass wir die meisten Kinder haben, die armutsgefährdet sind und in Armut aufwachsen, ist nicht das Ergebnis der Wertfenkrise von vor 25 Jahren, sondern das ist auch das Ergebnis Ihrer Politik, die nämlich mit vielen Anstrengungen nicht die Wirkung erzeugt hat, die Sie tatsächlich erreichen wollten. Sie haben den Menschen geholfen, in der Armut zu leben, das gestehe ich Ihnen zu, aber Sie haben den Menschen nicht geholfen, aus der Armut herauszufinden, und das ist eigentlich die Aufgabe von Armutsbekämpfung in Bremen und in Bremerhaven.

(A) (Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, Bildung ist der Schlüssel zur Bekämpfung von Armut, und ja, Sie haben im Bereich Bildung auch Investitionen getätigt, aber Sie haben bisher den gewünschten Erfolg nicht erreicht. Ich sage auch, Sie haben es mit Ihren beschäftigungspolitischen Maßnahmen offensichtlich nicht geschafft, die Anforderungen des Arbeitsmarktes mit den Qualifikationen der Arbeitslosen in Einklang zu bringen. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, erwarte ich, dass der Präsident des Senats und der von ihm geführte Senat, wie andere Senatoren und andere Bürgermeister in früheren Zeiten vor ihm auch in anderen politischen Sachverhalten, zunächst einmal ein klares Wort zu seiner Verantwortung sagt.

Sehr geehrter Herr Möhle, nicht die Wirtschaft, nicht die Bundesregierung und nicht die Welt ist daran schuld, dass wir in Bremen die höchste Armutsquote und die höchste Armutsgefährdung haben! Dass das so ist, ist das Ergebnis der Politik, und die Politik in Bremen hat seit sieben Jahren einen Namen, und der ist Rot-Grün. Stehlen Sie sich nicht aus dieser Verantwortung!

Ich habe mit großem Ärger gehört, dass der Schlüssel zur Bekämpfung von Armut jetzt der neue Bremen-Pass sein soll.

(B) (Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat auch keiner gesagt! – Abg. Frau K r ü m p f e r [SPD]: Wer hat das gesagt?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an diesem Beispiel kann man die politischen Unterschiede zwischen Ihnen und uns deutlich machen.

Mit dem Bildungspass, das einzige konkrete Vorhaben, das seit der Ankündigung des Bürgermeisters von vor einem Jahr wohl jetzt endlich Wirklichkeit werden soll, der Bremen-Pass führt nur dazu, dass die Menschen in Armut würdevoller leben können, aber er hilft keinem einzigen Menschen aus seiner Armut heraus. Den Wettbewerb darum, was man den Menschen in Armut noch alles Gutes tun kann, den werden Sie vielleicht gewinnen. In den Wettbewerb, wer die besseren Konzepte hat, um den Menschen aus der Armut herauszuhelfen, treten wir als CDU-Fraktion gern mit Ihnen ein. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Leider stehe ich öfter einmal hier an dieser Stelle, nachdem Sie geredet haben, Herr Röwekamp, und auch wenn manches von dem, was Sie gesagt haben,

(C) sich sozusagen gewissen Wahrheiten annähert, sind doch im Großen und Ganzen – für meinen Geschmack jedenfalls – zu viele Tricks und Wendungen dabei, um etwas anderes zu suggerieren als das, was in dieser Stadt tatsächlich stattfindet. Das haben Sie gerade eben wieder gezeigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir hatten vor acht Jahren einige wenige Ganztagschulen, während wir heute ungefähr 35 haben, und das ist für Sie Stagnation oder Abbau. In Wirklichkeit ist es aber eine Vervielfachung an Ganztagschulen, die im Land Bremen angeboten werden, und das ist eben das Gegenteil dessen, was sie gerade gesagt haben.

Dass jemand behauptet hätte, der Bremen-Pass wäre der Weg aus der Armut: Es ist überhaupt kein Gegensatz, den Menschen, die im Moment arm sind, auch ein Stück weit zu ihrer Würde zu verhelfen und gleichzeitig nach Wegen aus der Armut zu suchen. Sie haben diesen Gegensatz gerade mit der falschen Behauptung konstruiert, wir hätten den Bremen-Pass als Gesamtlösung für das Armutsproblem gesehen, aber es ist überhaupt keiner! Das ist auch wieder einer dieser rhetorischen Tricks, mit denen Sie glauben, die bremische Bevölkerung für dumm verkaufen zu können!

(D) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich halte das Thema, das heute Gegenstand der Aktuellen Stunde ist, für ein absolut zentrales Thema, und ich habe den Eindruck, dass wir uns da einig sind. Soziale Spaltung und soziale Ausgrenzung sind nicht nur allgemein ein zentrales Thema, sondern auch in Bremen. Ich glaube, dass es auf Dauer keine gesunde, gut funktionierende demokratische, als Grüner darf man sagen, auch keine ökologische Gesellschaft geben kann, wenn wir die Gesellschaft weiter auseinander driften lassen und die soziale Spaltung nicht entschieden und wirksam bekämpfen. Das ist ein ganz zentraler Baustein auch der Politik dieser Regierung, und wir müssen – anerkennend, dass es selbstverständlich ein gewisses Maß an Ungleichheit in freien und offenen Gesellschaften gibt – diese dramatische Auseinanderentwicklung auf ein für alle oder wenigstens für viele akzeptables Maß zurückschrauben. Das Auseinanderdriften der Gesellschaft, das im Moment weltweit, in Europa, in Deutschland, aber eben auch, und das ist zu Recht bemerkt worden, in Bremen festgestellt wird, zu reduzieren, das ist eine zentrale Aufgabe auch für den Erhalt – das schließt fast an die vorherige Debatte an – unserer demokratischen Gesellschaft. Insofern ist schon etwas gewonnen, wenn wir uns im Kern einig darüber sind, welche große Aufgabe wir da vor uns haben und welche Bedeutung das Ganze hat.

(A) Ich halte es auch für vollkommen selbstverständlich und absolut nachvollziehbar, wenn die Opposition sagt, wir messen eine Regierung nicht an Absichten, sondern an Fakten und Ergebnissen, denn das ist natürlich das Ziel der Politik. Kein Armer wird sozusagen ein besseres Leben gewinnen, wenn Arbeitskreise getagt haben, sondern es wird ein besseres Leben geben, wenn diese Arbeitskreise Ergebnisse haben, die auf mittlere und lange Sicht dann auch tatsächlich das Leben der Menschen konkret verbessern. Wir haben hier keinen Dissens, das ist eine Grundlage des Bewusstseins der Arbeit des Senats und der beiden Koalitionsfraktionen, wir haben hier überhaupt keine andere Meinung.

Ich halte auch die Frage nach der Transparenz des Armuts- und Reichtumsberichts des Senats für eine Selbstverständlichkeit. Wer glaubt denn, dass sich Verhältnisse in einer Gesellschaft tatsächlich verbessern ließen, wenn man die Hauptarbeit darin investieren würde, bestimmte soziale Daten und soziale Umstände zu verschleiern, mit rosaroten Wölkchen zu verzieren oder irgendwie den Eindruck zu erwecken, als ob man hier etwas zu verstecken hätte? Es war immer die Absicht dieser rot-grünen Landesregierung, hier mit offenen Karten zu spielen und alles auf den Tisch zu legen, sowohl bezüglich der Entwicklung der Armut als auch der des Reichtums, um dann politisch – wie wir es heute tun – und gesellschaftlich in eine Diskussion darüber einzutreten. Transparenz ist geradezu die Grundlage dessen und zeigt auch unseren unterschiedenen Willen, hier zu Verbesserungen zu kommen und sich dem Thema eindeutig zu stellen, auch der Kritik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Im Übrigen können Sie daran sehen, Herr Röwekamp, dass diese Regierung so stabil ist und so ein großes Vertrauen hat, auch in Zukunft zu regieren, dass wir nicht glauben, auch nur im Entferntesten unsere politischen Chancen zu gefährden, wenn wir einen ungeschminkten Bericht über Armut und Reichtum auf den Tisch der bremischen Bevölkerung legen. Wir sind sicher, dass die Menschen wissen, wie komplex und schwierig dieses Thema ist. Sie kennen sich dort auf der einen oder anderen Seite der Gesellschaft aus, und sie glauben nicht daran, dass es ihnen in ihrem Leben tatsächlich besser gehen würde, wenn sie eine Regierung hätten, die ihnen das Blaue vom Himmel erzählt, sondern sie wissen, dass das ein ganz steiniger Weg ist, den Sie im Übrigen in Ihrer Regierungszeit ganz genauso gegangen sind. Sie kennen die Fakten, die dort zugrunde liegen, ganz klar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich glaube, im Hinblick auf klare Aussagen im Bericht und klare Aktionen in der Politik hat sich

diese rot-grüne Landesregierung, diese rot-grüne Koalition überhaupt nicht zu verstecken. Ich habe eine grundsätzlich völlig andere Auffassung als Sie zu der Frage der Notwendigkeit und der Rolle von Umverteilung. Ich glaube, dass die öffentliche Hand, das Gemeinwesen, der Staat immer weiter sozusagen ins Hintertreffen gerät, was die Ressourcen angeht, wenn sich Reichtum in dieser Art und Weise akkumuliert in den Händen von ganz wenigen – in den USA hat Thomas Piketty, ein französischer Wissenschaftler, festgestellt, haben inzwischen 0,01 Prozent der Bevölkerung über 16 Prozent des gesamten Vermögens verfügen, die OECD hat gerade gesagt, ein Prozent auf der Welt besitzt so viel wie 99 Prozent –, und Sie sagen, das hat alles gar nichts zu sagen, das hat alles gar nichts miteinander zu tun! Wir sagen, das hat eine verdammt Menge damit zu tun! Hier müssen wir auch durch die entsprechenden politischen Maßnahmen Abhilfe schaffen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Mich interessiert ehrlich gesagt überhaupt nicht, ob die Anzahl der Stimmen für die Grünen bei der letzten Bundestagswahl ein Prozent herauf oder herunter gegangen ist. Es bleibt richtig, dass wir bei den Spitzensteuersätzen wieder in die Richtung der von Helmut Kohl damals beschlossenen Spitzensteuersätze gehen müssen, und es bleibt richtig, dass wir die Erbschaftssteuer oder eine Vermögensabgabe brauchen, weil sonst weder der Staat noch die Zivilgesellschaft in der Lage ist, das Problem, über das wir heute sprechen, wirksam zu bekämpfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir haben – und das machen wir ja an verschiedenen Stellen der Stadt, auch im Armutsausschuss – gemeinsam eine Reihe von Feldern identifiziert, innerhalb derer wir das Problem des Abbaus und der Prävention von Armut im Wesentlichen angehen müssen. Das eine ist, Sie haben es angesprochen: Natürlich ist dieser hohe Sockel von Langzeitarbeitslosigkeit, von verfestigter, fast generationenübergreifender Armut das große Problem. Wir können anhand dessen, was wir erreicht haben – wir haben weniger Schulabbrecher und mehr Schulabschlüsse –, feststellen, dass wir in vielen Dingen tatsächlich, anders als Sie es sagten, vorangekommen sind, aber wir treffen immer wieder auf diesen hohen Sockel von verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit, und insofern ist gerade die Arbeitsmarktpolitik hinsichtlich der Wege aus dieser verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit ein zentraler Punkt. Hier müssen wir im Übrigen gar nicht im Sinne von Gegensätzen oder Schuldzuschreibung argumentieren, denn die Arbeitsmarktpolitik ist sowohl Sache des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit als auch unsere, da ich gebe Ihnen völlig

(C)

(D)

(A) recht. Daher ist es die Aufgabe, als Land gemeinsam mit dem Bund und Wege zu finden, und ich finde, mit der Jugendberufsagentur und vielen weiteren Dingen, die jetzt gerade im Bereich der jungen Leute gemacht werden sollen, haben wir durchaus auch ganz konkrete Ansätze und sind weit davon entfernt, uns in warmen Worten zu ergehen, sondern wir handeln, sehr verehrter Herr Röwekamp!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein zweiter Punkt ist sicherlich die Armut im Bereich der Migrantinnen und Migranten. Es ist vollkommen klar: Wenn man per Gesetz Flüchtlinge daran hindert, für ihr Einkommen selbst zu sorgen, dann schafft man Armut per Gesetz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie uns also einig sein, und lassen Sie uns Arbeitsverbote noch weiter aufheben, lassen Sie uns Flüchtlinge nicht in die Armut auf Geheiß des Gesetzes schicken, sondern lassen Sie sie arbeiten, lassen Sie sie ab dem frühestmöglichen Zeitpunkt in die Ausbildung gehen, und der ist nach der grünen Lesart sofort, nachdem sie zu uns kommen!

(B) Wir haben einen weiteren Bereich, nämlich den Bereich der Frauen, vor allem, aber auch nicht ausschließlich den der alleinerziehenden Mütter. Hier haben wir eine große Aufgabe, nämlich die Ausweitung und Flexibilisierung des Krippen- und Kita-Angebots und das Schaffen der Möglichkeit, eine Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen oder zu arbeiten. Da darf ich noch einmal sagen, sehr geehrte Frau Vogt: Kita-Plätze auch dort zu schaffen, wo alleinerziehende oder in einer andern Familienkonstellation lebende Frauen diese benötigen, damit sie arbeiten gehen können, bietet – ob alleinerziehend oder in einer anderen Familienkonstellation – die Möglichkeit, durch Erwerbseinkommen aus der Armut zu kommen. Dass Sie das immer wieder denunzieren als eine Art Luxusveranstaltung, wo Champagner an irgendjemanden verteilt wird, verstehe ich überhaupt nicht, sondern wir müssen beides machen.

(Zuruf der Abg. Frau V o g t [DIE LINKE])

Wir müssen Frauen die Möglichkeit geben zu arbeiten, und wir müssen Frauen, die ausgegrenzt sind, ermöglichen, ihre Kinder in die Betreuung zu geben, damit in den Stadtteilen, die sozusagen abgehängt sind, eine nachholende Entwicklung eintritt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie tun immer so, als ob Sie Senats-, Bürgerschaftsbeschlüsse nicht zur Kenntnis nehmen; der Senat hat es auch mehrfach in den Kita-Konzepten beschlossen,

alles, was Sie hier einfordern, steht auch darin und wird umgesetzt. (C)

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Bislang noch nicht!)

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen! Wir brauchen, wenn wir in diesem Bereich tatsächlich weiterkommen wollen, noch einmal eine Orientierung an den armen Familien selbst. Wir brauchen geschlossene Präventionsketten ab der Geburt von Kindern. Wir benötigen Familiencoaching und Begleitung von Menschen, damit Ausbildungen nicht abgebrochen werden. Wir müssen ein Programm haben, mit dem die Menschen, die teilweise über Generationen den Weg aus der Armut, aus der Arbeitslosigkeit nicht gefunden haben, ihn endlich finden, aber mit dem natürlich auch verhindert wird, dass jedes Jahr mehr Menschen wieder dazukommen. In dem letzteren Bereich sind wir, wenn Sie sich die Statistiken und die Zahlen aus dem Bericht einmal anschauen, gar nicht so schlecht. Unsere Maßnahmen in die Bildung, in den Kita-Ausbau, in die vielen konkret wirkenden Präventionsketten beweisen zumindest, dass wir in den Bereichen, in denen Bremen einmal sehr schlecht war – wir hatten eine riesige Anzahl von Schulabbrechern, viel zu wenige Ausbildungsplätze, was unweigerlich dann irgendwann in Marginalisierung und Armut endet –, sehr viel besser geworden sind.

(D) Ich finde, dass eine Opposition, die das sehr vornehme Recht hat, die Regierung auch scharf zu kritisieren, den armen Menschen keinen Gefallen tut, wenn sie die bestehenden Entwicklungen und Prozesse, die auch in dem Bericht stehen und die Sie auch aus dem Armutsausschuss kennen, hier einfach negiert. Was ist das für eine Botschaft? Die CDU sagt, es gibt eine Hoffnungslosigkeit, und es geschieht nichts. In Wirklichkeit wird viel getan. Es gibt sehr viele Ansätze, in denen die Maßnahmen dieser Regierung sehr wohl gewirkt haben, und Sie können sie auch nachlesen und statistisch beweisen, wenn Sie Ergebnisse haben wollen, gerade im Bereich der Bildung hat sich enorm viel getan und gewandelt.

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Ja! – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Was denn?)

Zu sagen, der Senat hätte für die Bereiche Soziales, Bildung und Kita-Betreuung nichts getan, bringt arme Menschen in dieser Stadt, finde ich, keinen Schritt weiter und hilft ihnen nicht.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Genau wie diese Regierung!)

Selbstverständlich diese Regierung! Selbstverständlich sind gerade bei solchen Themen wie Abbruch der Schule ohne Abschluss auch die Zahlen sehr viel besser geworden. Ich finde, es muss nicht unbedingt

(A) Teil einer effektiven Oppositionsarbeit sein, diese Fakten einfach zu ignorieren, sondern Sie könnten im Rahmen Ihrer Kritik ruhig zugeben, dass es diese Erfolge der rot-grünen Regierung gibt.

Lassen Sie mich damit enden! Ich glaube, dass diese Regierung in der nächsten Legislaturperiode einen ganz großen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Umsetzung der Empfehlungen aus den diversen Gremien, unter anderem ein Ausschuss dieses Hauses, legen wird und legen muss. Es wird ein zentraler Inhalt einer Koalitionsvereinbarung sein, und Ihre Partei mit ihrer grundsätzlichen Verweigerung schon allein der Grundannahme, dass Armut und Reichtum irgendetwas in Ihrer Welt miteinander zu tun haben könnten, ist nicht die geeignete Partei, um für arme Menschen in den beiden Städten dieses Landes etwas Bahnbrechendes zu bewegen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, gebe ich Ihnen noch die restlichen Redezeiten bekannt. DIE LINKE und die SPD haben noch vier Minuten, die CDU drei Minuten, und die Kollegin Wendland von den Grünen hat noch eine Minute Redezeit.

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

(B)

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gestern Abend „buten und binnen“ geschaut, und die CDU hat gesagt, Armutsbekämpfung sei ihr zentrales Wahlkampfthema. Ich habe es nicht so ganz geglaubt, nicht nur nach zwölf Jahren Großer Koalition mit falscher Weichenstellung – es ist auch ein Befund des Armutsausschusses, dass auch schon in den Neunzigerjahren die Weichen falsch gestellt worden sind, was lange nachwirkt – sondern genau deshalb. Sie haben es eben deutlich gemacht, Herr Röwekamp, weil jemand, der über Armut, aber nicht über Reichtum und den Zusammenhang reden will, dass eine öffentliche Hand das Geld braucht, um strukturelle Maßnahmen umzusetzen, unglaubwürdig ist, und dann können Sie sich Ihr Wahlprogramm gern ins Regal stellen, aber bewirken wird es nichts!

(Beifall bei der LINKEN – Vizepräsidentin
S c h ö n übernimmt den Vorsitz.)

Ein anderer Punkt, Herr Kollege Dr. Güldner, ist aber, dass Sie hier auch die Tatsachen verdrehen. Sie haben hier vor eineinhalb Jahren noch im Radio und Fernsehen – öffentlich bei „buten und binnen“ – zu verstehen gegeben: Wir können in den armen Stadtteilen die Bedürfnisse nicht nach Belieben erfüllen, wir müssen schauen, woher wir das Geld nehmen können, und ich erschaffe hier keine Kita-Plätze, nur

weil irgendwo vielleicht einmal ein Bedarf entstehen könnte, sondern ich schaffe sie nach Bedarf. (C)

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]:
Aber nur die eine Hälfte!)

Sie haben auch erst reagiert, als die Zivilgesellschaft, die Arbeitnehmerkammer und wir hier genügend Druck ausgeübt haben, sodass Sie gesagt haben, in Ordnung, wir müssen auch hinsichtlich sozialer Kriterien einmal nachsteuern. Sie sind im Jahr 2007 mit einer großspurigen Koalitionsvereinbarung angetreten. Acht Jahre später hätte ich mir im Bereich des Kita-Ausbaus, ehrlich gesagt, auch andere Fortschritte gewünscht.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die Ankündigung – wir haben uns mit dem Senatsbeschluss hier noch nicht befasst –, dass jetzt irgendwie eine aufholende Entwicklung einsetzen soll, glaube ich erst dann, wenn sie eintritt, und ich glaube sie Ihnen deswegen erst dann, weil wir wissen, dass die Mittel in der nächsten Legislaturperiode knapper werden. Sie verhalten sich in Berlin in der Frage der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auch ein bisschen merkwürdig, statt mit aufrechter Haltung.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]:
Was denn, wie denn?) (D)

Ich verspreche Ihnen eines, so sehr hart, wie ich die Auseinandersetzungen in der Bildungsdeputation erlebe –. Man muss sich einmal bestimmte Beschlüsse der letzten beiden Jahre anschauen, wohin die großen Summen und in welche Stadtteile die kleinen Summen für Investitionen geflossen sind. Ich weiß, was passiert, wenn dort Menschen aus Stadtteilen wirklich gut vernetzt mit dem Fernsehen, der Presse und mit dem Ortsamt auftauchen, und wie schnell plötzlich Beschlüsse auch von der Koalition gekippt werden. Ich verspreche Ihnen eines, Herr Dr. Güldner,

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wovon redet sie denn?)

wenn diese knapper werdenden Mittel hier verteilt werden müssen in der nächsten Legislaturperiode, dann glaube ich an eine aufholende Entwicklung im Kita-Bereich erst dann, wenn in den Stadtteilen wie Gröpelingen, Kattenturm oder Grohn tatsächlich Kitas gebaut werden, und nicht eine Minute früher! Ankündigungen hatten wir hier schon genug!

(Beifall bei der LINKEN)

Zur Frage der Bildungsgerechtigkeit! Herr Dr. Güldner, ich gestehe Ihnen eines zu: Was die Ganztagsbetreuung betrifft, braucht sich die CDU hier

(A) jetzt wirklich nicht rühmen, im Jahr 2002 hatten wir gerade einmal eine einzige Ganztagschule in der Stadt Bremen, und das wurde auch noch damit begründet, dass man im Prinzip nicht dafür ist, dass Kinder zu wenig Zeit bei der Familie verbringen. Ich bin froh, dass die CDU im Moment eine andere Richtung eingeschlagen hat, aber angeben muss sie damit nicht.

Sie, Herr Dr. Güldner, müssen sich mit Ihren vermeintlichen bildungspolitischen Erfolgen auch nicht wichtig tun. Es ist nun einmal so, dass man, wenn man eine aufholende Entwicklung haben möchte, in die benachteiligten, ärmeren Stadtteile deutlich mehr investieren muss, da hat der Kollege Möhle eben durchaus einmal recht gehabt; nur müssen diese Beschlüsse auch einmal fallen, und man muss sie auch einmal mit einem geraden Rücken durchsetzen und sagen können: Ja, wir wollen den Kindern eine Chance geben, die sie nicht haben, und in dem Sinne investieren wir dort mehr Ressourcen, mehr Personal und auch mehr neue Methoden. Genau das passiert nämlich nicht.

(Glocke)

Herr Dr. Güldner, gehen Sie bitte einmal in die Schulen in den armen Stadtteilen, die sind genau in der gleichen Situation wie vor sieben, acht und wie vor zwölf Jahren, für sie hat sich nichts geändert.

(B) (Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben ganze Schulen neu gebaut, was erzählen Sie denn da?)

Ehrlich gesagt, Sie müssen Ihren warmen Worten, die Sie hier immer verkünden, auch einmal die nackten Realitäten entgegensetzen. In Gröpelingen ist die Anzahl der Grundschülerinnen und Grundschüler, die eine Empfehlung für das Gymnasium bekommen haben, in den letzten Jahren geringer und nicht größer geworden. Es sind nur noch zehn Prozent, die die Gymnasialempfehlung bekommen, das waren vor ein paar Jahren noch mehr Schülerinnen und Schüler. Das heißt, genau dort, wo wir die Weichen stellen müssen, passiert nichts außer warmen Worten, viel Gerede und Schönrederei, und ich habe es satt bis oben hin! Lassen Sie Ihren Worten endlich Taten folgen! – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ehrlich gesagt, der Sozialzynismus, Herr Röwekamp, erschreckt mich schon gewaltig!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sich hinzustellen und zu sagen: „Sie tun ja nur, dass es den Armen in der Armut besser geht“, und das als Kritik zu begreifen, ehrlich gesagt, zynischer kann man, finde ich, mit den Sozialproblemen in dem Bereich nicht umgehen!

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt Menschen, die sind eben nicht in der Lage zu arbeiten: Es gibt psychisch Kranke, es gibt Drogenkranke, es gibt viele Menschen, die nicht in der Lage sind, durch Erwerbsarbeit Reichtum oder zumindest ihr Auskommen zu erlangen, und diesen Menschen helfen zu wollen, wenn das nicht sozialpolitische Notwendigkeit ist, dann weiß ich es auch nicht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann gibt es Menschen, die nicht in der Lage sind zu arbeiten, aber man kann ihnen helfen, wieder dorthin zu gelangen, auch das ist sozialpolitische, arbeitsmarktpolitische Tätigkeit, die wir in Bremen auch machen. Es geht überhaupt nicht darum, sich daran zu erfreuen, dass Menschen arm sind und arm bleiben sollen, und dann bekommen sie noch ein Mittagessen dazu oder Ähnliches. So ist die Sozialpolitik, jedenfalls unserer Regierungskoalition, überhaupt nicht ausgerichtet, und deswegen weiß ich gar nicht, wieso Sie auf die Idee kommen, hier solch einen Unsinn zu erzählen!

(D)

Ich sage Ihnen noch etwas: Ich habe an keiner Stelle gesagt, dass der Bremen-Pass nun so etwas wie die Rettung der Gesellschaft sei,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Kein Mensch hat das gesagt! Niemand!)

aber wenn Sie sich in den Diskussionen in den Armutsausschüssen irgendwie auch einmal ein bisschen öffnen und zuhören würden, dann würden Sie mitbekommen, dass das eine Empfehlung aus genau diesen Ausschüssen war, weil es erstens schwierig war für diejenigen, die die Hilfen erhalten, die diskriminierenden Kärtchen zu nutzen, und dass zweitens mit einer Trennung von Soziales und Kultur verbunden war. Das wird jetzt zusammengeführt, und ich habe gesagt, das wäre eine gute Sache sei. Dass das grundlegend irgendetwas Weltbewegendes ändert, das sage ich gar nicht, aber ich glaube nach wie vor, viele kleine Schritte helfen eben auch.

Ein zweiter Punkt erschreckt mich immer wieder, nämlich wenn man so tut, als könnte man Armut fernab von Reichtum diskutieren.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Tolle Idee!)

(A) Was für eine absurde Vorstellung! Ich möchte ja nicht sagen, dass das kommunizierende Röhren sind, aber die einen sind deswegen reich, weil die anderen vielleicht auch arm sind!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Darüber nachzudenken hat nichts mit Marxismus oder so etwas zu tun, sondern es ist doch irgendwie absurd zu glauben, dass es – –.

Ich nenne einmal ein Beispiel: Wenn es einer Firma gut geht, wenn eine Firma Gewinn macht, und dann zieht sie in ein anderes Land, weil der Lohnanteil dort niedriger ist, dann fehlen uns doch natürlich hier vor Ort die Arbeitsplätze! Es geht nicht um Gewinn, es geht um Gewinnmaximierung, und das um jeden Preis, und das hat sozialpolitische Folgen, mehr sage ich an dieser Stelle nicht! Da liegt auch eine Verantwortung der Wirtschaft, denn wenn diese Gesellschaft auseinanderbricht, ist dies mit Sicherheit auch nicht gut und tragfähig für die Wirtschaft. Sozialer Frieden ist in diesem Land auch für die Wirtschaft ein hohes Gut, und daran möchte ich gelegentlich erinnern, damit das in der Wirtschaft auch ankommt.

(B) Dazu, dass man mehr im Sozialbereich machen kann: Meine Erfahrung als Sprecher für die Sozialpolitik ist, dass man immer mehr machen kann. Man könnte endlos viel machen, aber die Frage ist doch, wie wir mit unseren begrenzten Mitteln das Richtige erreichen. Ich halte es nach wie vor für richtig, den Schwerpunkt dabei auf Bildung zu setzen, und wenn man sich das dann anschaut – Dr. Güldner hat es ja gesagt –, darf man nicht so tun, als sei dort nichts geschehen. Man muss nicht alles schlechtreden, auch nicht als Opposition!

Ich erinnere mich noch an die Vorwürfe der CDU, wir hätten damals bei jeder Kritik den Standort kaputtgeredet, das kann ich Ihnen jetzt fast wörtlich so zurückgeben! Differenzieren Sie ein bisschen mehr, gehen Sie auch einmal öfter zu den Ausschusssitzungen und hören Sie sich einmal an, was dort gefordert und verlangt wird! Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dann würden Sie sich nicht trauen, hier so zu reden!

Ich habe es verstanden, der Wahlkampf ist eröffnet, das ist auch klar, dann wird es in der einen oder anderen Argumentation auch etwas robuster, aber man sollte mit diesem Sozialzynismus, aus meiner Sicht jedenfalls, komplett aufhören! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Dr. Güldner, es ist ja schon erstaunlich, mit welcher Arroganz Sie den Menschen jetzt schon vorhersagen, wer nach dem 10. Mai regieren wird! Ich nehme das zur Kenntnis, aber ich finde, wir sollten vielleicht erst einmal die Wählerinnen und Wähler hören und über solche Debatten, wie zum Beispiel die Frage, ob diese Regierung wirksam Armut bekämpft hat oder nicht, gemeinsam um Wähler werben und um Stimmen kämpfen, anstatt sich hier arrogant hinzustellen und zu sagen, dass Sie so weitermachen werden wie bisher. Das ist für mich undemokratisch, das sage ich Ihnen ganz offen!

(Beifall bei der CDU – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte aber auch sagen, natürlich kann ich auch gern gesellschaftspolitisch mit Ihnen darüber streiten, ob Armut und Reichtum miteinander zusammenhängen. Mich stört aber, dass Sie sagen, für die Armut in diesem Land sind die wenigen Reichen und die Wirtschaft zuständig, und so ist es eben nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat keiner gesagt!)

Mit sozialem Neid wird Armut nämlich nicht bekämpft. Armut in Bremen ist das Ergebnis von politischen Entscheidungen und nicht von irgendwelchen Klassenkämpfen,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat keiner gesagt!)

politische Entscheidungen sind dafür verantwortlich, wie es den Menschen in diesem Land geht!

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle möchte ich noch einmal ausdrücklich fragen: Was haben Sie den Menschen im Jahr 2011, übrigens im Hinblick auf den konkreten Anlass dieser Aktuellen Stunde, versprochen? Ich zitiere aus Ihrem Koalitionsvertrag und aus dem persönlichen Versprechen des Präsidenten des Senats aus dem Jahr 2011:

„Wir werden die mit dem Armuts- und Reichtumsbericht des Bremer Senats begonnene Berichterstattung über die Entwicklung der Lebenslagen in unserem Land fortsetzen,“ – dazu sage ich einmal, Klammer auf, Haken dahinter, Klammer zu –, und jetzt kommt es, passen Sie auf, „damit wir die Wirksamkeit unserer Politik überprüfen und neuen sozialpolitischen Handlungsbedarf rechtzeitig erkennen können. Wir werden unsere Maßnahmen gegen Armut auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen, noch stärker koordinieren und mit einem übergreifenden Gesamtprogramm weiterentwickeln“.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, mit der Berichterstattung allein ist es doch nicht getan, sondern Sie versprechen den Menschen, dass Sie einmal schauen werden, was Ihre Maßnahmen eigentlich erreicht haben. Ich gebe zu, ja, bei der Schulabbrecherquote liegen wir mittlerweile im Bundesdurchschnitt und nicht mehr 50 Prozent darüber, das können Sie als riesigen Erfolg feiern, aber sonst lesen Sie sich diesen Bericht doch einmal durch. In keinem anderen Armutsprozess haben Sie auch nur einen einzigen kleinen Erfolg erreicht! Wir haben eine höhere Armutsgefährdung. Immer mehr alleinerziehende Frauen sind von Armut betroffen, nirgendwo ist die Armutsquote von Kindern so hoch wie in Bremen.

Sie haben die Konsequenzen aus dem letzten Armutsbericht nämlich eben gerade nicht gezogen, und das, was Sie getan haben, hat nichts genützt, sehr geehrter Herr Dr. Güldner! Sie sind mit Ihren Politikansätzen an Ihren eigenen Maßstäben gescheitert, geschweige denn, dass Sie irgendwo haben erkennen lassen, dass es bei Ihnen das versprochene Gesamtprogramm zur Armutsbekämpfung gibt. Das gibt es bis heute nicht. Der Senat hat kein Programm zur Armutsbekämpfung in Bremen und Bremerhaven, er wirft immer wieder Nebelkerzen, versucht, durch irgendwelche ideologischen Debatten Verantwortung zu klären und stiehlt sich aus der eigenen Verantwortung für eigenes politisches Versagen immer wieder heraus.

(B) (Beifall bei der CDU)

Das ist die Lebensrealität der Menschen in Bremen und Bremerhaven!

Ich erinnere mich sehr gut: Als Bürgermeister Hans Koschnik erkannte, dass seine Industriepolitik, nur auf die Förderung von Werftarbeitsplätzen ausgerichtet zu sein, gescheitert war –

(Glocke)

ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin! –, ist er vor die Werftarbeiter getreten und hat das Scheitern seiner Politik eingeräumt. Als Henning Scherf die erste PISA-Vergleichsuntersuchung vorlag, hat er das Scheitern seiner Bildungspolitik eingeräumt, und beide Male hat es dazu geführt, dass es eine politische Umsteuerung gab.

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Aber zum Schlimmeren damals!)

Ich fordere Sie auf, sehr geehrter Herr Bürgermeister Böhrnsen: Haben Sie den Mut Ihrer Vorgänger!

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: 1 250 Lehrerstellen wurden abgebaut!)

Stellen Sie sich hierhin und sagen Sie, dass Sie mit Ihren Konzepten und Ansätzen zur Armutspolitik in

Bremen politisch gescheitert sind, und versprechen Sie den Menschen konkrete Änderungen Ihrer bisherigen Politik, damit Armutsbekämpfung – auch des Bürgermeisters – nicht ein Lippenbekenntnis bleibt, sondern tatsächlich zu politischen Entscheidungen auch in Bremen und Bremerhaven führt! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann*): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Es ist eine interessante Debatte, mindestens so inhaltsreich wie die fast 300 Seiten, die wir als ungeschminkten Armuts- und Reichtumsbericht vorlegt haben. Herr Röwekamp, ich finde es richtig, dass wir im Gegensatz zur Bundesregierung nicht in unserem Armuts- und Reichtumsbericht Sätze zum Thema Reichtum herausgestrichen oder den Zustand auch verharmlost haben,

(Abg. H i n n e r s [CDU]: Das ist auch eine Selbstverständlichkeit!)

sondern dass wir hier einen ungeschminkten Bericht vorlegen, weil wir die Dinge im Bundesland nur ändern können, wenn wir die Fakten auf den Tisch legen und die Ursachen suchen und daran auch arbeiten, das ist die Aufgabe der Politik. Das ist anstrengend, und, es tut mir leid, deswegen ist diese Regierung auch gewählt worden, weil ihr die höchste Kompetenz bei dieser Problemlösung zugetraut wird, und wir trauen es uns auch zu, an dieser Aufgabe weiter zu arbeiten, auch wenn sie nicht einfach ist, liebe Abgeordnete der CDU!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Nach dem Bericht stehen wir doch in erster Linie vor der Frage: Wieso haben wir auf der einen Seite einen stärkeren Anstieg der Einkommen in Bremen als im Bund, einen spürbaren Rückgang von Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit, der Quote an geringfügig Beschäftigten, eine spürbare Zunahme an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, aber auf der anderen Seite trotzdem eine steigende Anzahl von Menschen in Armut? Wenn wir das Problem jetzt einmal aus der parteipolitischen Polemik lösen, dann zeigt sich, dass es eine Reihe struktureller Armutsursachen gibt, die sich in den Zyklen von Legislaturperioden und in der sozialräumlichen Begrenzung auf Stadtstaatenebene nicht so leicht oder nur minimal beeinflussen lassen.

Genauso wenig, wie wir den Rückgang der Arbeitslosigkeit, den Anstieg der Einkommen und der sozialversicherungspflichtigen Stellen allein als Verdienst dieser Landesregierung in dieser Legis-

(C)

(D)

(A) laturperiode in Anspruch nehmen können, genauso wenig, lieber Herr Röwekamp, kann die Opposition dieser Landesregierung den Anstieg armutsgefährdender Lebenslagen zuschreiben. Darauf will ich kurz eingehen. Es gibt mehr Alleinerziehende mit Kindern als im Jahr 2007! Ja, ich finde die Zahlen genauso dramatisch. Einer der ganz wichtigen Gründe, warum die Armutsgefährdung in den vergangenen Jahren zugenommen hat, ist die Zahl der alleinerziehenden Mütter. 50 Prozent von ihnen stehen mit ihren Kindern am Rand der Armut, und das keineswegs nur in Bremen, sondern überall in der Bundesrepublik. Die Debatte zum Thema Kindergrundsicherung haben jedoch nicht die Grünen im Bund aufgehalten, sondern wir waren diejenigen, die – unterstützt vom Paritätischen und auch von Teilen der SPD – dieses Thema nach vorn gebracht haben.

(Zuruf der Abg. Frau V o g t [DIE LINKE])

Wir müssen das Thema anpacken. Lassen Sie uns das doch gemeinsam als Initiative aus diesem Bundesland in die bundespolitische Debatte einbringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Weg sein kann, um die Situation von Alleinerziehenden auf Dauer zu verbessern. Nirgendwo, außer in Berlin, ist der Anteil Alleinerziehender so hoch wie in Bremen, und er steigt weiter. Im Jahr 2012 gab es 28 000 alleinerziehende Mütter, und damit 4 000 mehr als im Jahr 2007. Herr Röwekamp hat gesagt, ich würde als Senatorin eine Verantwortung dafür tragen. Ja, die trage ich, aber doch nicht für 4 000 gescheiterte Beziehungen!

(Zuruf des Abg. R ö w e k a m p [CDU])

Das ist doch eine Frage der Liebe, des Zusammenseins, welche Partnerschaftsideen man hat. Daher kann ich Ihrer Argumentation, Herr Röwekamp, nicht folgen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das gibt den Menschen auch keine Perspektive!)

Wir haben 6 000 Kinder, die von Alleinerziehenden erzogen werden, und klar, unsere Hauptaufgabe besteht darin, die frühkindliche Bildung zu fördern und in Bildung zu investieren. Wir haben schon darin investiert, und das werden wir auch weiter fortsetzen. Das ist Prävention von Armut.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die steigende Anzahl Alleinerziehender ist nicht das Ergebnis rot-grüner Sozialpolitik, es ist das Ergeb-

nis von Familienplanung, von Liebe, von getrennten Beziehungen. Ich bin stolz und froh, dass unsere Stadt diesen Müttern einen Rahmen bietet, ihre Kinder auch großzuziehen. Es ziehen auch Frauen extra nach Bremen, weil wir eine gute Infrastruktur haben, um Kinder erziehen zu können. Wir müssen auch sehen, dass oft Familien mit zwei Elternteilen und mehreren Kindern ins Umland ziehen, weil der Kaufpreis von Wohnungen erschwinglicher ist, man dort leichter bauen kann, und das schlägt sich natürlich dann auch in der Gesamtbetrachtung zu Buche.

Ich bin davon überzeugt, dass sich der Ausbau der Kinderbetreuung mit dem Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahren im nächsten Armuts- und Reichtumsbericht niederschlagen wird. Wir sind nicht von der Pole-Position gestartet, wir hatten für 20 Prozent der unter Dreijährigen Betreuungsplätze, jetzt haben wir für 45 Prozent einen Platz und wollen innerhalb von fünf Jahren die Größenordnung von 50 Prozent erreichen. 2 100 Plätze auszubauen ist ehrgeizig, aber es ist richtig, dass wir uns diese Zielmarke setzen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Frau Vogt, es ist natürlich Ihre Aufgabe, das zu begleiten und zu sagen, da wollen Sie Taten sehen, aber ich bin mir sicher, wenn Sie sich einmal die Leistungsbilanz anschauen, war das, was wir jetzt innerhalb von den dreieinhalb Jahren im Sozialressort abgeliefert haben zum Thema Kindertagesbetreuung, nicht so schlecht. Der Senat hat in dem Bereich insgesamt eine gute Arbeit geleistet.

Es wird auch weitere Investitionen in Ganztags-schulen geben. Wir sind im Jahr 2001, nach dem Pisa-Debakel, hier mit vielen kritischen Debatten gestartet, Herr Röwekamp hat dazu eben schon einiges gesagt, aber heute zu erzählen, es wird weniger für Bildung ausgegeben, das ist wirklich – –.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

Doch, Sie haben eben gesagt, es wird gespart, es wurde bei Ganztags-schulen nicht weitergemacht. Das Gegenteil ist doch der Fall! Wir haben in den letzten Jahren kräftig ausgebaut.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir haben uns hier die Köpfe heiß geredet, wie wir Schulkinder am besten betreuen können. Die Zahlen der Plätze bei der Schulkinderbetreuung in den letzten drei Jahren haben wir verdoppelt, und auch das dient der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das muss man ebenfalls zur Kenntnis nehmen.

(C)

(D)

(A) Wir haben Rentner mit gebrochenen Erwerbsbiografien, auch das ist ein Teil der Wahrheit. Ich habe bei allen Debatten immer gesagt, Herr Röwekamp, die Armutsquote in Bremen wird steigen. Wir haben immer mehr Rentner, die als Beschäftigte durch lange Phasen von Arbeitslosigkeit, Qualifikation, ABM, Integrationsjobs gegangen sind. Wir haben in unserem Bundesland, in Bremerhaven, die Krise der Fischereiindustrie, hier die Werftenkrise und insgesamt die Krise der Großindustrien erlebt. Da hat der Strukturwandel nicht eins zu eins die Arbeitsplätze ersetzen können.

Henning Scherf hat hier gesagt, 10 000 neue Arbeitsplätze wird es durch IT geben. Ich habe das jetzt nicht nachgerechnet und traue mich auch nicht, wie Sie, zu sagen, da gibt es nichts mehr.

Sie haben gesagt, keinem Menschen gehe es besser. Wie wollen Sie das eigentlich überprüfen? Ist das eine seriöse Politik? Ich finde es unseriös zu behaupten, keinem Menschen gehe es besser, seitdem Rot-Grün regiert. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass es Menschen gibt, die löchrige Erwerbsbiografien haben und nur die Grundsicherung erhalten. Diese Zahl an älteren Menschen steigt, und das spiegelt sich auch in der Armutsquote wider. Dazu auch noch einmal eine Zahl: Wir haben schon heute 6 300 Frauen und Männer über 65 Jahre, die im Jahr 2007 die Grundsicherung im Alter bezogen haben, im Jahr 2012 waren es 25 Prozent mehr, also 7 800 Menschen. Dafür sind auch andere Entscheidungen und Krisen verantwortlich gewesen.

(B) Ich erinnere noch einmal daran – ich habe es schon einmal gesagt –, die schlechte Rentensituation von Frauen ist auch der Rentenpolitik der Sechzigerjahre geschuldet, durch die die Frauen dazu ermutigt wurden, sich ihre Rentenversicherungsbeiträge auszahlen zu lassen, da sie diese nicht brauchen würden, da ihre Ehepartner ja 40 Jahre lang arbeiten würden. Damals sind wir ganz anderen Gesellschaftsmodellen in diesem Land gefolgt. Erst in den Neunzigerjahren hat Norbert Blüm diese Situation mit einer Rentenreform korrigiert, und nur wenige Frauen haben von der Rückzahlungsmöglichkeit Gebrauch gemacht, aber das hat viele Frauen in die Lebenslage von Armut geschleudert. Deswegen kann ich immer nur sagen: Frauen, wacht auf, geht arbeiten, sorgt für eure eigene Rente, verlasst euch nicht auf einen Partner, das muss ich jetzt etwas herzlos den Männern hier gegenüber sagen, aber es ist das A und O, dass Frauen auf ihre Eigenständigkeit und auch auf ihre Rentenbeiträge achten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]
meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Vizepräsidentin Schön: Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Vogt?

Senatorin Stahmann: Frau Vogt, ich möchte eben zu Ende reden. Ich habe jetzt auch gut zugehört.

(C)

In Bremen tun wir eine ganze Menge, wir haben hier die Lebensverhältnisse verbessert, vergünstigte Tarife für Bus und Bahn eingeführt, es gibt Teilhabe an Kultur zu sehr günstigen Konditionen. Wir haben die Mietpreisbremse eingeführt und Projekte wie die Aufsuchende Altenarbeit, die Nachbarschaftshilfe, die Integration der älteren und alten Menschen umgesetzt. Das steht alles in diesem Bericht, und da kann man auch als Opposition nicht sagen, es steht nichts darin, es ist auch nichts bewertet worden. In dem Bericht gelangen wir auch zu Analysen, wir haben nur nicht gesagt, wir legen das jetzt so vor, damit genug, jetzt fährt der Zug in die Richtung, sondern wir legen bewusst einen Bericht vor, der in Bremen auf verschiedenen Veranstaltungen diskutiert werden soll und worüber wir uns auch gemeinsam mit dem Parlamentsausschuss verständigen, welche Maßnahmen fortgeführt werden. Wir machen auch Vorschläge. Wohnen in Nachbarschaften ist ein ganz wichtiges Programm in Bremen, und auch da empfehlen wir dem Parlament, dies fortzusetzen, weil es den sozialen Zusammenhalt der Menschen stärkt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich will noch einmal den Blick auf die Gruppe der Studentinnen und Studenten richten. Die Gruppe von Studierenden, fast 36 000 junge Männer und Frauen, hat sich im Berichtsjahr des Armuts- und Reichtumsberichts, also im Jahr 2012, an einer Hochschule oder an der Universität eingeschrieben. Das waren so viele Personen wie nie zuvor, etwa 2 000 Studierende mehr als im Vergleichsjahr 2007. Alle Untersuchungen zeigen uns auch, dass das mittlere Einkommen von Studierenden unter der Armutsschwelle liegt, selbst das durchschnittliche Einkommen liegt darunter. So müssen ungefähr 60 Prozent der Studentinnen und Studenten ihrem Einkommen nach als armutsgefährdet betrachtet werden. Mehr Studierende heißt daher, mehr statistische Armut. Ist der Anstieg der Studierendenzahl aber tatsächlich ein Versagen des Senats? Ich stelle ganz ernsthaft diese Frage. Sie haben ja auch einmal studiert, Herr Röwekamp.

(D)

Das Studium schafft die Basis für ein Leben in wirtschaftlicher Unabhängigkeit, und wir wissen, je besser die Qualifikation, desto besser sind auch später die Beschäftigungschancen. Es liegt nicht maßgeblich am Bremer Senat, dass Studierende für einige Jahre an der Armutsschwelle leben, sondern an den BAföG-Sätzen und an den finanziellen Möglichkeiten der Eltern, die sie unterstützen. Deshalb nehmen wir auch keine Studiengebühren, und das Studententicket für den öffentlichen Nahverkehr ist für uns auch ein wesentlicher Beitrag, die Lebenshaltungskosten niedrig zu halten. Ermäßigte Eintrittspreise

(A) für Theater und Museen, für die Bremer Bäder sind Standards, an die wir uns alle gewöhnt haben, nicht nur in Bremen. Gegen die Armut der Studierenden können die Kommunen vielleicht wenig tun, aber die Folgen lassen sich lindern. Nachbessern müssen wir meines Erachtens, wenn es um günstigen Wohnraum für Studierende in attraktiven Lagen geht. Es darf des Weiteren nicht sein, dass die BAföG-Sätze im Schneckentempo der Lohn- und Preisentwicklung in Deutschland hinterherhinken.

Da, liebe Abgeordnete der CDU, lenken Sie Ihren Blick einmal nach Berlin, wo die BAföG-Sätze aufgestockt werden, das finde ich einen ganz wichtigen Punkt.

Dann müssen wir auch die Situation der Flüchtlinge noch betrachten, das hat Herr Dr. Güldner eben schon ausgeführt. Ich möchte noch zu bedenken geben, wer Armut in Bremen verstehen will, muss auch sehen, dass jeden Tag fast 130 000 Menschen aus Niedersachsen zu uns einpendeln, fast 40 Prozent aller Arbeitsplätze stellen wir für Arbeitnehmer aus anderen Bundesländern zur Verfügung. Das Umland ist ausgezeichnet eingebunden – wer in Delmenhorst oder Lilienthal wohnt und in der Innenstadt arbeitet, ist manchmal schneller zu Hause als derjenige, der in der Stadt oder am Stadtrand wohnt. Es sind nach wie vor die Familien, die ihre Häuschen bauen und ins gut angebundene Umland ziehen, und es sind die Menschen, die Hilfe und Unterstützung durch die Gesellschaft brauchen, die auch die Nähe der Gesellschaft suchen und in die Stadt ziehen. Sollen wir jetzt eine Straßenmaut einführen? Das halte ich auch für keinen praktikablen Vorschlag.

(B) Ich bin sehr dafür, dass wir uns diese Zahlen ungeschönt anschauen und darüber diskutieren, wie wir die Situation für alleinerziehende Frauen und ältere Menschen auch verbessern können und bundespolitisch die Initiativen ergreifen, um zu einer gerechten Steuerverteilung zu kommen. Das hängt auch mit Armut und Reichtum zusammen, Herr Röwekamp, die Auffassung kann ich einfach nicht teilen: Man kann nicht über reiche Menschen reden und sagen, dass die anderen arm sind, ist irgendwie vom Himmel gefallen. Das wäre doch etwas sehr vereinfacht gesagt.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nein, Ergebnis politischer Entscheidungen!) Den Versuch haben Sie ja hier an dieser Stelle unternommen!)

Es bleibt eine große Aufgabe für unsere Regierung, für den Senat, daran zu arbeiten. Ich bin auch der Überzeugung, dass wir solche Programme im Bereich der kommunalen Beschäftigungsförderung weiter nach vorn bringen müssen, weil wir den Langzeitarbeitslosen, die bisher außen vor sind – auch das macht der Bericht deutlich – eine Chance geben müssen und ihnen Teilhabe ermöglichen müssen, und davon werden wir auch profitieren. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C)

Vizepräsidentin Schön: Zu einer Kurzintervention erhält das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Ich muss doch noch einmal auf die Aussage von Frau Senatorin Stahmann eingehen! Sie sagte, die Frauen, sollten arbeiten, dann hätten sie keine Probleme mehr. Es ist nun einmal ein Ergebnis des Berichts und des Armutsausschusses und auch meiner eigenen Erfahrungen, dass das allein eben leider nichts nützt, vor allen Dingen dann nicht, wenn man als alleinstehende Frau Kinder hat.

Frau Dingeldey hat im Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass alleinerziehende Frauen durch die doch sehr unflexiblen und unzureichenden Betreuungszeiten in einem geringeren Stundenumfang arbeiten und nie dadurch in die gesetzliche Rente gelangen, sondern immer in die Grundsicherung. Das hätte mir übrigens nicht nur mein Rentenberater sagen müssen, sondern das ist einfach eine Erfahrung, die ich auch in meinem Umfeld gemacht habe.

Deshalb möchte ich noch einmal betonen, ich möchte keine Worte, sondern ich möchte Taten sehen! Seit einem Jahr warte ich darauf, dass die Bedarfsprüfung im U3- und Kita-Bereich endlich fällt, damit arbeitssuchende Alleinerziehende nicht mehr diese Schwierigkeit haben, beim Arbeitsamt nachweisen zu müssen, dass sie einen Betreuungsplatz haben und diesen wiederum nicht bekommen, weil sie noch keine Arbeit haben. Seit Mai 2014 warte ich darauf, dass das passiert, und solange das nicht passiert, können Sie hier reden, so viel Sie wollen, denn das wird nämlich keiner Alleinerziehenden helfen! Ich möchte, dass das noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt wird!

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Stahmann hat das Entscheidende gesagt, ich will nur noch einige Bemerkungen anschließen! Erstens, die Debatte hat wieder einmal deutlich gemacht, es bedeutet politischen Mut, einen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Den hat diese Koalition bewiesen, als sie im Jahr 2007 gesagt hat, wir wollten in jeder Legislaturperiode einen solchen Bericht vorlegen, weil wir einen ungeschminkten, einen klaren Blick in die soziale Realität unserer Gesellschaft haben wollen. Diesen Mut hatten Sie nicht, als wir gemeinsam regiert haben, sonst hätten wir damals schon über solche Zahlen diskutieren können.

(A) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir wollen nicht nur Hochglanzbroschüren unter das Volk bringen, sondern wir wollen klar sagen, wie die Lage ist. Nur, wenn man klar sagt, wie die Lage ist, kann und wird man auch etwas verändern können, und deswegen ist es gut, dass dieser Bericht vorliegt.

Zweite Bemerkung: Ich glaube, in Bremen wird niemand der Bremer CDU und insbesondere ihrem Fraktionsvorsitzenden abnehmen, dass sie das soziale Gewissen entdeckt haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dazu erinnern wir uns an zu viele zynische Bemerkungen des Fraktionsvorsitzenden und auch heute wieder.

Ist es nicht eine konkrete Hilfe für Menschen und für Kinder, zum Beispiel, wenn sie länger gemeinsam lernen können, wenn sie eine verlässliche Betreuungszeit haben, wenn sie verlässlich ein Mittagessen bekommen haben? Ja, es ist eine konkrete Verbesserung, und das sollten Sie nicht kleinreden!

(B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Außerdem frage ich die Bremer CDU: Wo waren Sie denn, als wir Menschen helfen wollten, die von Dumping- und Hungerlöhnen betroffen sind? Wo waren Sie denn beim Landesmindestlohngesetz, und wie lange hat es denn gedauert, bis Sie dann schließlich akzeptiert haben, dass das auf Bundesebene vereinbart worden ist? Wo waren Sie denn bei Möglichkeiten, Menschen zu helfen, über ihre Arbeit aus Armut herauszukommen? Ich habe Sie jedenfalls nicht gesehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wenn Sie fragen, wer die Verantwortung für alles übernimmt, was in diesem Armuts- und Reichtumsbericht steht, dann weise ich darauf hin dass darin zum Beispiel auch steht, dass die Einnahmen aus Vermögen in keinem Bundesland so gestiegen sind wie in Bremen. Es ist die Frage, ob ich dafür jetzt Verantwortung übernehmen soll! Die Durchschnittslöhne sind in Bremen überdurchschnittlich stark gestiegen, dafür könnte ich auch Verantwortung übernehmen. Ich sage aber eines – und das gehört auch zur Kategorie Zynismus –: Wer erkennt, dass die Verteilung des Wohlstands in Deutschland und in Bremen auch ein Thema ist, der hat überhaupt nichts von der Realität in dieser Gesellschaft verstanden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich gönne es jedem, in Reichtum zu leben, aber ich habe die politische Erwartung und Forderung, dass es denen nicht egal ist, wie man im übrigen Teil der Gesellschaft lebt, sondern dass man zusammenhält.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das meinen wir mit einer Politik des sozialen Zusammenhalts, die nicht nur nach der Lage der einen fragt, sondern auch danach, was der andere Teil der Gesellschaft dazu beitragen kann, damit wir sozial zusammenhalten. Das ist unsere Politik, und das wird unsere Politik bleiben!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dritte Bemerkung: Die sogenannte Armutsquote/ Armutsgefährdungsquote hat ja etwas mit Einkommen zu tun, nämlich armutsgefährdet als solcher gilt, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens hat. Wenn da von einigen dann nur auf den Staat gezeigt wird, dann frage ich mich ja: Was haben Sie eigentlich für ein Verständnis? Geht es nur um staatliche Transferleistungen? Nein, es geht um beides! Es geht darum, dass Menschen aus Arbeit ein eigenständiges Leben finanzieren können, und bei denen, die das nicht können, geht es um staatliche Transferleistungen und um Hilfe, um in den Bereich der Arbeit zu kommen. Das ist gemeinsame Armutsbekämpfung, und deswegen hat es etwas mit dem Staat zu tun, aber natürlich auch mit der Wirtschaft, mit wirtschaftlicher Entwicklung.

Wir sehen beides: Für uns ist Armutsbekämpfung eine starke Wirtschaftspolitik, eine kräftige Sozialpolitik und eine erfolgreiche Bildungspolitik. Wir setzen auf Wachstum bei Arbeit und Wirtschaft – es geht um Arbeitsplätze, und da haben wir Erfolge, 16 500 mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in kürzester Zeit, sind ein Erfolg – und vieles andere mehr.

Ich sage Ihnen hier an dieser Stelle, die Zusammenschau und vor allen Dingen das Begreifen, dass die Dinge zusammengehören – Wirtschaftspolitik, Arbeitspolitik, starkes sozialpolitisches Engagement und Bildungspolitik –, sind das Markenzeichen dieser Koalition. Mit diesem Markenzeichen, da nehme ich Ihre Bemerkung auf, darf man Erwartungen und Hoffnungen für die nächste Wahl haben, wir haben sie auch. Wir haben die Erwartung, die Hoffnung und den festen Willen, darauf zu setzen, dass die Menschen davon überzeugt sind, dass wir diese Dinge auch in Zukunft zusammenbringen, zusammenhalten, und Stück für Stück die Dinge verbessern, die tatsächlich verbessert werden müssen. – Vielen Dank!

(C)

(D)

(A) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort
Frau Kollegin Wendland.

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/Die Grünen)*:
Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen
und Herren!

(Abg. Frau **Schmidtke** [SPD]: Frau
Präsidentin!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen
und Herren! Die Opposition hat ja ein sehr schwarzes
Bild gezeichnet, indem sie behauptet hat, Rot-Grün
habe viel zu wenig für die soziale Spaltung in unserer
Stadt getan.

(Abg. Frau **Vogt** [DIE LINKE]: Das sind
Ihre eigenen Zahlen! – Abg. **Röwekamp**
[CDU]: Gegen!)

Mit Blick auf die Kolleginnen und Kollegen der
CDU-Fraktion und auf Herrn Röwekamp: Umver-
teilungspolitik ist in erster Linie Bundespolitik, und
hier trägt Ihre Partei Verantwortung.

Das ist keine Ausrede und auch kein Ablenkungs-
manöver von uns, wie Sie betonen,

(B) (Abg. **Röwekamp** [CDU]: Doch!)

sondern es ist eine Folge der föderalen Aufgaben-
verteilung. Sozialgesetzgebung und Steuerpolitik
sind nun einmal durch Bundesgesetze geregelt:
Staatsaufbau, Politikstudium, alles Inhalte im ersten
Semester.

Es ist insbesondere die CDU, die eine gerechtere
Steuerpolitik verhindert.

(Abg. **Röwekamp** [CDU]: Die sich nur
in Bremen auswirkt!)

Sie sind gegen die Einführung einer Besteuerung
von sehr großen Vermögen,

(Abg. **Röwekamp** [CDU]: Deshalb geht
es uns hier auch schlechter als in Hamburg
und in Schleswig-Holstein!)

Sie verhindern, dass bei der Erbschaftsteuerreform
mehr als eine Reparatur herauskommt, und Sie ver-
hindern eine Anhebung des Spitzensteuersatzes.

(Abg. **Röwekamp** [CDU]: Genau! Dann
hätten wir hier nämlich alle Arbeit in Bremen!)

Nicht erst seit Thomas Piketty wissen wir, dass
Steuerpolitik das zentrale Instrument ist, um eine

große Spreizung der Einkommen und Vermögen zu
verhindern, denn wer von Umverteilung nichts wissen
will, sollte zur Armutsbekämpfung lieber schweigen.
Das ist alles aber kein Grund, die Hände in den Schoß
zu legen. Das haben wir auch nicht getan. Ja, Herr
Röwekamp, die Grünen sind außerdem erst seit dem
Jahr 2007 an der Regierung beteiligt.

(Abg. **Röwekamp** [CDU]: Immerhin!)

Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir uns mit
der Kluft zwischen Arm und Reich nicht abfinden.
Der jetzt vorliegende Berichtsentwurf zeigt allerdings
anhand der Fakten auf, dass wir unseren Ansprüchen
und Zielen nicht gerecht geworden sind, und dass
haben wir hier letztes Jahr mit Ihnen auch schon
diskutiert. Trotzdem und vielleicht auch gerade
deswegen, halten wir an dem Ziel fest, den sozialen
Zusammenhalt in unseren Städten zu verstärken. Die
Zahlen – und das wurde hier ganz oft gesagt – zeigen
eindeutig auf, dass Bremen Spitzenreiter bei der
verfestigten Armut ist. 44 Prozent aller Arbeitslosen
sind Langzeitarbeitslose. Wir sind uns hier einig,
dass nicht nur Bildung der Schlüssel ist, um Armut
zu bekämpfen, sondern auch gerade Arbeit.

Wir müssen uns daran messen lassen, ob es uns in
Zukunft gelingt, auch die Langzeitarbeitslosen, die
als schwer vermittelbar gelten, in den Arbeitsmarkt
zu integrieren. Das sehen wir so, wie es Bürger-
meister Böhrnsen gerade auch angekündigt hat.
Es gilt jetzt, die Ärmel hochzukrempeln und alle
Anstrengungen zu unternehmen, die Mittel aus der
Arbeitsmarktförderung auch noch viel stärker auf die
Armutsbekämpfung zu fokussieren und diese endlich
mit der Wirtschaftsförderung zu verknüpfen. Dabei
wird es immer wieder Menschen geben, die nicht
in den ersten Arbeitsmarkt aufgenommen werden,
die aus verschiedenen Gründen keinen Bildungsab-
schluss haben, keine Berufsausbildung, und diese
Menschen dürfen wir nicht allein im Regen stehen
lassen. Wir müssen sie dort abholen, wo sie sind und
ihnen vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.
Wir sagen immer, es ist besser Arbeit zu finanzieren,
anstatt Arbeitslosigkeit, und hierfür brauchen wir
einen sozialen Arbeitsmarkt, darüber scheinen sich
alle Fraktionen einig zu sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Motschmann hat es gefordert, und auch Frau
Vogt fordert das. Allerdings stellt auch der Senat in
seinem Entwurf fest, dass der Aufbau und die Fi-
nanzierung eines sozialen Arbeitsmarktes mit einer
dauerhaften Förderung von Arbeitsplätzen ohne
Mittel des Bundes nicht finanzierbar sind. Hier ist
auch die Große Koalition im Bund gefordert.

Zum Schluss! Unsere beiden Städte stehen bei der
Armutsbekämpfung vor einer großen Herausforde-
rung, und es ist ein langer und anstrengender Weg,
den wir gehen müssen. Wir haben noch viel vor uns.

(C)

(D)

(A) Um vielleicht noch einmal auf eine Kritik der CDU einzugehen, Herr Röwekamp, der uns vorliegende Entwurf, in dem Maßnahmen stehen – -

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Die stehen da nämlich nicht darin! – Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Die stehen da nicht darin!)

Doch, darin stehen auch Maßnahmen. Es ist so, dass wir jetzt in eine Beteiligung der Öffentlichkeit gehen, in ein Teilnahmeverfahren mit den Beiräten, mit den Vereinen, mit den Verbänden. Mit ihnen diskutieren wir dann, welche Maßnahmen wirksam sind und welche nicht, und am Ende wird das in den Endbericht einfließen, und demzufolge wird dann auch das Armutsprogramm gestaltet. Dafür bitten wir Sie weiterhin um volle Unterstützung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 19. Januar 2015.

(B)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt die Mittagspause auf. Wir treffen uns um 14.30 Uhr wieder.

(Unterbrechung der Sitzung 12.55 Uhr)

★

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe des Berufsbildungswerkes Bremen, Offiziere der Logistikschiule der Bundeswehr in Osterholz-Scharmbeck, Offiziere des Hörsaals 55 der Logistikschiule der Bundeswehr und Studierende des Fachbereichs Polizei der Hochschule für öffentliche Verwaltung.

Seien Sie alle herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir setzen die Tagesordnung fort.

Jugend im Parlament – 10. bis 14. November 2014

Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 5. Dezember 2014 (Drucksache 18/1660)

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Kollege Hamann.

Abg. **Hamann** (SPD)*): Herr Präsident, liebe Gäste, liebe Teilnehmende des Projekts „Jugend im Parlament“, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Jugend im Parlament“, ein erfolgreiches Projekt, im Jahr 2000 gestartet, fand jetzt zum achten Mal mit 83 Teilnehmenden aus Bremen und Bremerhaven statt, und sie haben eine Sache deutlich anders gemacht als wir, das sage ich jetzt einmal hier für uns: Sie haben sich hier an einem Freitag getroffen. Die Abschlussveranstaltung ging von 18 bis 20 Uhr, so etwas werden Sie hier bei uns nie sehen, hier ist immer donnerstags um 18 Uhr, manchmal um 19 Uhr Feierabend. Das haben Sie wirklich wunderbar gemacht, ich darf Ihnen noch einmal recht herzlich dafür danken, dass ich dabei sein durfte!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich gehe davon aus, dass Sie alle den ungefähr 80 Seiten umfassenden Bericht gelesen haben, es sind in diesem Jugendparlament vier Resolutionen zum Thema Bildung gefasst worden.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Vergnügen sogar!)

Ja, mit großem Vergnügen, Herr Kollege! Es gab Resolutionen zu den Themen Bildung, Finanzen, Bau und Verkehr und zum Thema Medien, ich gehe davon aus, dass wir diese Resolutionen auch in den einzelnen Fachdeputationen in den nächsten Monaten noch diskutieren und dazu auch ausführlich Stellung nehmen werden. Ich möchte in meiner Rede kurz auf einige Punkte eingehen und noch einige andere Dinge erläutern, die wir danach noch diskutiert haben. Es gab nämlich im Anschluss an

(C)

(D)

(A) diese ernste Diskussionsrunde hier noch die Möglichkeit der Teilnahme an einem wunderbaren Fest mit wunderbarer Musik.

Zum Thema Bildung! Dort ist von den Jugendlichen gefordert worden, dass das Kooperationsverbot aufgehoben wird.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das ist auch eine Forderung, die wir hier als Parlament schon mehrfach gestellt haben, und im Bereich Wissenschaft hat es dort ja auch schon Veränderungen gegeben, das hat auch Frau Senatorin Quante-Brandt, die auch als Gast dabei war, dargestellt. Das ist schon ein erster Erfolg, Sie sehen also, wir sind dort auf einem guten Weg, aber noch lange nicht fertig, dort muss noch mehr geschehen.

Ein weiteres Thema, das ich sehr spannend finde – die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich auch schon damit beschäftigt –, ist das Thema Lehrmaterial. Es wurde bemängelt, dass viele Lehrbücher veraltet seien, es gab eine Forderung nach E-Books. Wir haben die Diskussion um Tablet-PCs erweitert und wie wir mit solchen Systemen zukünftig umgehen. Auch hier gibt es eine Entwicklung, ich glaube, in zehn bis fünfzehn Jahren werden wir über solche Dinge nicht mehr reden, sondern wir werden sie haben. Wenn man sich hier umschaute, haben ja viele Kollegen schon ein solches System, das war vor einigen Jahren noch anders. Da gab es hier auch noch Diskussionen, ob man das überhaupt haben möchte oder ob es der Würde des Hauses angemessen sei. Ich glaube, die Diskussion führen wir nicht mehr, das wird in der Schule ähnlich sein.

(B)

(Abg. P o h l m a n n [SPD]: Nach vorn schauen!)

Genau!

Zum Thema Finanzen! Dort hat uns – das kann ich für die SPD-Fraktion sagen – sehr gut gefallen, wie Sie sich mit Unternehmen und mit dem Übergang von der Universität beschäftigt haben, wie wir es erreichen, Unternehmen hier in Bremen zu halten. Die Senatorin für Finanzen hat aber einem Vorschlag aber eine Absage erteilt, nämlich dass man mit gestaffelten Steuersätzen für Jungunternehmen arbeitet. Das hat sie erläutert, und es ist auch alles im Bericht nachzulesen.

Zum Thema Bau und Verkehr! Mich als jemand, der sehr gern Fahrrad fährt, hat das klare Bekenntnis aus den Reihen der Jugendlichen sehr gefreut, dass wir in Bremen mehr auf Fußverkehr und auf Radverkehr setzen sollten, dass der Kfz-Verkehr mit seinen CO₂-Emissionen auch für Lärm verantwortlich ist und wir dort deutlich mehr investieren sollten, so habe ich es gelesen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das auch vor dem Hintergrund, dass es hier manchmal anders diskutiert wird!

(C)

Zum Thema Medien! Ein ernstes Thema, das diskutiert worden ist, war das Thema Cybermobbing. Es gibt dort auch entsprechende Programme, das reicht nach Aussagen der Jugendlichen aber noch nicht aus, hier wird darum gebeten, noch mehr mit Schulungen zu arbeiten, auch in den Grundschulen soll damit schon angefangen werden. Das ist eine Forderung, die ich für sehr sinnvoll erachte.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Thema, und auch das hat mich sehr gefreut: Breitbandausbau! Auch das ist ja hier in der Bremischen Bürgerschaft ein ständiges Thema. Die Jugendlichen haben erläutert, dass dort mehr gemacht werden muss, besonders Glasfaser wurde erwähnt. Kupfer haben wir, aber das muss irgendwann einmal durch Glasfaser abgelöst werden, so wurde es dargestellt. Dann noch ein Schankerl oder eine Orchidee, so möchte ich es einmal formulieren: Netzneutralität, was bedeutet, dass alle Datenpakete gleich sind und keine Datenpakete bevorzugt werden! Das ist dort auch gefordert worden, und das freut mich ganz besonders,

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

denn nur so kann man sicherstellen, dass neue Firmen, neue Services überhaupt gleichwertig behandelt werden und nicht große Player wie Google, YouTube oder andere sich mit Geld ein schnelleres Netzwerk kaufen können. Das ist ganz gut.

(D)

Abschließend möchte ich noch etwas zu der Beteiligung sagen, was auch in den nachfolgenden Gesprächen bei der Feierlichkeit noch herausgekommen ist: Ein Jugendlicher hat hier einen wunderbaren Satz gesagt, in dem es um Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen ging. Es wurde gesagt, dass dort alte Personen sind, die seit 40 Jahren aus der Schule heraus sind, und diese setzen ihnen irgendetwas vor, ohne dass sie vielleicht von den heutigen Gegebenheiten und dem, was die Jugendlichen bewegt, eine richtige Ahnung haben. Ich finde, das ist an der Stelle eine völlig richtige Aussage.

Es wurde noch einmal angesprochen, dass die GSV, die Gesamtschülervertretung, gestärkt werden soll. Die senatorische Behörde – das hat auch Frau Senatorin Quante-Brandt damals zugesagt – hat einen Brief an die Schulen geschrieben, dass man dort die Gremien besser unterstützen soll. Wir müssen uns anschauen, wie das dann später auch umgesetzt wird.

Einiges haben wir schon gemacht, Stichwort Jugendbeiräte, darauf sind wir auch eingegangen. Wir haben das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt, da waren wir in Bremen mit die Ersten, andere Bundesländer folgen uns jetzt, sodass man mit 16 oder 17 Jahren

(A) auch den Landtag wählen darf. Ich glaube, das ist eine gute Sache, und ich höre keinen Applaus!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das hätte spontaner kommen müssen!

Beteiligung benötigt aber auch Transparenz, und da haben wir auch gerade mittels Internet andere Möglichkeiten als vor vielen Jahren. Alle Dokumente, die wir in den Deputationen und in den Fachausschüssen beraten, stehen heute im Internet und können dort nachvollzogen werden, man kann sich also alles durchlesen. Das ist neu, das haben wir in der letzten Legislaturperiode eingeführt, das ist auch gut, das läuft. Was das Thema Beiräte angeht, haben wir noch Nachholbedarf, das muss geändert werden, das ist jetzt noch nicht optimal.

(B) Eine weitere interessante Idee: Wenn wir Beteiligung haben wollen, aber die Jugendlichen nicht zu uns kommen, dann müssen wir zu den Jugendlichen gehen, das haben wir noch besprochen. Warum kann nicht zum Beispiel eine Deputationssitzung zu einem bestimmten Thema einmal in einer Schule stattfinden? Warum kann nicht eine Beiratssitzung zu einem bestimmten Thema einmal in einer Schule stattfinden, damit man das dann entsprechend miteinander verzahnt? Natürlich müsste das ein interessantes Thema sein, und es müsste eventuell in der Schule vorbereitet werden, aber ich glaube, das ist ein guter Ansatz, und darüber sollten wir nachdenken, wie wir das vielleicht erreichen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Dann ist noch eine Sache angesprochen worden, die ich auch privat sehr spannend finde: Wenn Sie heute fernsehen, dann gibt es immer die Möglichkeit, sich über das Internet, zum Beispiel über Facebook, zu beteiligen, und dann gibt es immer die Möglichkeit, dass Moderatoren vorlesen, was im Internet gesagt worden ist. Seien wir doch einmal ehrlich: Unsere Debatten sind vielleicht teilweise, ich möchte nicht langatmig sagen oder langweilig, aber vielleicht könnte man es interaktiver gestalten! Wenn zum Beispiel der Präsident jetzt berichten würde, was gerade bei Facebook zu dem geschrieben wird, was ich gerade gesagt habe,

(Heiterkeit – Zuruf der Abg. Frau Vogt [DIE LINKE] – Abg. Günzör [SPD]: Das finde ich jetzt etwas langatmig von Ihnen!)

oder so etwas wie eine Twitterwall, das wäre doch einmal eine wunderbare Sache. Darüber sollten wir nachdenken, denn wir Bremer sind ja für unsere Innovationen bekannt.

Damit möchte ich enden und mich für die intensive Diskussion bedanken. Natürlich möchte ich mich

auch bei der Bürgerschaftsverwaltung bedanken, die das alles hervorragend organisiert hat, und bei all meinen Kollegen, die daran teilgenommen haben. – Vielen Dank!

(C)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Neddermann.

Abg. Frau **Neddermann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im November letzten Jahres saßen hier im Plenarsaal eine Woche lang fast 100 Jugendliche, die im Rahmen des Projekts Jugend im Parlament verschiedene Themen debattiert haben. Es wurde viel diskutiert und sich intensiv mit den Themenkomplexen auseinandergesetzt. Dafür möchte ich den Jugendlichen noch einmal ein ganz großes Lob aussprechen.

(Beifall)

Ich selbst war als Zuhörerin im Plenarsaal und habe am Ende der Woche mit meinen Kolleginnen und Kollegen und auch den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Jugend im Parlament die verabschiedeten Resolutionen debattiert. Die Jugendlichen waren mit sehr viel Engagement und Spaß dabei, aber auch mit viel Fachkompetenz. Das war wirklich für mich sehr beeindruckend. Besonders hat uns Grüne gefreut, und das habe ich auch gleich am Anfang der Debatte gesagt, dass viele der Forderungen durch und durch grün sind. Mein Kollege Werner hat nach dem Durchlesen der Resolution festgestellt: Das ist ja fast ein grünes Wahlprogramm! Es ging beispielsweise um die Jugendbeteiligung, um Bildungspolitik, um die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft, um Medienkompetenz und Cybermobbing, um den Ausbau des Radverkehrs oder, man höre und staune, um einen autofreien Sonntag.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das war nur ein Auszug aus allen Anliegen. Die Resolutionen zeigen, womit sich die Jugend heute beschäftigt, und dass es sich für uns nicht nur lohnt zuzuhören und Politik für die Jugendlichen, sondern auch mit den Jugendlichen gemeinsam Politik zu machen. Ich werde nun auf die einzelnen Resolutionen eingehen. Es ist gut, dass wir bei diesem Tagesordnungspunkt ein bisschen mehr Zeit haben, ich denke nämlich, dass fünf Minuten nicht ausreichen, wenn man sich angemessen mit der Themenauswahl auseinandersetzen möchte.

Beginnen wir mit dem schwierigen Thema Finanzpolitik! Hier hat der Finanzausschuss von Jugend im Parlament eine Reihe von Forderungen aufgestellt, zum Beispiel die Schaffung von günstigem Wohnraum, den Ausbau des Bildungsspektrums und der Kindertagesbetreuung sowie die Absenkung von

(A) bürokratischen Hürden bei der Unternehmensgründung. Wir sind hier in Bremen sehr bemüht, günstigen Wohnraum zu schaffen, damit beispielsweise Studierende oder junge Familien gut und gern in Bremen leben können. Außerdem gibt Bremen auch immer mehr Geld für Kinder und Jugendliche aus, absolut zu Recht, wie wir finden. Um den Rechtsanspruch auf eine Kindertagesbetreuung erfüllen zu können, haben wir sehr viele neue Kita-Plätze geschaffen, und wir sind damit auch noch lange nicht fertig.

Die Wissenschaftseinrichtungen im Land Bremen sind heute bundes- und europaweit sowie international hoch anerkannt, und unsere Hochschulen sind für junge Menschen hoch attraktiv. Insgesamt schafft unser Wissenschaftssystem rund 21 000 direkte und indirekte Arbeitsplätze. Trotz der Haushaltsnotlage sind wir davon überzeugt, dass wir in gute Bildung für Studierende investieren müssen.

Für gute Hochschulen kann das Land jedoch finanziell nicht allein verantwortlich sein. Wir wollen, dass wissenschaftliche Innovationen über die Hochschulen hinaus Impulse bieten, und deshalb haben wir die Bedingungen für den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen sowie öffentlichen Einrichtungen verbessert. Wie ich schon zu Beginn meiner Rede gesagt habe, sind wir uns mit den Jugendlichen in vielen Punkten einig, zum Beispiel hinsichtlich des Umgangs mit der Gründerförderung, bei der Forderung nach mehr Beteiligung der Wirtschaftsförderung an Großprojekten oder auch bei der Citytax. Das alles unterstützen wir.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich freue mich außerdem sehr, dass die Jugendlichen unsere Initiative unterstützen, dass der DFB für die Kosten von Fußballspielen aufkommen soll. Das ist ja bekanntlich auch unsere Meinung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun möchte ich ausführlich etwas zu der Bildungsresolution sagen. Ich freue mich sehr, dass ich nun dazu reden darf, denn bei der Debatte bei Jugend im Parlament bin ich dazu nicht mehr gekommen, weil der Bedarf, mit der Bildungssenatorin zu diskutieren, sehr groß war. Jugend im Parlament 2014 forderte den Senat auf, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bezüglich der Finanzierung der Schulbildung aufzuheben. Dahinter stehen wir vollkommen und haben dies selbst auch schon mehrfach gefordert, und zwar nicht nur für den Hochschulbereich, sondern auch für die Schule und, wie Frau Senatorin Quante-Brandt in der Debatte bei Jugend im Parlament auch schon gesagt hat, wir sind und bleiben dabei und verfolgen dies weiter.

Bei der Optimierung und fortlaufenden Aktualisierung der Lehrmaterialien, zum Beispiel durch die Anschaffung und den Einsatz von E-Books oder

auch Tablets, stimmen wir den Jugendlichen ebenfalls zu. Mit Tablets werden bereits Pilotprojekte an Schulen durchgeführt, und manche Familien haben natürlich auch ein Tablet zu Hause. Wir finden, dass es künftig die Möglichkeit geben sollte, dass diese mit in die Schule genommen werden dürfen und dass dann alle Geräte kompatibel mit der Lernsoftware sind. Die Schülerinnen und Schüler, die kein Tablet besitzen, müssen dann künftig von der Schule ein Tablet gestellt bekommen. Zur Sprache kam in diesem Zusammenhang bei den Jugendlichen auch das Problem, wie man mit eventuellen Beschädigungen umgeht. Wir finden, dass es dafür eine Versicherung geben sollte, sodass dieses Problem kein Hindernis für die Verwendung von Tablets darstellen darf. Genau zu dem Thema moderne Unterrichtsmaterialien haben wir Grüne im Dezember eine Anfrage in der Bürgerschaft gestellt.

In der heutigen Zeit darf man technische Entwicklungen nicht ignorieren. Entscheidungen diesbezüglich müssen aber mit den Lehrerinnen und Lehrern gemeinsam getroffen werden. Stichwort Medienkompetenz: Die Vermittlung von Medienkompetenz muss dann auch bei der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrern stattfinden. Ich gebe den Jugendlichen absolut recht, es ist definitiv nötig, dass dieses Thema öffentlich mit dem Ziel diskutiert wird, eine entsprechende Entwicklung einzuleiten. Auf dieses Thema werde ich später noch einmal zurückkommen.

Die Jugendlichen fordern, das chronologische, epochale und fächerübergreifende Lernen in den Schulen flächendeckend einzuführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das wird an den Schulen sehr unterschiedlich gehandhabt, manche Schulen machen dies bereits seit längerem, wie die alten Gesamtschulen und Schulen, die sogenannte Pavillons haben. In der Grundschule ist das bereits vermehrt vorhanden. Das ist eine Forderung, die wir generell sehr gut finden, da sich in dieser Form auch Unterricht mit einer sehr heterogenen Schülerschaft besser umsetzen lässt, wenn also schwache und starke Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen. Die Frage nach einer besseren Vorbereitung auf ein Studium und auf eine Ausbildung diskutieren wir auch im Zusammenhang mit der Errichtung der Jugendberufsagentur. Wichtig ist, dass dabei beide Wege gleichberechtigt aufgezeigt werden, also sowohl die universitäre als auch die berufliche Ausbildung.

Der Medienausschuss von Jugend im Parlament hat unserer Meinung nach ebenfalls ganze Arbeit geleistet. Wir finden, dass die Jugendlichen absolut recht haben mit ihrer Forderung nach einem besseren Ausbau des Breitbandnetzes. Unsere bestehende Netzinfrastruktur stößt an ihre Grenzen und ist nicht zukunftsfähig, daher bleibt der Ausbau eines

(C)

(D)

- (A) flächendeckenden Glasfasernetzes unser Ziel. Über die Breitbandversorgung hinaus wollen wir öffentliche wie private Vorhaben, die den Ausbau von kostenfrei nutzbaren und öffentlich zugänglichen WLAN-Netzwerken zum Ziel haben, unter der Berücksichtigung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes aktiv unterstützen. Das Problem dabei ist eher die Frage: Wer darf dieses Breitband wie nutzen? Deshalb sollten wir vor allen Dingen von der SPD und auch von der CDU auf Bundesebene eine echte rechtliche Klarstellung und Umsetzung der Netzneutralität einfordern. Das ist nämlich dabei das A und O.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu gehört auch, dass alle von der Störerhaftung für ein offenes WLAN befreit werden, nicht nur Wirtschaftsbetriebe.

Zum Thema Medienkompetenz: Zeitgemäßer Jugendmedienschutz muss Medienangebote qualifizieren, er darf aber dabei Jugendlichen nicht pauschal ihre Informationsmündigkeit und ihr eigenes kulturelles Erleben absprechen. Medienbildung bedeutet Lernen mit, durch und über Medien. Medienkompetenz ist die Grundvoraussetzung, um selbstbestimmt und selbstbewusst am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, wozu für uns auch der kompetente Umgang mit den eigenen Daten gehört.

- (B) Deshalb wollen wir Medienbildung als roten Faden in allen staatlichen Bildungsangeboten verweben, zum Beispiel auch in den von den Jugendlichen geforderten Projekttagen. Die Zahl der Mobbing- sowie Cybermobbingfälle steigt immer weiter an, und meines Erachtens muss dringend etwas passieren. Das hat hauptsächlich etwas mit dem Erwerb von Medienkompetenz zu tun.

Da sich meine Redezeit nun dem Ende zuneigt und ich – wie befürchtet – noch nicht auf alle Forderungen der Jugendlichen eingehen konnte, werde ich gleich in einer zweiten Runde noch etwas zu den Themen Bau, Umwelt und auch zu Jugendbeteiligung sagen. – Dankeschön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In normalen Plenarsitzungen ist der Altersdurchschnitt schon gesunken, im letzten November war der Alterdurchschnitt hier aber noch um einiges geringer. Eine Woche lang wurde die Bürgerschaft von Bremer Jugendlichen in Beschlag genommen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es toll, wenn junge Menschen sich diese Räume hier aneignen, auch wenn es nur vorübergehend ist.

(C)

Die Jugendlichen haben die Politikerinnen und Politiker dazu gebracht, zu Themen Stellung zu beziehen, die ihnen wichtig sind. Auch ich war kurz dabei und wäre sehr gern länger geblieben. Gleichzeitig fand aber die Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht statt, sodass ich nicht lang bleiben konnte. Wir hatten aber zumindest die Zeit, kurz über Flüchtlingspolitik zu sprechen. Was ich da mitbekommen habe, war ein großes Engagement für Menschenrecht. Unsere Gesellschaft braucht junge Menschen, die nachfragen, warum in jedem Jahr Tausende Menschen an der europäischen Grenze sterben. Die Politik braucht diese Fragen, um immer wieder daran erinnert zu werden, dass sich hier noch viel ändern muss.

Jugend im Parlament hat mittlerweile zum achten Mal stattgefunden. Die beteiligten Jugendlichen haben einen Präsidenten und Vizepräsidenten, Ausschüsse und Ausschussvorsitzende bestimmt, und sie haben Resolutionen verabschiedet, die es in sich haben. Die Resolutionen verdienen es, ernsthaft diskutiert zu werden, denn sie machen deutlich, dass sich die Jugendlichen auch sehr ernsthaft mit diesen Themen beschäftigt haben. Allein dafür verdienen sie großen Respekt!

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

(D)

Das Ergebnis ist wirklich beeindruckend, zum Beispiel bei der Berechnung eines Modells für fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr habe ich echt gestaunt. In dem Modell wird komplett durchgerechnet, wie man Straßenbahn und Bus fahren in Bremen komplett ohne Tickets realisieren kann. Finanziert werden soll der Nahverkehr dann über eine ÖPNV-Steuer, die nach dem Einkommen gestaffelt ist. Mit diesem Vorschlag rennt ihr bei uns offene Türen ein! DIE LINKE schlägt im Wahlprogramm einen ticketfreien Nahverkehr vor, da sind wir uns zu 100 Prozent einig. Allerdings wollen wir die Umlage, die die Bremerinnen und Bremer dafür bezahlen sollen, etwas anders staffeln. Wir wollen, dass Leistungsbezieher und Menschen bis zu 18 Jahren von der Umlage befreit sind. Dann fahren sie kostenfrei, und das finde ich auch richtig so.

Jugend im Parlament hat eine Aktuelle Stunde zu Rüstungsexporten über die Bremer Häfen und zum Thema IS durchgeführt. Die Abgeordneten aller Fraktionen wurden sehr kritisch befragt, und die Jugendlichen haben ihre Ablehnung gegenüber Waffentransporten deutlich gemacht. Da kann ich nur sagen, Hut ab für diese klare Haltung und für eure Kritik an Rüstungsexporten!

(Beifall bei der LINKEN)

(A) Es ist kein Geheimnis, dass wir der gleichen Meinung sind. Deutschland ist weltweit auf Platz 3, was Rüstungsexporte angeht, bei sogenannten Kleinwaffen steht Deutschland sogar an erster Stelle. Ich möchte da nur einmal an die Waffenfabrik SIG Sauer erinnern, die illegal Pistolen in den Irak und nach Kolumbien geliefert hat. Solche Beispiele sind sicher nur die Spitze des Eisbergs, aber auch legale Waffenexporte sind skandalös genug! Rüstungsexporte nach Katar und Saudi-Arabien wurden noch im Jahr 2014 von der Bundesregierung genehmigt, obwohl bekannt ist, dass sie den IS unterstützen. Das ist ein absoluter Skandal, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der LINKEN – Abg. T s c h ö p e [SPD]: Was ist denn mit dem Nordirak?)

Dazu komme ich gleich, Herr Tschöpe! Wir lehnen Rüstungsexporte grundsätzlich ab, wir finden es unerträglich, dass Deutschlands Rüstungsindustrie und auch der Staat mit dem Tod Geschäfte machen. Daher haben wir im letzten Jahr hier in der Bürgerschaft ein Exportverbot für die Häfen beantragt. Die anderen Fraktionen haben dem leider nicht zugestimmt, obwohl im Jahr 2013 jeden Tag 41 Tonnen Munition aus den Bremer Häfen in alle Welt verschickt werden.

Wie Sie aber auch wissen, habe ich mich als Jeside dafür ausgesprochen, dass meine kurdischen Brüder und Schwestern im Kampf gegen den IS unterstützt werden. Ich habe in diesem Fall Waffenlieferungen gefordert, weil der IS einen Völkermord begangen, Frauen verklavt und Kinder entführt hat. Um das zu verhindern, gab es keinen anderen Weg als bewaffneten Widerstand, das dazu, Herr Tschöpe! Ich glaube, auch darin sind wir uns mit Jugend im Parlament einig gewesen, wie bei vielen anderen Fragen auch.

(B) Im Bildungsbereich fordert Jugend im Parlament weniger Leistungsdruck und die Bekämpfung des Lehrermangels an den Schulen. Auch dahinter stehen wir hundertprozentig. Wir sind für die neunjährige Oberschule für alle. Wir haben bei den letzten Haushaltsberatungen hier in der Bürgerschaft beantragt, dass 240 Lehrerinnen und Lehrer und 100 Schulsozialarbeiter zusätzlich eingestellt werden. Leider winkt Rot-Grün immer mit dem Rotstift, wenn wir fordern, dass die Schulen vernünftig ausgestattet werden oder die Freizis genügend Geld bekommen sollen. Das finden wir erschreckend und kurzsichtig, denn da wird an der Zukunft gespart.

(Beifall bei der LINKEN)

Es reicht nicht, einmal im Jahr Jugend im Parlament zu veranstalten. Jugendliche in Bremen müssen jeden Tag die Möglichkeit zur Mitbestimmung und Teilhabe bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Dazu gehört als Allererstes ein gutes Leben frei von Sorge, Stress und Ausgrenzung. Was braucht es dazu? Vor allem ausreichend und gut ausgestattete Kitas, Schulen und Freizis!

Das größte Problem ist die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Auch in Bremen hat die Armutsquote wieder zugenommen, gleichzeitig sind die Vermögensgewinne rasant gestiegen. Wenn junge Menschen in so einer Gesellschaft aufwachsen, lernen sie von Anfang an, dass manche gute Chancen und andere fast keine Perspektiven haben. In Bremen betrifft das mehr junge Menschen als in allen anderen Bundesländern, deswegen müsste hier eigentlich am meisten in die Kitas, Schulen und Freizis investiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Was passiert stattdessen? Es wird gekürzt, und dann werden die Jugendlichen bei der Verteilung viel zu knapper Mittel beteiligt.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Beteiligung der Jugendlichen in den Controllingausschüssen wird zur Pseudobeteiligung, lieber Herr Dr. Güldner! Wenn dort noch ein Mangel verwaltet wird, ist das für mich keine Beteiligung, entschuldigen Sie, das ist Verarschung!

(D)

(Beifall bei der LINKEN – Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

So läuft es seit Jahren mit den Freizis, die vor zehn Jahren privatisiert wurden, seitdem gab es nie genug Geld. Es wurden Angebote, die Öffnungszeiten und Stellen gekürzt, das wissen wir alle.

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Für euch ist es nie genug Geld!)

Nach vier Jahren ohne einen Cent mehr gibt es in diesem Jahr endlich wieder mehr Geld für die Freizis. Es reicht trotzdem nicht, und ob alle Freizis erhalten bleiben, steht zumindest infrage. Was also lernen die Jugendlichen in den Freizis? Für kaum etwas ist Geld vorhanden, schon wieder! Ich selbst habe schon in Freizis gearbeitet, und als Sozialpädagoge weiß ich, welche Potenziale viele Jugendliche haben.

(Abg. W e r n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Mehr als Sie!)

Ich will, dass sie sich von der Politik unterstützt fühlen, und zwar nicht, weil sie sich hier einmal im Jahr versammeln, sondern weil ihnen das Gefühl gegeben wird, dass sie uns etwas wert sind, und zwar Tag für Tag!

- (A) (Beifall bei der LINKEN)
- Stattdessen schreibt der Senat in seinem neuesten Armuts- und Reichtumsbericht, dass die Mittel nicht ausreichen, um Angebote für alle zu vorzuhalten. Das ist immerhin ehrlich, dass Sie nicht an alle denken, aber das ist weder gerecht noch entspricht es den gesetzlichen Vorgaben.
- (Beifall bei der LINKEN)
- Viele junge Bremerinnen und Bremer haben schon oft gesagt, dass sie sich damit nicht zufrieden geben. Ich fände es gut, wenn sie noch mehr Gelegenheiten dazu bekämen. Wir fordern daher Jugendbeiräte in allen Stadtteilen und eine stärkere Einbeziehung der Gesamtschülerversammlung.
- (Beifall bei der LINKEN)
- Zum Schluss wünsche ich mir, es würde Jugendparlament heißen und nicht Jugend im Parlament. Ein stadtweites Jugendparlament mit echter Entscheidungsgewalt wäre ein wirklicher Fortschritt. – Danke schön!
- (Beifall bei der LINKEN – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Worüber sollen Sie denn entscheiden?)
- (B) **Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.
- Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir befinden uns im Wahlkampf, und Sie hecheln wirklich mit sabbernder Zunge nach jeder Stimme der mindestens 16-jährigen Menschen.
- (Beifall bei der CDU)
- Das ist schon beeindruckend, wie sich das hier gesteigert hat. Dass der Redebeitrag von Herrn Hamann hier bislang am sachlichsten war, muss ich dieses Mal neidlos anerkennen.
- (Zurufe – Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Ihr wollt im Wahlkampf Armutsbekämpfung und wollt die Reichen nicht besteuern? – Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen])
- Meine Damen und Herren, liebe Teilnehmer von Jugend im Parlament, es gehört zur Ehrlichkeit und zur Wahrheit, das habe ich auch auf der Abschlussveranstaltung gesagt, dass man alles toll und super finden kann, und man kann hinterher eine ganz andere reale Politik machen. Man kann aber auch sagen, ja, das sind aus Ihrer Sicht berechnete Forderungen, darüber müssen wir sprechen, aber wir sind hier eben auch Vertreter aller Altersgruppen,
- und zum Beispiel die Seniorenvertretung hat ganz andere Forderungen. Der Job der Politik ist, das am Ende alles so zusammenzuführen, dass die Gesellschaft zusammenhält.
- (C)
- Es ist aber gut und richtig, dass auch Jugendliche hier ihre Forderungen artikuliert haben, die sich in der achten Variante von Jugend im Parlament immer auch einmal wieder unterscheiden, denn diejenigen, die damals bei der ersten Veranstaltung von Jugend im Parlament teilgenommen haben, stellen mittlerweile – ich habe zu einzelnen Teilnehmern noch Kontakt – ganz andere Forderungen als damals, zum Beispiel wurde damals noch die flächendeckende Einführung der Gesamtschulen gefordert. Das ist nur ein Beispiel, man reift im Laufe der Zeit und hat dann gelegentlich auch einmal eine etwas andere Position zu den Themen.
- (Zurufe von der der LINKEN)
- Bei Ihnen reift nichts, das weiß ich, aber das ist ein Einzelfall der Partei DIE LINKE!
- (Beifall bei der CDU)
- Es gab hier wieder, und das ist bemerkenswert, einen vollen Plenarsaal, und eine ganze Woche lange hatte man die Gelegenheit, in Ausschüssen zu beraten.
- (D)
- (Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch toll!)
- Dieses Engagement ist erst einmal toll. An der Stelle sind wir uns, glaube ich, alle einig!
- (Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Es geht bei Jugend im Parlament nicht darum, über einzelne Forderungen am Ende den Daumen zu heben oder zu senken. Das Leben, liebe Frau Neddermann, ist auch an der Stelle kein Ponyhof, weil man nicht alles parteipolitisch grün einfärben kann, nur weil man zufällig einmal das Wort autofreier Sonntag gelesen hat.
- (Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich glaube, das war kein Zufall!)
- An einigen Punkten sind die Diskussionen, die hier geführt wurden, viel spannender als die drei Zeilen, die im Abschlussbericht zu finden sind, denn auch das Plenum von Jugend im Parlament war sich bei den Forderungen nicht immer einig, wie auch die Bremische Bürgerschaft bei den Beschlüssen nicht immer hundertprozentig einig ist, sondern es gab hier hoch differenzierte, hoch intelligente und hoch engagierte Debatten zwischen den einzelnen

(A) Teilnehmern. Es gab dann nicht unbedingt Fraktionen, aber es gab schon kleine Gruppen. Ich habe bei Jugend im Parlament die immer vorhandenen Anarchokommunisten getroffen, mit denen es einfach Spaß macht, zu diskutieren, weil es ein tolles Weltbild ist, das sie voller Idealismus zur Diskussion stellen, genauso wie es sehr konservative Vertreter gab, die ihren Weg, so hoffe ich, sicherlich in die Junge Union finden werden.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war jetzt der sachliche Teil!
Jetzt kommt der sachliche Teil!)

Sie sitzen hier alle zusammen und diskutieren auf einem Niveau, das hoch ist, das aber nicht durch die parlamentarischen Regeln, die wir über Jahre eingeübt haben, sondern durch selbstgegebene Regeln perfekt funktioniert, und dafür erst einmal einen ganz großen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Ich könnte jetzt all das, was Sie weggelassen haben, für unsere wirtschaftsfreundliche Politik reklamieren, denn alles, was im Finanzbereich zu weiteren Investitionen, zu einer gestaffelten Senkung der Gewerbesteuer, zur Abschaffung der bürokratischen Hürden für Unternehmensgründer

(B) (Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das könnte passieren!)

gesagt worden ist, sind Forderungen der CDU.

Es macht aber keinen Sinn, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt versuchen, einzelne Forderungen von Jugend im Parlament parteipolitisch zuzuordnen. Wir stellen fest, es ist eine bunte Mischung von Forderungen, bei denen sicherlich auch viele, die momentan noch gar nicht Auto fahren, erst einmal einen Schwerpunkt auf die Verkehrsmittel legen, nämlich Bus, Bahn und Fahrrad, die sie zurzeit benutzen. In der Großstadt ist es natürlich auch so, dazu gibt es bundesweite Studien, dass der Autoverkehr abnimmt. Haben Sie hier irgendwann einmal von der CDU als Autofahrerpartei gehört? Nein! Sie wollten es hören! Sie wollen nicht zuhören, wenn wir sagen, wir brauchen eine Gleichbehandlung der Verkehrsmittel. Sie wollen keine Gleichbehandlung. Ihr Landesvorsitzender, Herr Saxe, hat gestern nämlich fast mit Schaum vor dem Mund noch einmal vorgetragen, dass er die Autofahrer gängeln und die Fahrradfahrer einseitig bevorzugen will. Wir wollen eine Gleichbehandlung der Verkehrsmittel!

(Beifall bei der CDU)

Im Bereich der Digitalisierung haben wir hier etwas wie ein Treffen der Generationen. Die Teilnehmer

von Jugend im Parlament sind digital natives. Ich übersetze, es sind Personen, die schon in der digitalen Welt aufgewachsen sind. (C)

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen: Danke! – Abg. Frau B ö s c h e n [SPD]: Leichte Sprache!)

Ich sagte das für Einzelne, die es vielleicht noch nicht wussten, ich sah fragende Gesichter, Herr Möhle!

(Heiterkeit – Abg. Frau Ne u m e y e r [CDU]: Das ist ein Internet, Klaus!)

Wir haben es hier mit Menschen zu tun, die es beraten haben, die es nicht lernen mussten, wie alle von uns, die wir hier sitzen, sondern die tatsächlich mit allen Möglichkeiten der Digitalität wie Smartphones und Tablets in jedem Lebensbereich aufgewachsen sind. Sie haben ein völlig anderes Weltbild als wir, manche mehr und manche weniger: Laptops, Tablets, Smartphones.

(Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Neuland!)

Ja, Herr Dr. Kuhn, das Wort Neuland ist vielleicht gar nicht so falsch!

(Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sage ich ja!) (D)

Wir reden hier nicht über Menschen, die Neuland betreten, sondern wir reden hier über Eingeborene aus einer neuen Welt, die eine völlig andere Sicht der Dinge haben, und die Diskussion hat Spaß gemacht.

Ich finde es auch vernünftig, dass die Forderungen in den Fachdeputationen und den Parlamentsausschüssen beraten werden, denn dort gibt es eine völlig andere Vorstellung zu Themen wie beispielsweise Urheberrecht und Datenschutz, aber natürlich auch zu dem Punkt, den der Kollege Hamann angesprochen hat, die Netzneutralität. Jugend im Parlament sieht die Netzneutralität als viel wichtiger und notwendiger an, als mancher Fachpolitiker, der sich mit diesen Bereichen zu beschäftigen hat, aber vielleicht in dieser Welt gar nicht richtig lebt.

Es wurden, meine Damen und Herren, auch viele Diskussionen am Rand der Veranstaltung geführt, Herr Hamann hat es bereits erwähnt. Der Abschlussabend wurde zum ersten Mal durchgeführt und hat die Gelegenheit für viele interessante, vertiefende Gespräche gegeben. Früher begann Jugend im Parlament abrupt und hörte abrupt wieder auf, und wenn man Glück hatte, dann lief man sich irgendwo wieder über den Weg. Der Abschlussabend hat tatsächlich die Chance zu einem weiteren Austausch gegeben.

(A) Bei Jugend im Parlament – ich gehe jetzt noch einmal auf den Punkt ein, den Herr Tuncel eben gesagt hat – handelt es sich um ein gutes, einmaliges Projekt, und es hat damals auch Stimmen hier im Hause gegeben, die das nicht unbedingt gut gefunden haben, dass der Präsident diese, ich betone jetzt einmal, Forderung, die aus den Reihen der Jungen Union in den Neunzigerjahren kam, aufgegriffen hat.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Was?)

Ja, es ist so, wie es ist, Herr Dr. Kuhn!

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, es war anders! Ich war zufällig im Vorstand, wie der Kollege Ravens auch!)

Die Beschlussfassungen lassen sich nachvollziehen!

Auf jeden Fall hat es hier im Hause Stimmen gegeben, das sei nichts, das sich tatsächlich nachhaltig bewähren würde. Doch, es hat sich nachhaltig bewährt, denn dieses Haus öffnet eine Tür, wie auch der Deutsche Bundestag dreimal in jeder Legislaturperiode, nur im Wahljahr nicht. Wir wollen zeigen, wie die parlamentarische Demokratie funktioniert, was es zum Beispiel mit der Schülervertretung und den Beiräten auf sich hat. Wir sollten deshalb auch die jeweiligen Betroffenen auffordern, sich zu engagieren. Ich möchte keinen Schüler verpflichten müssen, sich in einer funktionierenden Schülervertretung zu engagieren. Wenn die Schüler sich nicht in den vorhandenen Strukturen der Schülervertretung organisieren, dann gibt es dafür Gründe, meine Damen und Herren, und darüber sollten wir uns dann auch noch einmal vertiefend unterhalten.

(B)

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Nur weil die Junge Union darin nicht vorkommt!)

Die Mitwirkungsmöglichkeiten waren noch nie so groß, wie in sie in den letzten Jahren geworden sind, meine Damen und Herren.

Zur Wahrheit der heutigen Debatte gehört natürlich auch, es waren 100 Jugendliche hier im Parlament, wir haben aber mehr als 100 Jugendliche in Bremen und Bremerhaven. Wir erreichen auch mit Jugend im Parlament, mit allen Formen, über die wir hier reden, streiten, die wir toll finden oder die wir für verbesserungswürdig halten, nur einen Bruchteil der Jugendlichen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Repräsentanten!)

Unser Ziel muss es sein, die Jugendliche, die sich nicht von selbst aus engagieren, für Jugend im Parlament zu begeistern, und darüber wurde noch gar

nicht gesprochen. Ich wünsche mir, dass das die Debatte zukünftig prägt, aber nicht die am Anfang der Debatte gehaltenen Jubelorgien. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Neddermann.

Abg. Frau **Neddermann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte zunächst etwas zu den LINKEN sagen: Es heißt nicht LINKE im Parlament, sondern Jugend im Parlament!

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Es heißt auch nicht Grüne im Parlament!)

Immer mehr Geld zu fordern ohne einen Gegenfinanzierungsvorschlag vorzulegen, ist populistisch,

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Was ist denn daran populistisch!)

und damit ist der nächsten Generation ganz bestimmt nicht geholfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe der Abg. Frau V o g t [DIE LINKE] – Abg. T s c h ö p e [SPD]: Ruhig, Christina! – Glocke)

(D)

Frau Vogt, können Sie mich bitte aussprechen lassen, Sie können sehr gern nach vorn kommen!

Ich möchte nun weiter auf die Forderungen der Jugendlichen eingehen, denn darum geht es nämlich. Nun zu der Resolution Bau und Verkehr! Als Grüne, als Fahrradfahrerin und auch als Klimaschützerin freut es mich besonders, dass der Fahrradverkehr auch bei den Jugendlichen einen so großen Stellenwert hat. Der Anteil des Fahrradverkehrs am Verkehrsaufkommen ist in Bremen ist so hoch wie in keiner anderen vergleichbaren Großstadt. Mit Fahrradstraßen, wie beispielsweise in der Humboldt- oder auch in der Wachmannstraße, haben wir gezeigt, wie wir den Fahrradverkehr weiter voranbringen. Der hohe Anteil an Radnutzung führt auch dazu, dass in Bremen Straßen durch vergleichsweise wenig Staus belastet werden. Im Verkehrsentwicklungsplan wurden acht Radprämienrouten beschlossen.

Wir wollen auch in Zukunft das Radfahren mit Fahrradpiktogrammen, verbesserter Sicherheit in Kreuzungsbereichen, grünen Wellen und auch mit mehr Radrouten noch bequemer und angenehmer machen. Fahrradmodellquartiere, die zusätzlich zu Fahrradstraßen auch Reparaturmöglichkeiten, Abstellflächen oder Pumpstation anbieten, sind ein guter Weg, die Nutzung des Fahrrads zu erhöhen. Wir setzen zudem auf Umsteiganreize für umwelt-

- (A) freundliche Verkehrsträger – wie es die Jugendlichen ebenfalls fordern –, weg vom Auto hin zum ÖPNV, Förderung der Elektromobilität, ein verbessertes Park-and-ride-Angebot, Unterstützung von Pedelecs und die weitere Steigerung des Carsharinganteils. Auch wir sehen die Belastung durch Bus- und Bahntickets für Menschen mit geringem Einkommen als Problem.

Deswegen haben wir das Stadtticket eingeführt, das einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, den ÖPNV vergünstigt zu nutzen. Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Jugend einen autofreien Sonntag fordert, um Werbung für den Radverkehr und für das Radfahren zu machen. Ganz stark, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Jugend im Parlament, da seid ihr manchen Erwachsenen um einiges voraus!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Rohmeyer, das hat auch nichts mit dem Alter zu tun, denn Sie sagten, wenn die Jugendlichen erst einmal älter würden und Auto fahren dürften, dann würden sie das wieder ganz anders sehen. Das glaube ich ganz bestimmt nicht,

(Abg. I m h o f f [CDU]: Glauben heißt nicht wissen!)

- (B) denn diese Jugendlichen haben ein Umweltbewusstsein, was sich auf jeden Fall auch hier in den Resolutionen zeigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch wenn das Thema Flüchtlingspolitik bedauerlicherweise in keine der Resolutionen aufgenommen wurde, so möchte ich wie meine Kollegen doch kurz darauf eingehen, weil ich das Glück hatte, während dieser Debatte am ersten Tag von Jugend im Parlament im Präsidium zu sitzen, und ich muss sagen: Hut ab! So viel Solidarität, Empathie und auch Ahnung habe ich selten bei einer Debatte zur Flüchtlings- und Asylpolitik erlebt. Die Jugendlichen haben viele tolle Vorschläge gemacht und dabei ein Weltbewusstsein an den Tag gelegt, von dem sich viele eine Scheibe abschneiden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jugend im Parlament ist ein tolles Projekt, das Jugendlichen praktisch Politik und politische Prozesse näherbringt. Das neue Format, dass die Abgeordneten und auch die Senatsvertreterinnen und -vertreter mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in der Woche direkt in einer Aktuellen Stunde und dann abschließend am Freitag mit den Schülerinnen und Schülern über die Resolutionen diskutieren, finde ich genau richtig. Ich hätte mir für diese Resolutionen in den jeweiligen Fachdeputationen noch mehr Beach-

tung gewünscht, aber das kann ja auch immer noch passieren. Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir die Vorschläge der Jugendlichen sehr schätzen und diese mit in unsere Debatte einbeziehen.

Last but not least, wenn wir gerade beim Thema sind, werde ich nun noch etwas zur Jugendbeteiligung sagen. Die Forderung der Jugendlichen nach einem Stimm- und Rederecht in ihrem Beirat – und hier ist eben nicht der Jugendbeirat gemeint, weil es den noch nicht in jedem Stadtteil gibt – halte ich für unterstützenswert. In unserer Fraktion wurde auch schon darüber gesprochen, inwieweit Jugendliche an den Controlling-Ausschüssen beteiligt werden können, da es dort ja bekanntlich um die Verteilung von finanziellen Mitteln geht, über deren Vergabe die Jugendlichen unserer Meinung nach mitentscheiden sollen. Dazu zählt auch, dass junge Menschen eher projektorientiert denken und ihnen daher nach Möglichkeit besondere Projektmittel für spezifische Jugendprojekte zur Verfügung gestellt werden sollen. Besonders interessant für mich war die Idee, ein Jugendparlament einzurichten. Wie die genaue Umsetzung aussehen soll, würde ich den Jugendlichen überlassen, aber meine Unterstützung dafür habe ich ihnen zugesichert und stehe diesbezüglich auch mit ihnen im Kontakt.

Insgesamt ist es bei dem Thema aber wichtig, dass es vor allem darum geht, junge Menschen kontinuierlich zu beteiligen, nicht nur bei diesem besonderen Projekt, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Politik muss die Jugend einbeziehen, damit wir nicht nur Politik für die jungen Menschen machen, sondern mit ihnen. Das Projekt Jugend im Parlament hat gezeigt, dass die Jugend sehr gut mitreden will und kann. Weiter so! – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Frau Neddermann, das kann ich so natürlich nicht stehen lassen. Sie waren diejenige, die über die Resolutionen von Jugend im Parlament gesagt hat, das sei wie ein Programm der Grünen.

(Abg. Frau N e d d e r m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ist auch so!)

Sie haben das gesagt, und dann finde ich es lächerlich, es uns nun zum Vorwurf zu machen, wenn wir das Gleiche tun und die Resolutionen erwähnen, die mit unserem Programm übereinstimmen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal zum autofreien Sonntag! Das ist alles schön und gut, aber wir haben letztes Jahr mitbekom-

(C)

(D)

(A) men, dass die Jugendlichen in der Neustadt für fünf Monate ein Freizi besetzt haben, für das wir 22 000 Euro benötigt haben, und der autofreie Sonntag, der am Rembertiring stattgefunden hat, hat, glaube ich, 470 000 Euro gekostet.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit hätten wir wirklich sehr viele Jugendeinrichtungen finanzieren können! Also, ich bitte Sie! – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 5 aufrufe, möchte ich Ihnen bekannt geben, dass der Tagesordnungspunkt 13, Streikrecht verteidigen – Tarifbindungen stärken, Antrag der Fraktion DIE LINKE, von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Das ist eine interfraktionelle Vereinbarung.

(B) (Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ganz oder nur für heute?)

Der ist ganz von der Tagesordnung abgesetzt worden und ist dann für die nächste Sitzung vorgesehen.

Öffentlich zugängliche Defibrillatoren retten Leben!

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. September 2014
(Drucksache 18/1566)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. November 2014

(Drucksache 18/1609)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Härtl.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort, Drucksache 18/1609, auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Herr Staatsrat Härtl, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU nicht mündlich wiederholen möchten.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Herr Kollege Bensch, Sie haben das Wort!

Abg. **Bensch** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzinfarkte sind die häufigste Todesursache in Deutschland. Jeder von uns kann, und zwar plötzlich und rasch, in die schreckliche und herausfordernde Situation geraten, schnell helfen zu müssen, wenn vor ihm Freunde, Nachbarn oder auch unbekannte Passanten stürzen, auf einmal bewusstlos sind und eventuell der plötzliche Herztod eintritt.

Eine große Überlebenschance haben diese Menschen, wenn wir die Herzdruckmassage beherrschen oder wenn wir öffentlich zugängliche Defibrillatoren haben. Diese sehr einfach zu bedienenden Geräte können bei plötzlichem Herzstillstand wirklich wirksam helfen. Aufgrund eines automatischen Diagnoseprogramms, einer Sprachsteuerung und einer optischen Handlungsanleitung sind sie für Laien wirklich einfach bedienbar.

In den letzten Jahren konnte man auch in der öffentlichen Debatte feststellen, dass es diese Defibrillatoren an immer mehr Orten gibt. Sie haben in der Weihnachtszeit sicherlich auch von dem Spendenaufruf des Deutschen Roten Kreuzes hier in Bremen gehört, nachdem ein Kind auf dem Findorffmarkt zusammengebrochen war und schnell Hilfe geleistet werden musste. Das war ein sehr markantes Beispiel, das haben Sie bestimmt alle gesehen, wir hatten das in unseren Abgeordnetenbüros.

Der Bedarf ist also vorhanden, und die Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage ist sehr ausführlich, sie ist aber auch sehr differenziert zu betrachten. Wir wollten nicht nur Zahlen, Daten und Fakten zu diesem Thema, sondern auch eine Einschätzung erhalten, was der Senat von der Initiative in Hamburg hält. In Hamburg gibt es nämlich eine Initiative, die HAMBURG SCHOCKT heißt. In dieser Initiative geht es darum – übrigens ist der Träger vor allem der Arbeiter-Samariter-Bund, der Hamburger Senat hat dort zugesagt die Schirmherrschaft –, alle in Hamburg öffentlich zugänglichen Defibrillatoren kenntlich zu machen und das über eine App auch im heutigen virtuellen Zeitalter zugänglich zu machen. Deswegen haben wir keine Kleine Anfrage, sondern eine Große Anfrage gestellt, und auf die Antworten werde ich gleich eingehen.

Uns als CDU geht es im Kern darum, dass öffentlich zugängliche Defibrillatoren nicht nur ausreichend und an verschiedenen Orten vorhanden sind, sondern auch darum, dass diese Orte bekannt sind, damit wir dafür sorgen können, dass Menschenleben gerettet werden.

In der Antwort des Senats gibt es sehr differenzierte Aussagen, besonders wenn man Bremen und Bremerhaven vergleicht. Bremerhaven ist schon ein bisschen weiter, auf der Internetseite des dortigen Gesundheitsamtes kann man herausfinden, wo die Defibrillatoren in Bremerhaven stehen. Wer also Interesse daran hat zu wissen, wo sie stehen, kann mit seinem Smartphone schnell nachschauen und somit

(C)

(D)

(A) vielleicht schneller Hilfe leisten, bevor innerhalb weniger Minuten die professionelle Hilfe eingetroffen ist. Schade, dass es hier für die Stadtgemeinde Bremen noch keine Übersicht gibt!

An der Antwort des Senats hat mir auch nicht die Haltung zur Initiative des „Weser-Kurier“ gefallen, eine Übersichtskarte von den Standorten der öffentlich zugänglichen Defibrillatoren zu erstellen und sie öffentlich zu machen. Dafür, diese Aktion zu begleiten, sieht der Senat keinen Bedarf, das finde ich schade.

Insgesamt, meine Damen und Herren, ist festzustellen, dass man wirklich etwas daraus machen könnte. Dafür bedarf es aber auch des Willens. Der Wille ist für mich zumindest nicht so erkennbar, es sieht eher nach einem Pflichtprogramm aus. Der Senat antwortet, dass die Defibrillatoren ja auch nicht immer zum Einsatz kommen würden und wir hier außerdem in einer Großstadt seien, in der die professionelle Hilfe manchmal schon innerhalb weniger Minuten eintreffe. Ich sehe das anders.

Weil Hamburg gute Erfahrungen damit gemacht hat, habe ich eigentlich erwartet, dass wir einen etwas proaktiveren Senat hätten, der das für ein tolles Thema hält und die Möglichkeiten prüft, um auch in Bremen eine Initiative anzustoßen mit dem Ergebnis, dass auch in Bremen immer mehr Bürgerinnen und Bürger wissen, wo so ein durch Laien gut zu bedienender Defibrillator steht. Schade, aber hier ist nur die Erfüllung einer Pflicht festzustellen und keine Kür! Ich hätte mir mehr gewünscht, damit eventuell noch mehr Menschen noch schneller das Leben gerettet werden kann. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren. Heute reden wir über Lebensrettung mittels Defibrillatoren. Das sind Schockgeber, mit denen man durch gezielte Stromschläge Herzrhythmusstörungen wie Kammerflimmern und so weiter beenden kann. Sie werden in OP-Sälen, Intensivstationen und Notfalleinheiten sowie in Notfallwagen bereitgehalten, und seit den Neunzigerjahren gibt es sie zunehmend auch in öffentlichen Gebäuden. Es gibt manuelle Defibrillatoren und auch automatisierte, die auch implantiert werden. Es gibt hier das Beispiel eines Fußballers, der damals in Erfurt zusammenbrach, nun so einen implantierten Defibrillator hat und heute wieder Fußball spielt.

Diese Defibrillatoren retten Leben, das konnte man im „Weser-Kurier“ erst im vorigen Monat lesen, als ein 42-jähriger auf dem Osterdeich bewusstlos am Steuer zusammenbrach und mittels Herzmassage durch einen Passanten und einen Polizisten mit ei-

nem Defibrillator aus seinem Auto gerettet werden konnte. Es gibt viele Beispiele, auch im Luftraum geschieht das. Bei der Lufthansa konnten, habe ich gelesen, bei 3 000 medizinischen Vorfällen in einem Jahr 180 Menschen mit dem Defibrillator gerettet werden. Das sind erstaunliche Zahlen. Ich habe auch die Anzeige vom Roten Kreuz gelesen, es gibt auch eine Anzeige von einem Sportverein hier in Bremen, wo es auch so einen Vorfall gegeben hat. Da war kein Defibrillator vor Ort, und die Mitglieder wollen jetzt sammeln, damit künftig ein Defibrillator vor Ort vorhanden ist.

(C)

In 85 Prozent der plötzlichen Herztode liegt zu Beginn ein sogenanntes Flimmern vor. Der Defibrillator kann durch eine kreisende Erregung und Stimulation dieses Flimmern zu 70 Prozent unterbrechen, aber immer ist der frühestmögliche Einsatz notwendig, damit das Gehirn mit Sauerstoff versorgt wird. Deshalb werden im öffentlichen Raum auch immer mehr Defibrillatoren angebracht. Es gibt auch hier in der Bürgerschaft einen Defibrillator, das steht nicht im Bericht des Senats, auch hier haben wir eine gute Ausstattung. Ich habe sogar schon einmal gesehen, wie sie genutzt wurden.

Der Defibrillator ist aber immer nur ein Ergänzungsgerät und kein Ersatz. Wir müssen sehen, dass vor allen Dingen auch die Ausbildung vorhanden ist. Es gibt ein gutes Beispiel aus Baden-Württemberg, dort können Schulklassen dies bei der Björn Steiger Stiftung buchen. Dort gibt es im Rahmen einer Erstausbildung pro Woche eine Stunde Arbeit mit dem Defibrillator, wie man das macht, wie man ihn ansetzt, das ist ein gutes Beispiel. Es wäre vielleicht zu überlegen, ob wir das in Bremen nicht auch gestalten und an den Schulen durchführen, denn es ist bei so einem Einsatz immer wichtig, dass die soziale Kompetenz vorhanden ist, nicht nur allein das technische Know-how. Die Defibrillatoren sind heute so automatisiert, dass sie mit Menschen sprechen. Das ist also kein Problem, allerdings muss eben die soziale Kompetenz vorhanden sein, damit man auch in der Lage ist zu helfen. Ich glaube, das kann man gut in den Schulen durchführen. Es gibt auch bereits Veranstaltungen mit den Schulklassen hier in Bremen mit dem Namen „Hand aufs Herz“. Hier wird auch schon einiges getan, aber das sollte man noch verbessern und noch mehr auf Defibrillatoren ausrichten. Ausbildung und Qualifikation sind wichtig. Ich glaube, hier können wir noch vieles machen.

(D)

Ein Kataster für das iPhone oder das Smartphone halte ich für ein bisschen übertrieben. Für mich ist erst einmal wichtiger, dass überhaupt alle wissen, wo ein Defibrillator ist, dass ein Schild vorhanden ist, das anzeigt, wenn es einen Defibrillator gibt und es erst einmal so kenntlich gemacht wird und nicht nur über eine App.

Ich finde, der Senat kann in Zukunft noch einiges unternehmen, damit dieses Versorgungsnetz wie in Bremerhaven vielleicht doch noch ein bisschen besser

(A) ausgebaut wird. Daher denke ich, ganz wichtig ist die Ausbildung, damit die Schüler eben auch die soziale Kompetenz bekommen, so etwas zu bedienen. Ich glaube, an der Stelle sind wir zuerst gefordert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist gut und richtig, dass es immer mehr Defibrillatoren in öffentlichen Gebäuden gibt. Sie können Leben retten, und sie haben auch schon Leben gerettet. Für meine Fraktion und mich ist aber wichtig – die Sozialkompetenz wurde schon angesprochen –, dass im Notfall jemand in der Lage ist, eine Rettungskette in Gang zu setzen, das hat für uns oberste Priorität.

Die Initiative HAMBURG SCHOCKT des ASB in Hamburg wurde hier schon angesprochen. Mit ihr wurde für den Großraum Hamburg ein Kataster erstellt, aus dem sich ergibt, wo diese Defibrillatoren sind.

(B) Sie haben darauf hingewiesen, dass auch auf der Bremerhavener Website steht, wo diese Defibrillatoren vorhanden sind. Das stimmt. Sie sind überwiegend in Schulen in Bremerhaven. Da habe ich mich natürlich gefragt, was es im Notfall bringt, wenn man dieses Kataster nutzt und sieht, dass der Standort eine Schule ist. Woher weiß ich, ob diese Schule offen hat oder gerade Ferien sind?

(Zuruf von der SPD: Wie kommt man in die
Schule?)

Wie kommt man in die Schule? Wo ist das in der Schule? Ich habe mir so meine Gedanken gemacht, ob dieses Kataster wirklich so hilfreich ist. Für uns ist wirklich die oberste Priorität, die Rettungskette zu beginnen und erst einmal die richtige Telefonnummer zu wählen, bevor man seine App aufruft und schaut, wo der nächste Defibrillator steht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In Hamburg war das ja nicht nur eine Aktion des Arbeiter-Samariter-Bundes, sondern gehörte zu einer Aktionswoche in Hamburg unter dem Motto „Hamburg rettet Leben“. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte dabei auch dieses Thema im Rahmen der Vermittlung richtigen Verhaltens im Notfall, lebensrettender Maßnahmen und der Rettungskette nahegebracht werden. Das war eigentlich auch die große Überschrift, und der ASB hat mit HAMBURG SCHOCKT einen Teil davon gemacht. Es gab dazu viele Veranstaltungen in Hamburg. Die Aktionswoche stand unter dem Motto „Wie kann man Leben retten?“, HAMBURG SCHOCKT war ein Teil davon.

(C) Ich hatte die soziale Kompetenz schon angesprochen. Ich finde es wichtig, dass wir hier in Bremen seit 10 Jahren die Erste-Hilfe-Kurse von Professionellen durchführen lassen. Gerade in Bremen wird – Herr Brumma hat es schon angesprochen – mit „Hand aufs Herz“ der Umgang mit Defibrillatoren gelehrt und gelernt. Ich denke, das ist auch der richtige Weg, und ich weiß, dass diese Kurse eine hohe Akzeptanz aufweisen.

Die Feuerwehr, so stand es im Bericht, hat keinen öffentlich zugänglichen Defibrillator, der zur Anwendung gekommen ist, weil es keinen Vorfall gab, soweit ich informiert bin. Ich denke, Ihre Schlussfolgerung daraus, dass der Senat dieser Initiative in Hamburg nicht folgt, ist nicht richtig. Mit diesen Initiativen, in denen Schüler fortgebildet werden, und auch durch Informationen kommt der Senat seiner Informationspflicht nicht nur nach, sondern er wirbt auch dafür, dass Menschen dazu motiviert werden, im Notfall nicht nur wegzuschauen, sondern aktiv zu werden. Das ist das Wichtige: Nicht wegzuschauen, sondern aktiv zu werden und zu sagen: Wie kann ich helfen? Das ist wichtig!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Alles andere, denke ich, kann man machen, aber man muss es nicht machen, und man muss hier auch nicht so darstellen, als wenn es dem Senat nicht wichtig wäre, hier mehr Menschen vor dem Herztod zu bewahren. Ich denke, dass auch gerade die Rettungskette hier in Bremen gut ist. Es gibt auch Statistiken darüber, wie viele Menschen schnell in eine Klinik gekommen sind. Ich denke, wir sind hier im Land Bremen dafür gut aufgestellt, und das ist auch ausreichend, wenn man ehrlich ist. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Auch DIE LINKE ist der Meinung, dass es sich hierbei um eine durchaus interessante Große Anfrage der CDU handelt, denn man muss einfach bedenken, auch bei den Defibrillatoren hat es in der Vergangenheit eine relativ große technische Entwicklung gegeben. Ich bin im Krankenhaus beschäftigt, und wenn man weiß, wie die Geräte im Operationssaal oder im Rettungswagen früher ausgesehen haben, wie groß und wie schwer sie waren, dann ist das ein völliger Unterschied zu den Geräten heute.

Wir finden es natürlich durchaus positiv, wenn man feststellt, dass die technische Entwicklung dazu geführt hat, dass diese Defibrillatoren heute auch in Schulen, in öffentlichen Gebäuden irgendwo an der Wand hängen, man daran vorbeigeht und sie auch sieht und sich dann seinen Teil dazu denkt.

(A) Die CDU hat zu dem Thema jetzt eine Große Anfrage eingereicht und ich finde, sie ist auch sehr detailliert beantwortet worden. Eine wesentliche Aussage der Antwort des Senats dazu ist, dass zum Beispiel nach Schätzungen der Bremer Feuerwehr in den letzten zwei Jahren kein öffentlich zugänglicher Defibrillator, den sie kennen, zum Einsatz gekommen ist. Das heißt, wir haben öffentlich zugängliche Defibrillatoren, sie werden aber nicht benutzt. Insbesondere Frau Hoch hat jetzt noch einmal darauf hingewiesen: Es ist einfach die Frage, ob Personen, die einen Menschen irgendwo zusammenbrechen sehen, dann von ihrer eigenen Konstitution und ihrem eigenen Wissen her in der Lage sind, dort wirklich hinzugehen und Hilfe zu leisten.

Auch wenn man eine App hat, in der man nachschauen kann, wo nun ein Defibrillator ist, muss man bedenken: Wenn man sieht, dass jemand zusammenbricht, holt man dann sein iPhone heraus und sucht die App für den Defibrillator? Dann muss man eventuell noch die Straßenkarte öffnen und noch einmal googeln, wo denn die Straße mit dem Defibrillator ist.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Bis dahin ist alles zu spät!)

(B) Daran zeigt sich schon ein bisschen, wie wichtig es ist, dass jemand dort hingehet und schaut, dass der Verletzte oder Erkrankte gesichert ist und man ihn wenigstens in die stabile Seitenlage oder in die Schocklage bringt, ich glaube, dort wären Dinge angebracht, die schnell gehen.

Dann muss man auch feststellen, dass wir uns hier in einem Stadtstaat befinden und die Zeiten, bis tatsächlich qualifizierte Hilfe in Bremen eintrifft, sind schon sehr beeindruckend, sie reichen zumindest in einem Stadtstaat aus. Auf dem Land ist es sicherlich, das möchte ich auch sagen, noch einmal eine ganz andere Diskussion, aber bei uns in der Stadt nicht.

Das heißt also, als Konsequenz aus dieser Großen Anfrage sollte man einfach feststellen – ich nehme an, dazu wird Herr Härtl noch etwas sagen –, dass man sich sicherlich bemühen muss. Die technische Entwicklung ist so weit, dass diese Defibrillatoren an vielen verschiedenen Stellen in der Stadt platziert werden könnten, aber das große Problem ist, dass die Menschen sie auch bedienen können müssen. Deswegen müssen also mindestens alle Ersthelferkurse auch eine Ausbildung für so einen Defibrillator beinhalten. Das ist heute noch nicht so, und ich finde, das ist erst einmal die vordringliche Aufgabe. Dann sollte man weitersehen und schauen, ob ein Kataster vielleicht doch sinnvoll ist, aber das erst an zweiter Stelle. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Härtl. (C)

Staatsrat Härtl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einem Eindruck entgegenreten, den die CDU mit ihrer Anfrage, vielleicht unbewusst, vermitteln könnte. Die Eingangssätze lauten, Herzinfarkte seien die häufigste Todesursache in Deutschland. Da die Zahl der Herzinfarkte im Land Bremen deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, steigt auch die Wahrscheinlichkeit, in eine entsprechende Situation in Bremen zu geraten.

Es ist richtig, dass die Diagnose Herzinfarkt in Bremen häufiger gestellt wird als in vielen anderen Bundesländern. Genauso richtig ist es aber, dass Bremen in dem Ranking der Sterblichkeitsrate an Herzinfarkten an der 14. Stelle steht oder die zweitbesten Werte hat, um es andersherum zu sagen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben in Bremen eine Versorgungssituation, die deutlich darauf hinweist, dass sie sehr gut ist – meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen – und die es in nahezu fast allen Fällen ermöglicht, rasch professionelle Hilfe am Patienten zu leisten. Deswegen glaube ich, man muss sagen, was möchte man mit einer weiteren, flächendeckenden Ausstattung mit Defibrillatoren in dieser Stadt erreichen, obwohl eben auch ausgeführt wurde – und so hat der Senat es ja auch beantwortet –, dass in den letzten zwei Jahren jedenfalls die öffentlich zugänglichen Defibrillatoren nicht benutzt wurden, möglicherweise glücklicherweise, aber man weiß es gar nicht so genau. (D)

Es gibt daneben – und das ist ein Argument gegen eine solche Erfassung in einem Kataster – ganz viele solcher Geräte, die zum Beispiel in Arztpraxen, Apotheken, Hotels und anderen Einrichtungen, nicht öffentlich, aber vorhanden sind und dort zur Verfügung stehen. Deswegen kann ein solches Kataster gar keinen flächendeckenden Überblick geben, und auf die Schwierigkeiten, dann einen solchen Standort überhaupt erst ausfindig zu machen, ist auch schon hingewiesen worden.

Ich glaube, wir sind sehr gut beraten, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen – zum Beispiel nämlich mit den Erste-Hilfe-Schülerwettbewerben, die in diesem Jahr zum zehnten Mal durchgeführt werden – und möglichst viele Menschen zu befähigen und zu qualifizieren, unter anderem in der technischen Handhabung, die in der Tat sehr viel einfacher geworden ist. Die technische Handhabung ist aber nicht das Entscheidende. entscheidend ist in der Tat die soziale Kompetenz, die derjenige, der ein solches Gerät anwenden möchte, mitbringen muss, und diese ist nicht allein durch Sprachführung am Gerät zu vermitteln.

(A) Wenn wir uns alle ehrlich an die eigene Nase fassen: Alle Autofahrer müssen einen Erste-Hilfe-Kurs nachweisen, sonst bekommen sie ihren Führerschein nicht- Wer fühlt sich denn wirklich in der Lage, bei einem Notfall so einzugreifen, wie es erforderlich ist? Diese Kompetenzen müssen wir stärken, dieses Hinsehen, und dann auch die richtigen Meldekettten in Gang setzen! Ich glaube, wenn wir das tun, haben wir mehr für die gesundheitliche Versorgung bedrohter Menschen in Bremen getan, als wenn wir ein Kataster auflegen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 18/1609, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Die Meere gemeinsam schützen!

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 14. Oktober 2014
(Drucksache 18/1585)

D a z u

(B) **Mitteilung des Senats vom 9. Dezember 2014**
(Drucksache 18/1663)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner.

Ich gehe davon aus, Herr Senator Günthner, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht mündlich wiederholen möchten.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausgangspunkt für die Große Anfrage der Grünen zum Thema Meeresschutz war der Europäische Tag der Meere im Mai 2014, der hier in Bremen durch die Europäische Kommission ausgerichtet worden ist. Dass es so war, war eine sehr ehrenvolle Anerkennung Bremens als Land mit großer maritimer Tradition und Gegenwart, als Standort exzellenter Meereswissenschaften und nicht zuletzt auch als Antreiber und Motor für den Schutz unserer Meeresumwelt.

Ich darf einmal ein bisschen zurückblicken! Im Jahr 1980 wurden die ersten großen Untersuchungen über

den alarmierend schlechten Zustand der Nordsee veröffentlicht, und die Geschichte der Grünen in Bremen ist seither ganz eng mit einem sehr hartnäckigen Eintreten für den Meeresschutz verbunden. Im Jahr 1984 fand hier dann die erste Internationale Nordseeschutzkonferenz statt, in der Folge ist hier die Aktionskonferenz Nordsee gegründet worden. Wenn man zurückblickt, ist in diesen Jahren schon eine ganze Menge und auch Positives geschehen.

Ich nenne nur ganz kurz die Verklappung und Müllentsorgung auf See, die gibt es so nicht mehr, da sie verboten sind, das Wattenmeer wird besser geschützt. Es kamen dann die großen europäischen Projekte wie Flora-Fauna-Habitat und Natura 2000, und auch giftige Stoffe wie das TBT als Antifouling-Anstriche werden inzwischen verboten. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Rede und die Frage-und-Antwort-Schlachten zwischen meinem Kollegen Herrn Schramm und dem damaligen Senator Beckmeyer, was wir von Bremen aus tun können. Sind wir nur abhängig von den internationalen Abkommen, oder können wir selbst etwas tun?

Wir haben in Bremen vieles erreicht und bei diesen Debatten sowohl vor Ort wie auch im Kampf für internationale Vereinbarungen oft eine gute Rolle gespielt. Wir wollen mit dieser Anfrage an die Große Anfrage, die wir gestellt haben, anknüpfen und wollen es weiterführen. Ich bedanke mich sehr für die ausführliche Antwort des Senats, diese Antwort zeigt einen sehr hohen Grad an Übereinstimmung, auch wenn es natürlich Punkte gibt, an denen die Grünen etwas ungeduldiger und vielleicht auch etwas grundsätzlicher sind. Meine Kollegin Frau Dr. Schaefer wird nachher in einem zweiten Beitrag darüber sprechen.

Ich möchte aber ganz ausdrücklich die Ökologisierung der Hafen- und Schifffahrtspolitik Bremens hervorheben. Ich nenne noch einmal das cleanship-Leitbild und die greenports-Strategie, und auch hier ist es nicht ganz zufällig, dass das Wort „grün“ verwendet wird. Stichworte sind die erfolgreiche Öko-Zertifizierung der Häfen, die Gestaltung der Hafengebühren, die pauschal die Entsorgung des Mülls, und zwar einschließlich der Reinigungsabgase und der Rückstände, umfassen und deswegen so jeden Anreiz auf illegale Entsorgung vermeiden,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und die ökologischen Standards, die die Schiffe durch die Staffellungen unterstützen sollen, gerade jetzt aktuell zum Beispiel die Förderung von Flüssiggasantrieb. Bremen zeigt wirklich gut, dass vieles in der Tat international geregelt werden muss, aber auch für lokales Handeln sehr viel Raum ist, und gute Beispiele treiben dann international auch die Gesamtentwicklung voran. Beides, lokales und internationales Handeln, ist auch bitter nötig, denn trotz der Teilerfolge ist der Zustand der europäischen

(C)

(D)

(A) Meeresgewässer nach wie vor nicht gut, das zeigt leider jedes Gutachten aufs Neue.

Die Europäische Kommission hat im Jahr 2008 daher die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie entwickelt, die die Mitgliedstaaten verpflichtet, bis zum Jahr 2020 – das sind gerade einmal noch fünf Jahre – einen guten Umweltzustand der Meere herbeizuführen. In einem ersten Zwischenbericht stellte die Kommission letztes Jahr fest, dass wir davon noch weit entfernt sind. Die Meere sind nach wie vor zu sauer, das heißt, der Stickstoffgehalt ist durch die vielen Einleitungen zu hoch. Die Meere sind stark verschmutzt, gerade jetzt wird es immer deutlicher, welche negative Rolle Plastikmüll dabei spielt, die Meere sind zu warm mit unabsehbaren Folgen für das gesamte Ökosystem der Meere. Auch die Artenvielfalt ist gefährdet durch die vielen einwandernden Arten, und die Überfischung ist ebenfalls immer noch nicht gestoppt. Zusätzlich – wir reden jetzt viel über die Aktivitäten auf den Meeren – nimmt der Druck durch die vielfältige Nutzung des Menschen gegenwärtig immer noch zu, als dass er eher abnehmen würde. Die EU-Mitgliedstaaten sind nun verpflichtet, in diesem Jahr Maßnahmenprogramme für die Erreichung des guten Umweltzustandes zu entwickeln, das ist das definierte Ziel. Bremen hat, darüber will ich am Schluss sprechen, im Ausschuss der Regionen einen Initiativbericht zur gegenwärtigen Lage angestoßen, ich bin dazu als Berichterstatter ernannt worden. Mein Ziel ist es, in diesem Bericht, der im kommenden Monat vorgelegt werden wird, die regionalen Gebietskörperschaften für den Meeresschutz überall in Europa zu sensibilisieren und das Augenmerk auf einige politisch wichtige und gut vermittelbare Forderungen zu richten und unsere beiden Anhörungen – –.

(B)

(Glocke)

Vielen Dank, Herr Präsident, ich habe es gesehen!

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Gesehen oder gehört?)

Ich würde gern noch zwei Gedanken ausführen. Unsere beiden Anhörungen in Brüssel, in Bremen zum Thema haben gezeigt, dass es dafür eine breite Unterstützung gibt. Ich will auch sagen, dass ich ganz hohen Respekt davor habe, mit wie wenig Mitteln und mit welchem hohem Einsatz die Bremische Verwaltung sich an diesen Debatten beteiligt. Das ist wirklich aller Ehren wert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abschließend ein Satz, den die Europäische Kommission an den Anfang ihrer integrierten Meerespolitik gestellt hat, ich darf zitieren: „Europas Küsten und Meeresgebiete sind für das Wohlergehen und den Wohlstand der Menschen von zentraler Bedeu-

tung. Sie sind Europas Handelswege, Klimaregulator, eine Quelle von Nahrung, Energie und Rohstoffe, sowohl geschätzte Wohn- und Erholungsgebiete.“ Ein guter Umweltzustand in den Meeren ist ein zentrales Element der Nachhaltigkeit des Lebens insgesamt, und deswegen ist der Schutz der Meeresumwelt eine große gemeinsame Aufgabe. Das wird Anstrengung kosten, aber wenn wir das nicht tun, wird es uns sehr teuer zu stehen kommen. Ich werbe dafür, dass Bremen sich weiterhin mit vielen Kräften daran beteiligt. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abg. **Gottschalk** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage, die wir hier debattieren, spricht eine große Anzahl von Themen und Fragen an, und die ausführliche Beantwortung durch den Senat liefert uns eine Fülle von Informationen. Sie alle jetzt in dem eigentlich gebührenden Maß zu würdigen, ist nicht möglich. Nachdem Herr Dr. Kuhn jetzt den großen Rahmen noch einmal beleuchtet hat, in denen Bremer Anstrengungen stattfinden, möchte ich gern auf zwei der wichtigsten Probleme eingehen, bei denen Bremen sich gerade fragt: Was können wir hier tun?

(D)

Das eine Problem sind die heutigen Schiffsantriebe. Wenn man sich das anschaut, sieht man, dass die Fracht- und Kreuzfahrtschiffe dieser Welt fast ausnahmslos mit Schweröl fahren. Schweröl ist an Land ein Sondermüll, der unter besonderen Vorkehrungen entsorgt werden muss. Auf See dient er als Treibstoff und ist dort die Quelle gewaltiger Emissionen von Stickoxiden, Schwefeloxiden, Kohlendioxiden, Rußpartikel und Feinstaub. Eines der ganz großen Schiffe, die wir heute haben, in der Größenordnung von rund 100 000 PS, verbraucht rund 100 Millionen Liter Schweröl, wenn es durchschnittlich 300 Tage im Jahr 24 Stunden pro Tag unterwegs ist. Die Umweltorganisation NABU hat dieses Mal näher untersuchen lassen, was diese Emissionen, dieser giftige Cocktail, den ich genannt habe, eigentlich verursacht. Das Ergebnis ist, dass ein derartig riesiges Schiff die gleiche Menge an Emissionen verursacht, wie rund fünf Millionen Pkw auf der gleichen Strecke. Deshalb steht natürlich fest, dass emissionsärmere Schiffsantriebe ein ökologisches Muss sind und eine der größten Herausforderungen, vor denen wir stehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich denke, es ist gut, dass Bremen im Rahmen der Möglichkeiten, die wir hier haben, diese Anstren-

(A) gungen auch unterstützt. Herr Dr. Kuhn hat es schon angedeutet, Bremen unterstützt das Angebot von Antriebsalternativen, insbesondere im Bereich der flüssigen Erdgasbetankung von Schiffen. Auf Anfrage habe ich erfahren, dass es mittlerweile möglich ist, die Erdgasbetankung hier in den Häfen angeboten zu bekommen. Auf dieses sogenannte LNG stützen sich mittel- und längerfristig große Hoffnungen, dass man hier einen besseren Treibstoff bekommt.

Bremen unterstützt auch die Bemühungen, durch gestaffelte Hafengebühren, durch Rabatte Anreize für emissionsärmere Schiffe zu setzen, um hier auch im Markt ein Umdenken, einen Wechsel zu emissionsärmeren Schiffsantrieben zu begünstigen. Das sind Anreize, die gesetzt werden, die notwendig sind, und Bremen macht das nicht allein, sondern unterstützt das im Rahmen der Kooperation mit anderen Häfen. Das ist auch erforderlich, denn klar ist, Alleingänge von Bremen aus würden nichts bringen, sie sind nicht möglich. Unter dem Konkurrenzdruck würde man Gefahr laufen, dass den Maßnahmen hier letztendlich ausgewichen wird und keine Effekte erzielt werden.

In so einer Kooperation ist es nun natürlich so, dass die Anstrengungen in diesem Bereich langsamer vorangehen, als man es oftmals hofft. Ich denke, man steht da natürlich auch vor der Frage, wie man in diesem Bereich eigentlich zusätzlichen Druck erzeugen kann, um auch Umrüstungen zu erreichen.

(B) Ich persönlich glaube, dass wir noch stärker darüber nachdenken müssen, ob wir dort nicht eine zusätzliche Ressource erschließen können, und diese sehe ich eigentlich im Verhalten umweltbewusster Verbraucher. Wir kennen das aus anderen Bereichen wie der Ernährung, dort sind, jedenfalls die Verbraucher, die sich bewusst ernähren, mittlerweile Agenten eines ökologischen Wandels. Wir wissen, dass im Bereich der Textilien eine Sensibilität entstanden ist, die Druck in Bezug auf Veränderungen ausübt. Wir sehen das sogar im Bereich von alternativen Geldanlagen, bei denen Nachhaltigkeitsaspekte heute auch stärker als früher beachtet werden.

Ich glaube, dass auch in diesem Bereich solche Möglichkeiten bestehen. Der NABU hat es eigentlich schon gezeigt; Er hat über die letzten Jahre nämlich Rankings für Kreuzfahrtschiffe erstellt, aufgezeigt, welche die größten Dreckschleudern in diesem Bereich sind und als Preis die Dinosaurier des Jahres verliehen. Der erste Preis ist im Jahr 2011 an die AIDA gegangen, die mittlerweile Vorreiter in der Umrüstung auf andere Schiffsantriebe geworden sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. P o h l m a n n
[SPD]: So soll es sein!)

Das sind Maßnahmen, bei denen ich denke, sie nützen.

(Glocke)

(C) Wir stehen dann allerdings vor einem Problem, wenn es die Frachtschiffe betrifft, dort fehlt bislang der unmittelbare Konnex mit dem Verbraucher. Die Antwort des Senats fordert ja, dass wir die Transportketten bezüglich ihrer Emissionsbelastung verbessern müssen, aber ich glaube, dass wir dafür erst einmal sorgen müssen, das Wissen der Verbraucher über die Emissionen dieser Transportketten zu verbessern. Ich glaube, wir stehen erst einmal vor dieser Herausforderung.

In Bremen liegen die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz und für die Häfen in einem Ressort, und vielleicht können wir diese Kompetenzen zusammenbringen, sodass wir hier in Bremen Vorreiter darin werden, für mehr Transparenz zu sorgen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

(D) Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage mit vielen wichtigen Themen und die Antwort zeigen eines ganz deutlich: Die Meeresverschmutzung ist keine Angelegenheit, die Bremen allein lösen kann. Es gibt jetzt zwei Dinge, die dabei eine Rolle spielen: Auf der einen Seite sind das die Häfen, in denen wir, denke ich, schon vorbildlich arbeiten, und auf der anderen Seite sind das die internationalen Abkommen, bei denen viel geschehen ist, Herr Dr. Kuhn, vollkommen unbestritten, aber es muss noch viel mehr geschehen. Wenn Sie diesbezüglich ungeduldig sind, dann haben Sie recht, wir müssen ungeduldig sein, weil die Gutachten alle aussagen, dass die Meeresverschmutzung nicht zurückgegangen ist.

Es gibt Chancen, meine Damen und Herren, das kann man an dem sehen, was die Bundesrepublik bei der Weser geleistet hat. Wer hätte denn gedacht, dass man irgendwann wieder einmal in der Unterweser schwimmen kann? Das ist wieder möglich, es gibt Maßnahmen, die greifen. Ob man es darf, ist etwas anderes, aber man kann es zumindest bezüglich der Wasserqualität wieder.

Meine Damen und Herren, das Problem ist aber auch, und das sieht man nicht an der Konzentration der Schwefelmissionen im Bereich der Nord- und Ostsee, dort haben wir strenge Auflagen, das ist richtig, aber was sagt das ISL zu uns? Es sagt, im Bereich des Ostseeraums sei die Gefahr groß, dass wieder eine Verlagerung vom Seeverkehr auf Lkw-Verkehr entstehe. Wenn wir hier in unseren Bereichen strenge Auflagen erstellen, ist natürlich auch die Frage, wie das im Mittelmeerbereich aussieht. Deswegen können wir auch, weil wir nicht nur an den Bereich der Umwelt denken müssen, sondern auch an die Wettbewerbsfähigkeit hier nur im Einklang mit den

(A) anderen Veränderungen herbeiführen. Deswegen sind diese Konferenzen, die Sie erwähnt haben, ja so ausgesprochen wichtig, und sie haben auch gute Ergebnisse gebracht, allerdings muss sich auch jeder daran halten, denn Seeverkehr ist eben nicht nur national, sondern international, und das ist die große Gefahr dabei.

Ich möchte zunächst einmal auf den Bereich der Häfen selbst eingehen, denn die meisten wissen gar nicht, dass in Bremerhaven die größte Luftverschmutzung nicht im Bereich der Hauptstraßen liegt, sondern im Bereich des Autoterminals. In der HansasträÙe haben wir die größte Luftverschmutzung, weil dort die Auto-Carrier liegen und dort mit ihren Stromaggregaten ihre eigene Stromversorgung vornehmen. Ich finde, dass wir auch die Frage der Landstromversorgung aufgreifen müssen, und dass sie fehlt, ist das Unbefriedigende an dieser Anfrage, wir können uns aber nicht davor verschließen. Die Wahrheit ist auch, wenn man das Kreuzfahrtterminal in Hamburg betrachtet, Herr Gottschalk hat das angesprochen, werden dort diesbezüglich wahrlich große Anstrengungen unternommen, weil es dort das gleiche Problem gibt, denn die Schiffe liegen ja auch dort mitten in der Stadt.

Es ist ganz spannend, dass in den Regionen und in den Hafengebieten darüber diskutiert worden ist, wie schön es doch ist, Schiffe zu haben. Herr Willmann, der im selben Haus wohnt wie ich, und ich schauen ja beide auf eine Werft und ärgern uns, wenn dort Stromaggregate laufen. Das geht so nicht, da muss natürlich gehandelt werden, und das ist, glaube ich, ein ganz wesentlicher und wichtiger Punkt. Trotzdem müssen wir darauf achten, wettbewerbsfähig zu bleiben und deswegen alles nur im Einklang miteinander durchzuführen.

In Rostock-Warnemünde haben sich die Menschen teure Wohnungen gekauft und sich gefreut, wenn die Kreuzfahrtschiffe vorbeigefahren sind, jetzt stellen sie fest, dass das wegen der Abgaswerte Dreckschleudern sind – dementsprechend ist das auch nicht gesundheitsfördernd –, und jetzt beschweren sich die Bewohner, dass sie im Sommer nicht mehr auf ihrem Balkon sitzen können, weil dort die Schiffe vorbeifahren. Das ist natürlich nicht vernünftig.

Ich denke, meine Damen und Herren, dass es viele Wege gibt, die wir beschreiten müssen. Es ist ja auch eine Frage von anderen Treibstoffen, LNG ist hier ja auch schon angesprochen worden, das ist ein wichtiger Bereich, und unsere Hafengesellschaft versucht, die eigenen Schiffe dahin gehend umzurüsten. Bedauerlicherweise hat es jetzt einen Rückschlag gegeben, die Firma, die dort eine Tankstelle errichten wollte, hat einen Rückzug gemacht, sodass das Schiff, das von bremenports umgerüstet wird, zunächst einmal mit Tankwagen versorgt werden muss, während in Hamburg von der gleichen Firma schon eine LNG-Tankstelle geplant wird. Das ist natürlich ein großes Problem. Wenn die Schifffahrt

umrüsten will, müssen wir ihr auch die Möglichkeit geben, die Treibstoffe dann auch zu bekommen.

(C)

Ein wesentlicher Punkt bei der Verschmutzung der Gewässer und der See ist natürlich auch der Restmüll, und auch da gibt es Streitigkeiten darüber, wo entsorgt werden soll. Wir sagen, möchten es kontrollieren und eine vernünftige Entsorgung, und deswegen soll der Müll an Land und nicht auf See entsorgt werden, wie es leider noch oft gemacht wird. Deswegen müssen natürlich die Kontrollen nicht nur in den nationalen, sondern auch in den internationalen Gewässern verstärkt werden. Das ist ein wesentlicher Punkt, und das muss natürlich für alle gelten.

Es gibt 6 Millionen Tonnen Plastik, die in den Weltmeeren landen, und man hat jetzt festgestellt, dass sich Plastik eben nur ganz wenig auflöst und dementsprechend irgendwann für die Tierwelt auch als Futter angesehen wird, was ökologisch natürlich ganz schlimm ist. Insofern muss es auch den Zwang zur Entsorgung der Schiffsabfälle geben, aber den kann es eben nicht nur in einem Hafen oder nicht nur in den nationalen Häfen geben, sondern den muss international, in allen Häfen geben und es muss dementsprechend dort auch kontrolliert werden.

(Glocke)

(B) Ich denke, meine Damen und Herren, wir haben hier einen Katalog vorgelegt bekommen, der an sich natürlich nicht befriedigend ist. Jetzt könnten wir als kleines Bundesland Bremen – Herr Präsident, ich habe es gehört! – natürlich sagen, dass wir sowieso kaum etwas ausrichten können, aber das wäre der falsche Weg. Ich finde, wir müssen mit aller Kraft und allem, was uns zur Verfügung steht, dafür sorgen, dass wir auch internationale Abkommen abschließen und diese Abkommen dann auch eingehalten werden, das ist für diesen Bereich ausgesprochen wichtig. – Herzlichen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Lesen der Antwort auf die Anfrage, wie es eigentlich unseren Meeren geht, erinnerte ich mich an eine Textstelle, die ich, als ich 15 oder 16 Jahre alt war, beim alten Friedrich Engels gelesen habe. Er hat das irgendwann im Jahr 1880 in einem Buch oder in einem Aufsatz geschrieben: Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen. Er schrieb dort: „Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir

- (A) gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben.“

(Beifall bei der LINKEN – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: War das ein Zitat?)

Das ist das Zitat von Friedrich Engels, und ich denke einmal, spätestens seitdem kann man wissen, dass man sich zumindest sehr viel Mühe geben muss, wenn man in die Natur eingreift und dass man versuchen sollte, die Folgen abzuschätzen, oft kann man es nicht. In der Antwort auf die Anfrage, wie es eigentlich unseren Meeren geht, gibt es viele Punkte, wo wir diese Erkenntnis einfach schmächtig missachtet haben. Ich will einmal damit beginnen, dass es, wenn wir sagen, Landstromversorgung in Bremerhaven rechnet sich nicht, unter anderem deswegen, weil die Umweltkosten nicht internalisiert sind, eine Rechnung ist, die so eigentlich nicht aufgestellt werden dürfte. Unabhängig von der Frage, ob es sich betriebswirtschaftlich rechnet, ist es hinsichtlich des Umweltschutzes wichtig, dass wir in Bremerhaven eine Landstromversorgung für die Seeschifffahrt haben. Ich finde, dafür sollten wir uns einsetzen, auch wenn wir hinterher keine schwarzen Zahlen schreiben.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Zweitens: Ja, die Bremer Häfen sind wahrscheinlich grüner als andere Häfen, und es gibt Möglichkeiten, die Antriebe von Schiffen zu verbessern, sodass sie weniger Schmutz in die Umwelt schleudern. Eine Clean Ship-Initiative, ein Green Harbor und Ähnliches sind ein erster Schritt in eine Richtung zu weniger Umweltverschmutzung, aber ich sage, vielleicht braucht es auch eine No Ship-Initiative, also darüber nachzudenken, ob wir eigentlich so viele Waren wie aktuell über die Weltmeere fahren müssen. Ist es nicht vielleicht doch besser, über regionale Wertschöpfungskreisläufe nachzudenken und Transporte zu vermeiden? Da gilt Ähnliches wie bei der Energiewende, Energiesparen und Transportvermeidung sind meines Erachtens ein wichtiger Beitrag zur Umweltpolitik, und ich finde, man sollte auch in diese Richtung denken.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens: Was mich in dem Zusammenhang erschüttert hat, muss ich ehrlich gestehen, weil mir das Ausmaß so noch nicht klar war, war das Thema Plastikmüll in den Weltmeeren. Das sind nicht nur die Plastiktüten, das ist klar, es geht von der Plastiktüte über Dosen und Behälterflaschen bis hin zu – das habe ich gelernt –

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Kosmetika!)

Microbestandteile in Kosmetika.

(C)

Es ist ein bisschen so – ich sage es einmal ganz salopp –, als würden wir uns in die eigenen Cornflakes pinkeln, denn dieses Zeug kommt zurück zu uns auf den Tisch.

(Beifall bei der LINKEN)

In den Fischen, die wir fangen und essen, sind schon die Zersetzungsbestandteile dieser Kunststoffe enthalten, das sind höherwertige chemische Verbindungen und unter Umständen die Plastikteilchen selbst, und es ist in der Regel keine gute Idee, sie zu essen. Das ist sozusagen eine Logik – und da bin ich wieder am Anfang, dass wir genau das nicht gemacht haben –, unsere Siege über die Natur holen uns ein und bewirken Dinge, die wir nicht wollen, deswegen halte ich es für unbedingt wichtig, dass wir schauen, was wir bei der Verbringung von Plastikmüll durch die Weser in die Nordsee machen können. Wie können wir auch in Bremen dafür sorgen, dass Plastiktüten und andere Plastikverpackungen entweder sinnvoll wiederverwertet werden oder gar nicht erst entstehen?

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt Initiativen, die sagen, es ist wert darüber nachzudenken, Plastiktüten zu verbieten; ich finde auch, es ist wert darüber nachzudenken, Plastiktüten zu verbieten und durch andere Dinge zu ersetzen.

(D)

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Viertens: Die Anfrage beschäftigt sich auch mit der Situation des Tiefseebergbaus. Jetzt geht aus der Antwort eher hervor, dass es ein bisschen außerhalb unserer Zuständigkeit liegt, dafür ist Jamaica zuständig. Ich bin mir nicht so ganz sicher, weil ein Teil der Vorhaben betrifft auch unseren Zuständigkeitsbereich – wie heißt das entsprechende Fachwort? –, in der AWZ, in der ausschließlichen Wirtschaftszone.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Tiefsee nicht!)

Tiefsee nicht, aber Unterwasserbergbau sage ich einmal! Viel interessanter ist jedoch, dass wir 3,5 Millionen Euro an EFRE-Mitteln in den Bau eines Tauchbeckens im Technologiepark investiert haben, und da wird nicht nur für die Forschung gearbeitet, dort werden Unterwasserroboter getestet, es werden Vorbereitungen mit der Gesellschaft für Marinetechnik und der DeepSea Mining Alliance getroffen. Es werden dort auch Technologien entwickelt, die unmittelbar für den Tiefseebergbau benötigt werden.

Ich komme zum Schluss. Das ist eines der Beispiele, worüber wir noch einmal nachdenken sollten, ob

(A) das wirklich eine gute Idee ist, und wenn wir jetzt darüber nachdenken, vermeiden wir möglicherweise Folgen für künftige Generationen. Deswegen fände ich es gut, wenn Bremen ein Moratorium für den Tiefseebergbau unterstützt und erst einmal forscht, welche Auswirkungen es eigentlich für das Leben im Meer, für den Boden und andere Dinge hat. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich damals für das Biologiestudium nach Bremen gezogen bin, in eine Stadt, in der ich vorher noch nicht war, habe ich immer gedacht – und das geht nicht nur mir so, sondern vielen anderen auch, die eher aus dem Süden der Republik kommen –, ach ja, das ist ja toll, eine maritime Hansestadt so nah am Meer, und dann stellt man fest, so nah am Meer ist es eben doch nicht. Dennoch sind Bremen und erst recht Bremerhaven ganz eng mit der Seefahrt, der Fischerei und dem Meer verbunden.

Inzwischen lebe ich in Vegesack und kann sagen, wir sind stolz, dass wir dort den ersten europäischen Binnenhafen haben und auf eine jahrhundertalte Fischerei, sowohl den Walfang – und da sind wir, glaube ich, alle froh, dass wir heutzutage zumindest mehrheitlich in Europa keinen Walfang betreiben – als auch die Heringsfischerei betreffend, zurückblicken. Das zeigt auch schon eines: Meere sind die Grundlage für Leben, und ohne Meer kein Leben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist eine einfache Formel, die wir uns immer vor Augen halten sollten. Die Meere sind groß. 71 Prozent der Erdoberfläche ist mit Meeren bedeckt. Gerade jetzt entdeckt die Menschheit überhaupt erst einmal die biologische Vielfalt der offenen Ozeane und die Schätze der Tiefsee. Wir verstehen bisher nur einen Bruchteil des Ökosystems Meer, und daher ist es gut, dass wir im Land Bremen Forschungseinrichtungen wie das Alfred-Wegener-Institut, das MARUM oder auch das Zentrum für Marine Tropenökologie haben, denn Wissen sollte die Grundlage für unser Handeln sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allein das Wattenmeer ist ein weltweit beispielloser und artenreicher Lebensraum. Die meisten von uns kennen natürlich die Scholle, die Miesmuschel, den Wattwurm und den Seehund, aber insgesamt leben allein im Wattenmeer 4 800 Arten, und dazu kommen etwa 10 Millionen Vögel, die hier brüten und rasten.

Da die Meere unsere Lebensgrundlage sind, brauchen sie unseren Schutz, denn die Vielfalt des Öko-

systems Meer ist auch vielfältig in Gefahr, und wenn wir diese Grundlage gefährden, dann gefährden wir uns selbst am Ende der Nahrungskette auch.

Schon jetzt wird deutlich, dass die Lebensgemeinschaften der Kaltwasserkorallenriffe, Schwarze Raucher, Schwammbänke und Seeberge sowie die Tiefseefische, aber auch der Krill in der Arktis selbst einer massiven Bedrohung ausgesetzt sind. Die Meere werden überfischt, der Abbau von Erdöl, immer mehr Schifffahrt, die Energiewirtschaft und auch zum Teil der Tourismus machen dem Ökosystem Meer und den Küsten nicht nur bei uns, sondern weltweit zu schaffen. Dazu kommt der Eintrag von Giftstoffen wie Dioxine, Schwermetalle, hormonell wirksame Substanzen, Arzneimittel, Kunststoffabfälle und Öl, der längst nicht gestoppt ist. Auf Überdüngung folgen Algenteppiche und damit eine Reduzierung des Lichts und des Sauerstoffs. Der Klimawandel führt zu einer Übersäuerung des Meeres, zur Freisetzung von klimaschädlichen Methanvorkommen, es ist in dem Fall ein Teufelskreis.

Die bestandsbedrohende Befischung mit zerstörerischen Geräten wie Grundschieppnetzen, unkontrollierte Forschung, zum Beispiel auch von CCS, der Kohlendioxidspeicherung, und die Öl- und Gasgewinnung gefährden komplexe Ökosysteme, deren Gesundheit für den Erhalt ertragreicher Fischbestände sorgt. Der Schutz vor allem der Tiefsee ist somit nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern allein schon ökonomisch ohne Alternative.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der im Rahmen der Verabschiedung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie durchgeführten Anfangsbewertung der deutschen Nordsee im Jahr 2011, wurde festgestellt, dass die Nordsee derzeit in keinem der geprüften Bereiche den guten ökologischen Zustand aufweist, der bis zum Jahr 2020 erreicht werden soll. Die Einhaltung der europäischen Wasserrichtlinie ist ein Muss, denn alles, was sich im Grundwasser befindet und in die Flüsse eingeleitet wird, ob es Nitrat oder auch – –.

Herr Bödeker, Sie hatten gerade darauf hingewiesen, in der Weser kann man wieder baden, ja, aber auch das ist nicht selbstverständlich, denn wenn K+S durch den Kalibergbau Laugen und Abwässer wieder in die Werra und damit in die Weser einleitet, dann ist auch hier der Zustand wieder gefährdet. Das wollen wir verhindern, deswegen freue ich mich auch, dass wir uns damals hier in der Bürgerschaft parteiübergreifend dagegen ausgesprochen haben.

Eine stetig wachsende Gefährdung des Ökosystems Nordsee stellt auch die hohe Verschmutzung durch Mülleintrag dar, darauf wurde schon eingegangen. Jährlich werden rund 20 000 Tonnen Abfall in die Nordsee eingetragen, was dazu führt, dass sich bereits etwa 600 000 Kubikmeter Müll am Meeresgrund abgelagert haben. Der Eintrag von Abfällen

(C)

(D)

- (A) – insbesondere der problematischen Kunststoffe, der Mikroplastik, aber auch der Paraffine – in die Nordsee erfolgt landseitig vor allem durch Einträge in Flüsse und seeseitig unter anderem durch den Schiffsverkehr, die Fischerei, durch Bohrinseln oder andere Offshoreanlagen.

Zur Vermeidung des landseitigen Eintrags von Abfällen in die Nordsee trägt ein gutes Abfallmanagement an Land bei, das ist ganz klar, aber dazu gehören auch die Hafengebühren und die darin enthaltenen Entsorgungsgebühren. Ich bin dafür, sich europaweit, aber auch weltweit dafür einzusetzen, dass die Entsorgung von Müll nicht extra noch einmal als Gebühr ausgewiesen wird, sondern automatisch in den Hafengebühren enthalten ist.

(Glocke)

Wir brauchen europaweite, aber auch weltweite einheitliche Umwelt- und Fischereistandards. Wir müssen darüber nachdenken, dass das, was an Land gilt – nämlich Eingriffsregelungen und Kompensationsmaßnahmen – auch in maritimen Systemen etabliert wird. Dort, wo zum Beispiel in der Tiefsee Claims abgesteckt werden, um Rohstoffe abzubauen, muss zugleich ein Schutzgebiet ausgewiesen werden.

- (B) Wir haben in der Vergangenheit sehr viel Positives erreicht, Herr Kuhn ist darauf eingegangen, zum Beispiel das Verklappungsverbot von Dünnsäure oder auch das Verbot von TBT in Antifoulinganstrichen. Gerade am Beispiel von TBT sieht man aber, selbst zehn Jahre nach dem Verbot haben wir immer noch sehr hohe Konzentrationen im Hafenschlick. Ein Ökosystem zu zerstören geht nämlich ziemlich schnell, es zu regenerieren dauert sehr lange.

Daher, meine Damen und Herren, ist es gut, dass der Senat sich in vielfältiger Weise sowohl im Umweltschutz in den Häfen als auch im Küstenmanagement und bei den internationalen Bestrebungen zum Meeresschutz engagiert. Das begrüßen wir ausdrücklich und wollen es auch weiter fördern. Ich glaube in der Tat, wir müssen darüber nachdenken, wie wir auch in Bremen den Plastiktütenverbrauch minimieren können und ob wir nicht eine vierte Stufe bei der Reinigung von Abwässern brauchen, um Arzneimittel herauszufiltern et cetera. Wir können hier in Bremen auch einiges leisten.

Wirtschaftliche Interessen sind kein Gegensatz zum Umweltschutz. Sie müssen zwangsläufig und überlebensnotwendig gemeinsam gedacht werden, und so muss auch gehandelt werden. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abg. **Gottschalk** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein paar Worte noch zu einem Thema, das hier schon angeklungen ist, nämlich dem Plastikmüll im Meer! Herr Bödeker hat eine Zahl genannt: 6 Millionen Tonnen Plastikmüll gelangen die ins Meer, und man muss dazu sagen, das ist die Jahresmenge! Das, was mittlerweile an Plastikteilen in den Ozeanen schwimmt, wird auf eine Größenordnung von 100 bis 140 Millionen Tonnen geschätzt. Im Pazifischen Ozean hat sich ein riesiger, aus Müll bestehender zusammenhängender Teppich gebildet, der so groß ist wie Indien und mittlerweile schon vom Weltall aus zu sehen ist und über den man sagt, es habe sich ein siebter Kontinent gebildet.

Dieser Müll ist natürlich eine tödliche Bedrohung für die Meeresbewohner, für Fische, Seevögel und auch Säugetiere. Untersuchungen an den Eisvögeln, die sich im Wesentlichen auf hoher See ernähren, haben zu dem Ergebnis geführt, dass sie in rund 90 Prozent der Fälle im Durchschnitt 27 Plastikteile im Magen hatten.

(Präsident **W e b e r** übernimmt wieder den Vorsitz.)

In Schottland ist vor einigen Jahren ein toter Zwergwal gestrandet. Man hat ihn aufgeschnitten, und in seinem Bauch waren 800 Kilogramm Plastikmüll. Diese Zustände können wir natürlich nur zum Teil sehen, aber wir wissen, der Kollege Rupp hat es auch angedeutet, dass viele dieser Mikropartikel, die in den Kreislauf gelangen, letztendlich auch in unseren Nahrungsketten wiederzufinden sind.

Wir stehen natürlich vor der Frage, was man in diesem Bereich machen kann. Ich glaube, dass unsere Möglichkeiten hier in Bremen in dieser Hinsicht nur begrenzt sind, wenn man das Ausmaß gerade im südlichen Bereich der Weltmeere sieht. Trotzdem ist mir ein Punkt wichtig: In der Antwort auf die Große Anfrage und auch in der Antwort von Herrn Rupp ist durchgeklungen, dass das Problem des Plastikmülls in den Weltmeeren eigentlich immer mit Plastiktüten in Verbindung gebracht wird. Die Plastiktüten sind durchaus auch ein Problem, aber wenn man Experten in diesem Bereich fragt, dann sind sie eigentlich ein paar kleine Hügel im Vergleich zu dem Gebirge von Plastikmüll insgesamt.

Wenn wir unsere Situation hier in Bremen anschauen, dann sind von den Zahlen her die Plastiktüten hier für uns eigentlich nicht mehr das Problem.

(Abg. Frau **D r . S c h a e f e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein Blick in das Vegesacker Hafenbecken zeigt etwas anderes!)

Sie sind nicht ganz problemlos, aber sie sind nicht das hauptsächliche Problem, denn der größte Teil davon verschwindet im Restmüll oder im gelben Sack, sofern er benutzt wurde, aber der restliche Müll bleibt natürlich auch.

(C)

(D)

(A) Wenn wir uns fragen, was wir hier auf Bremer Ebene wirklich machen können, dann ist die erste Herausforderung, daran zu denken, dass 80 Prozent dieses Plastikmülls von der Landseite in die Meere gelangen. Wir müssen vor allen Dingen hier das Netz haben, damit der Müll erst gar nicht in die Meere gelangt. Die erste Anforderung ist, dass man eine funktionierende Müllabfuhr hat, die diese Plastikteile auch wirklich zu einem hohen Maß erfasst. Deshalb sind wir da auch, glaube ich, auf dem richtigen Weg, die Frage des Plastik in unserem abfallwirtschaftlichen Konzept noch einmal höher anzusiedeln.

Es gibt aber auch eine zweite Herausforderung. Es wird in diesem Bericht zu Recht auf die Maßnahme „Bremen räumt auf“ hingewiesen, durch die gerade im wesernahen Bereich auch jahreszeitlich noch einmal die ganzen Müllteile aufgesammelt werden. Das kann man natürlich nicht über das ganze Jahr hinweg machen, aber umso wichtiger ist es auch in diesem Bereich, dass vor allem auch die Stadtreinigung funktioniert, dass der Müll in Wesernähe durch die Stadtreinigung über das Jahr hinweg auch erfasst und entsorgt wird, denn viel Müll gelangt vom Ufer aus mit dem Wind in die Weser und von da aus dann in Richtung Nordsee.

(Glocke)

(B) Das alles macht natürlich Maßnahmen wie „Bremen räumt auf“ nicht überflüssig. Ich glaube, dahinter steht vor allen Dingen auch die Tatsache, dass noch mehr Bewusstsein gebildet werden muss,

(Beifall bei der SPD)

ein Bewusstsein, dass wir alle dafür zuständig sind, diese Meere vor dem Plastikmüll zu schützen. Diese Aufgabe fängt gewissermaßen vor Ort am Osterdeich an, und wir sind alle gefordert. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Die Prüfung der Landstromversorgung von Seeschiffen führte zu dem Ergebnis, dass die landseitige Stromversorgung von Seeschiffen in den bremischen Häfen keine prioritäre Maßnahmen ist.“ Als einer der Gründe lässt sich anführen, dass sich die Kosten für die Versorgungsinfrastruktur nicht aus den „Einnahmen für die Stromversorgung refinanzieren lassen. Für mich heißt das übersetzt – ich zitierte aus der Antwort auf die Große Anfrage –: Aus wirtschaftlichen Gründen wird eine sinnvolle Umweltschutzmaßnahme nicht durchgeführt. Ich finde das falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Ich wollte aber noch einmal auf einen meines Erachtens vergleichsweise auch wichtigen Punkt in der Anfrage eingehen, der zumindest auch der Erwähnung bedarf: Nicht nur Plastikmüll oder Nitrate aus der Landwirtschaft werden in die Meere gespült, der Bericht barg auch beunruhigende Zahlen über die Verklappung von konventioneller Munition und chemischen Kampfstoffen. Nach bisherigen Erkenntnissen handelt es sich um 1,3 Millionen Tonnen konventioneller Munition und 90 Tonnen chemischer Kampfstoffmunition.

Die Wahrscheinlichkeit, dass konventionelle Munition noch einmal in irgendeiner Weise detoniert – es sei denn es handelt sich um Seeminen –, ist vergleichsweise gering. Was mir Sorgen bereitet, sind in der Tat die 90 Tonnen chemische Kampfstoffe, die per se ohne, dass man sie zünden oder irgendetwas mit ihnen anstellen muss, allein dadurch gefährlich sind, dass man sie freisetzt. Wenn diese Kampfstoffe nach dem Zweiten Weltkrieg oder später abgeworfen wurden, müssen wir damit rechnen, dass die Behälter irgendwann durchrosten und ihren Inhalt nicht mehr halten. Selbst wenn in der Antwort auf die Anfrage steht, dass die Ostsee nicht unsere Angelegenheit sei und wir dafür nicht zuständig seien –

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Da ist es schön!)

(D)

natürlich, Herr Dr. Güldner, ist es schön an der Ostsee, und vielleicht kann das auch so bleiben –, dass es gerade in Bremen vielleicht eine Initiative wert ist, darüber nachzudenken, ob man diese Kampfstoffe nicht wieder bergen müsste. Das wurde uns oft genug gesagt, denn wir haben erstens die meeres-technischen Institute, zweitens eine Universität und drittens Firmen, die sich mit der Unterwassertechnologie befassen. Es birgt natürlich die Gefahr, dass man die Behälter beim Bergen zerstören kann, das weiß ich. Es ist eine gefährliche Aufgabe.

(Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]:
Manchmal ist es nicht genug!)

Trotzdem kann aber vielleicht der Beitrag Bremens, der bremischen Firmen und der Wissenschaft dazu beitragen, die Möglichkeiten zu verbessern, gegebenenfalls solche Kampfstoffe zu bergen, beispielsweise mit Unterwasserrobotern und ähnlichen Dingen.

Ich fand die Aussage, das sei die Ostsee und gehe uns nichts an, angesichts unserer Kompetenzen dann doch ein bisschen zu kurz gegriffen. Das gilt im Übrigen auch für die Frage des Plastikmülls. Ich glaube, es macht einen Unterschied, wenn dieses Haus, die Bürgermeisterin und der Bürgermeister und die führenden Mitglieder dieser Parteien sagen, dass man etwas gegen diesen Plastikmüll unternehmen

(A) muss und beispielsweise öffentlich die Werbung und ähnliche Dinge deutlicher darin unterstützen, und wir uns auch selbst nach außen hin für dieses Problem einsetzen. Vielleicht können auch unsere Wissenschaft und unsere Forschung dafür sorgen, dass es recyclebare und schneller zersetzbare Kunststoffe gibt, so wie es der NABU fordert.

Das sind unsere Optionen. Ich möchte noch einmal dazu anregen, darüber nachzudenken, weil ich glaube, dass wir noch nicht an dem Punkt angelangt sind, an dem wir sagen könnten, dass es das jetzt war und Bremen mehr nicht tun kann. Ich jedenfalls bin noch nicht vollständig zufrieden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Zu einer Kurzintervention hat das Wort der Abgeordnete Willmann.

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Landstrom hat mich dann doch gereizt, dazu noch kurz etwas zu sagen. Ich glaube, dass die Antwort des Senats an dieser Stelle richtig ist und uns aus der langen Diskussion zu einer anderen Debatte führen sollte.

(B) Schiffe verbringen 95 Prozent ihrer Betriebsdauer auf See, und wer die Verantwortung für einen Schadstoffarmen Ausstoß über Landstrom ausschließlich an die Häfen abgibt, der macht einen sehr großen Fehler. Ich glaube, dass an dieser Stelle ein anderes Denken richtig und sinnvoll wäre zum Beispiel darüber, dass Schiffe ihren Antrieb ökologischer gestalten, oder Motorenhersteller ihre Diesel an Land laufen lassen können, weil sie den Strom einspeisen können und dafür eine Rückvergütung oder einen Abschlag auf die Hafengebühr bekommen. Nur dann werden Schiffs- und Motorenhersteller die Verantwortung nicht mehr in die Debatte um den Landstrom verlegen können. Das ist übrigens auch in Hamburg das Problem, und weil Landstrom die schlechteste Lösung ist, regelt AIDA das über die LLG, um ihre Motoren weiterlaufen lassen zu können. Die Hersteller von Schiffen, die eingekauft werden, verschieben diese Debatte auf die Häfen, aber die Häfen können am wenigsten dafür, es sind die Hersteller, die man über Maßnahmen zwingen und denen man Anreize schaffen muss. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch zwei kurze Anmerkungen, die mir außerordentlich wichtig sind. Herr Gottschalk, bezüglich der Verschmutzung der Meere insgesamt, ist das global betrachtet, ja genau richtig. Deswegen lautete meine Anmerkung, dass es auch nur

international gelöst werden kann. Jetzt zu sagen, Bremen könne da nichts ausrichten, halte ich für falsch. Stattdessen sollten wir dort, wo wir auftreten, dafür kämpfen, dass wir eine internationale Lösung für das Problem finden.

Zu Herrn Willmann bezüglich des Landstroms: Warum schließen wir jetzt schon wieder irgendwelche Möglichkeiten aus? Das ist insbesondere eine Bremerhavener Angewohnheit, immer gleich zu wissen, warum etwas nicht geht.

(Abg. Frau **Bösch** [SPD]: Ach, Herr Bödeker!)

Das ist leider so, man kämpft in Bremerhaven sehr oft schon erst einmal dagegen an, etwas überhaupt prüfen zu können. Wenn wir dann am Ende feststellen, dass es nicht funktioniert, dann ist das eben so. Aber das ist hier ja eben nicht der Fall. Wir könnten es prüfen, wenn Sie sich einmal informieren würden, Herr Willmann, wie das in Hamburg versucht wird und wie man es dort umsetzen will.

Gerade wir, als Bremerhavener haben die Schiffe quasi mitten in der Stadt. Das bedeutet, die Empfindlichkeit der Bevölkerung ist natürlich viel größer, und das ist auch berechtigt. Deswegen müssen wir doch alle Maßnahmen zur Verbesserung, Prüfung und Umsetzung versuchen, bevor plötzlich ein Gegeneinander von Wirtschaft und Häfen gegen die Bevölkerung entsteht, das wäre doch unsinnig. Jeder vernünftige Mensch würde doch alle Optionen einer Prüfung unterziehen. Wenn ich sehe, dass andere etwas umsetzen, kann man doch auch einmal über den Tellerrand schauen, und abchecken, ob es möglich ist. Die Hamburger machen es uns doch vor.

(Abg. **Dr. Kuhn** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann man so nicht sagen!)

Worauf ich noch einmal eingehen möchte, ist die Frage der Fischerei, die für Bremerhaven natürlich auch ein wesentlicher und wichtiger Aspekt ist. Daran kann man sehen, wie schwierig in diesem Bereich Politik ist und wie schwer wir uns damit tun. Wie viele Jahre reden wir schon über die Überfischung,

(Abg. **Dr. Kuhn** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir erst einmal, Herr Bödeker!)

wie viele Jahre beschließen wir Quoten, um den Bestand der Fische für nachfolgende Generationen zu schützen, und trotzdem existiert das Problem der Überfischung immer noch. Mein Appell an alle lautet deswegen, dass wir in diesem Bereich als Bremer geschlossen auftreten

(Abg. **Dr. Kuhn** [Bündnis 90/Die Grünen]: Sehr gut!)

(C)

(D)

(A) und versuchen, unseren Einfluss in Deutschland, in Europa und auch über die Europäische Union hinaus weiter voranzutreiben, weil wir die Probleme nicht allein lösen können. Wenn die Probleme nicht gelöst werden, dann gibt es auch für unser Bundesland richtig Schwierigkeiten. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für diese engagierte Debatte! Sowohl der maritime Aktionsplan, den der Senat vor einigen Jahren vorgelegt hat, als auch der Schwerpunkt, den wir in den letzten Jahren auf das Thema Meere gesetzt haben, gipfelte im vergangenen Jahr darin, dass der European Maritime Day in Bremen stattgefunden hat, aber nicht nur das, sondern auch das erste Mal mit einem großen Publikumstag vorweg begleitet wurde, womit wir zum Ausdruck bringen wollten, was es an exzellenter Expertise in Bremen gibt.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, aber ich finde, man kann es nicht oft genug erwähnen, was sich im Bereich der Meereswissenschaften, der Meeresforschung in Bremen und Bremerhaven findet, sucht seinesgleichen in Europa und der Welt. Insofern sind das alles Themen, die man, wenn wir über den Schutz der Meere, aber auch, und das ist in der Debatte ebenfalls deutlich geworden, über die weitere wirtschaftliche Nutzung der Meere sprechen, mit in Betracht ziehen muss.

(B) Zu der langen Geschichte, die wir in Bremen im Zusammenhang mit den Meeren haben, gehören neben den positiven, beschriebenen, manchmal auch negative Entwicklungen zum Beispiel, wenn es um die wirtschaftliche Nutzung ging. Doch wir sind fest davon überzeugt, dass dieses Zusammenspiel in der Wirtschafts- und Hafenspolitik zwischen ökonomischen Aspekten, Meeresschutz und Nachhaltigkeit – das was heute neudeutsch unter Nachhaltigkeit zusammengefasst wird – für unsere Wirtschaft insgesamt Vorteile bietet.

Ich möchte insbesondere das, was Herr Willmann von den Grünen in seiner Kurzintervention zum Thema Landstrom eindrucksvoll erklärt hat, dafür anführen. Das Potenzial, das es bedeutet, andere Antriebe für Schiffe zu entwickeln, ist gerade für die Hochtechnologieerften in Deutschland und die Hochtechnologieunternehmen in Europa enorm. Insofern liegt darin eine große Chance für uns.

Wenn wir uns anschauen, Frau Kollegin Dr. Schaefer ist darauf eingegangen, dass wir bisher wesentlich weniger über das Meer als – und das sage ich als Wirtschaftssenator immer ganz gern – beispielsweise über den Weltraum wissen, müssen wir uns überlegen, welchen Technologietransfer wir schaffen könnten,

um mit den gleichen robotischen Technologien, mit denen wir Weltraumabfall einsammeln können, beispielsweise bei Ölbohrunfällen oder Ölplattformunfällen – wie beispielsweise bei der Havarie der Deepwater Horizon – wesentlich schneller die Bruchstellen kappen und verschließen zu können, um so die Verschmutzung zu vermeiden.

(C)

Insofern sind das technologische Möglichkeiten, die wir haben und nach meiner festen Überzeugung insbesondere nutzen müssen, um die Meere zu schützen und Schäden zu vermeiden. Deswegen setzen wir auf diesen ganzheitlichen Ansatz. Wir setzen darauf, weil vollkommen klar ist, dass wir mit unseren Häfen ein hohes Interesse daran haben, dass es weiter viel Schifffahrt auf den Weltmeeren gibt. Einerseits ist es natürlich ein sehr ökologisches Transportmittel, andererseits ist auf die negativen Folgen ebenfalls hingewiesen worden. Die wirksamste Möglichkeit, die Verschmutzung der Meere mit Müll zu verhindern, ist immer noch Müllvermeidung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Bödeker nickt. Ich habe mich in ganz besonderer Weise darüber gefreut, dass auch Sie darauf hingewiesen haben, weil man wegen der einen oder anderen Rede, die von Ihnen oder Ihren Kollegen hier im Haus gehalten wird, das Gefühl bekommen kann, dass es für Sie nicht immer die größte Rolle spielt, an den Ursachen anzusetzen, dort, wo es angefangen hat. Insofern ist auch das von herausragender Bedeutung.

(D)

Deswegen kommt es natürlich darauf an zu überlegen, wie wir weitere Verschmutzung der Meere vermeiden können. Dazu gehören durchaus auch Konsumgewohnheiten, das ist in unterschiedlichen Reden zum Ausdruck gekommen. Dazu gehört übrigens auch, dass es natürlich einfach ist, Menschen zu sagen, esst weniger Fleisch, esst doch mehr Fisch! Bei einer wachsenden Weltbevölkerung muss man sich dann aber natürlich auch mit der Frage beschäftigen – wenn man davon ausgeht, dass man ihnen auch wenigstens in Ansätzen einen ähnlichen Lebensstandard gewähren will, wie es in diesen Ländern hier der Fall ist –, wo denn die Nahrungsmittel herkommen sollen und unter welchen Bedingungen sie produziert werden. Dann sind wir natürlich wieder bei der Frage, wie wir Bedingungen schaffen, die nicht dazu führen, dass am Ende die Shrimps in Asien mit Antibiotika getränkt werden, weil sie günstig produziert werden müssen, damit sie dann die Verbraucherinnen und Verbraucher zufriedenstellen können.

Das zeigt, wie eng diese Fragestellungen miteinander zusammenhängen und auch, dass wir in Bremen insgesamt gut aufgestellt sind, weil wir nicht nur exzellente Institute haben und nicht nur ressortübergreifend die Meerespolitik zu einem Schwerpunkt gemacht haben, sondern weil wir ressortübergreifend auch darauf geschaut haben,

(A) wie wir die unterschiedlichsten Aspekte zusammenbringen können.

(Abg. S a f f e [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Wir haben bei der Frage der Erzeugung von Energie auf dem Meer eine ähnliche Situation. Es ist einerseits ein Eingriff, aber wenn Sie mit dem Vorstand vom Alfred-Wegener-Institut sprechen, wo betrachtet wurde, welche Auswirkungen Windenergieanlagen auf See beispielsweise für Fischschwärme haben: Es wurde untersucht, warum Fischschwärme auf einmal verschwinden, denn sie sind ja nicht weg. Sie sammeln sich um die Offshore-Windanlagen, weil sie wie ein künstliches Riff wirken. Es können sich also daraus wiederum durchaus auch Möglichkeiten für den Schutz von Fischpopulationen ergeben. Das zeigt, welches Know-how und welche Potenziale wir in Bremen und Bremerhaven haben, und deswegen müssen wir sie auch weiter in starker Form nutzen.

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Saffe? – Bitte!

Abg. Saffe (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich Sie soeben richtig verstanden? Eine wachsende Bevölkerung braucht mehr Nahrung, also eine zukunftsfähige Ernährungsstrategie. Sie haben von Fleisch und Fisch geredet. Stimmen Sie mir zu, dass wir es bei unserem Fleischkonsum nicht schaffen?

(B) (Senator G ü n t h n e r: Bin ich ganz Ihrer Meinung!)

Also stimmen Sie mir zu, wir schaffen es nicht so, sondern müssen vielleicht den Fleischkonsum reduzieren? Ich weiß, dass ich damit vielleicht nerven könnte.

Senator Günthner: Wenn Sie mir aufmerksam zugehört haben, haben Sie gemerkt, dass ich das Beispiel mit dem Fleisch genutzt habe, um darauf hinzuweisen, dass dann gern mit Fisch substituiert wird. Dann muss man sich aber natürlich auch die Frage stellen, wenn man diesen überbordenden Fleischkonsum, den Sie ja richtigerweise beschreiben, mit Fisch substituieren will, ob es dann möglicherweise auch noch zu diesen erbärmlichen Kampfpreisen kommt, denn dann hat es natürlich genauso gravierende Auswirkungen auf die Umwelt wie der Fleischkonsum.

(Abg. S a f f e [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Fisch wird es auch nicht gehen, glaube ich!)

Präsident Weber: Bitte keine Unterhaltung! Die Frage ist beantwortet.

Senator Günthner: Nein, wir sind dort sozusagen ganz beieinander.

(Abg. Frau D r. S c h a e f e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank!)

Genau deswegen kommt es darauf an, dass wir das, was wir an Möglichkeiten gerade in den beschriebenen Forschungseinrichtungen haben, im Bereich nachhaltiger Produktion aquatischer Lebensmittel dann miteinander nutzen können.

Insofern sehen Sie, es ist wieder einmal eine gute Gelegenheit gewesen, um über die Themen Meerpolitik und Meeresstrategie zu sprechen. Es ist in Bremen in all unseren Herzen, und insofern treiben wir es mit Nachdruck über alle Themengebiete und Fachgebiete, die wir haben, voran. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 18/1663, auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Suchtprävention von Menschen mit geistigen Behinderungen verbessern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Oktober 2014
(Drucksache 18/1593)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hat mich nicht sonderlich verwundert, dass eine Untersuchung der Diakonischen Stiftung Wittekindshof, Westfalen-Lippe, herausgefunden hat, dass das Suchtverhalten von Menschen mit einer geistigen Behinderung dem der übrigen Bevölkerung mindestens entspricht. Wir, die CDU-Fraktion, hatten im Frühjahr zu diesem Thema eine Kleine Anfrage eingebracht, um herauszufinden, welche Angebote Bremen diesen Menschen zur Suchtprävention macht.

In der Antwort hat uns der Senat unter anderem Zahlen dazu genannt, wie viele Menschen mit einer geistigen Behinderung statistisch gesehen allein in Bremen von einer Alkoholsucht betroffen sein könnten. Demnach sind allein circa 80 Menschen bereits alkoholabhängig, und mindestens 125 Menschen mit einer geistigen Behinderung werden zusätzlich als alkoholsuchtgefährdet eingestuft. Alle anderen möglichen Süchte sind dort überhaupt noch nicht berücksichtigt.

In der Antwort des Senats wird zudem wunderbar deutlich, dass es im Land Bremen im Bereich der Suchtprävention und Beratung für diese Gruppe noch

(C)

(D)

(A) erhebliche Defizite gibt. So stellt der Senat zum Beispiel selbst fest, dass ressortübergreifend fachliche Leitlinien entwickelt werden müssten. Damit es aber nicht nur bei solchen Feststellungen bleibt, haben wir den heute vorliegenden Antrag eingebracht. Wir fordern die Bürgerschaft darin folgerichtig auf zu beschließen, dass ihr ein zwischen den Ressorts Soziales, Gesundheit und Bildung abgestimmtes Konzept zur Suchtprävention und -beratung für Menschen mit geistigen Behinderungen vorgelegt wird.

Wir haben in unserem Antrag verschiedene Punkte aufgelistet, die in diesem Konzept besondere Berücksichtigung finden sollten. All diese Punkte wurden auch in der Senatsantwort als noch zu erarbeitende Zeile genannt. Zum Beispiel sollten Leitlinien für die Suchtprävention und Beratung im ambulanten Wohnen entwickelt, es sollten angemessene therapeutische Angebote geschaffen, die Zusammenarbeit zwischen Trägern der Suchthilfe und den Wohn- und Beratungseinrichtungen intensiviert werden, und das Thema Suchtprävention sollte auch bei der Schaffung eines medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Behinderungen Berücksichtigung finden.

Mir ist ausgesprochen wichtig, dass der Senat in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage nicht nur einen Mangel beschreibt, sondern ihn auch zu beheben bereit ist. Menschen mit einer geistigen Behinderung werden unsere Anfragen normalerweise nicht lesen, das können sie übrigens auch nicht, weil es immer noch keine Übersetzungen von Initiativen in leichte Sprache gibt, obwohl die CDU-Fraktion schon vor langer Zeit dazu einen entsprechenden Antrag eingebracht hat. Hier sind also wir Politiker gefordert, die Belange dieser Gruppe im Blick zu behalten und uns für sie einzusetzen.

(B) Die betroffenen Menschen brauchen passgenaue Beratung wie alle anderen Menschen auch. Sie haben durch ihre Lernschwierigkeiten allerdings oft große Probleme, die Auswirkungen einer Sucht überhaupt zu erfassen. Oft ist auch ihre Verweigerungsfähigkeit noch schwächer als bei anderen Menschen ausgeprägt, und sie lassen sich schnell beeinflussen. Hier gezielt anzusetzen, ist den bisherigen Anbietern von Suchtberatung ohne besondere Schulung oftmals gar nicht möglich, denn die Methoden der allgemein angebotenen Suchtberatung sind nur sehr begrenzt auf Menschen mit einer geistigen Behinderung übertragbar. Auch den Mitarbeitern in der Behindertenhilfe fehlt es vielfach an suchtspezifischen Kenntnissen.

Da es aber unter anderem ein erklärtes Ziel des Bremer Senats ist, auch Menschen mit einer geistigen Behinderung ein möglichst selbstständiges Leben mit möglichst wenig Betreuung in einer eigenen Wohnung zu ermöglichen, müssen wir sie auch in jeder Hinsicht dazu befähigen und ganz besonders in Suchtfragen angemessen begleiten.

Unseren Auftrag heute maßgeblich mit dem Verweis auf die anvisierte Gründung eines medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Behinderungen abzulehnen, halte ich deshalb für falsch.

Sicherlich können dort in diesem Zentrum auch Kapazitäten für die Suchtprävention und -beratung geschaffen werden, aber Leitlinien für den Umgang mit Suchtfragen, zum Beispiel im ambulanten Wohnen, wird es dadurch ganz bestimmt nicht geben. Auch die Mitarbeiter der Behindertenhilfe, die ja immer im direkten Kontakt mit den Betroffenen stehen, werden durch so ein Zentrum nicht automatisch schlauer. Schade, dass Sie die vom Senat selbst benannten kritischen Punkte relativ wenig ernst nehmen und unseren Antrag ablehnen wollen! – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schmidtke.

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Grönert, ich bewundere ich hellseherischen Fähigkeiten! Wir lehnen nicht das Zentrum für Erwachsene ab, sondern das entspricht unserem gemeinsamen koalitionären Antrag!

(Abg. Frau Grönert [CDU]: Nein, unserem Antrag!)

Ja, wir werden einen Teufel tun, wollte ich gerade sagen! Die leichte Sprache ist eine richtige Forderung von Ihnen, ich bedauere, dass wir beide dieser Forderung, die wir eigentlich haben, heute nicht nachkommen.

Die CDU-Fraktion fordert in ihrem vorliegenden Antrag den Senat auf, bis zum 1. April 2015 ein zwischen den Ressorts Soziales, Gesundheit und Bildung abgestimmtes Konzept zur Suchtprävention und -beratung für Menschen mit geistigen Behinderungen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Im zweiten Punkt beschreibt die CDU – das hat Frau Grönert auch schon vorgetragen – die Aspekte, die in diesem Konzept berücksichtigt werden sollen. Eigentlich kann man nur für diesen Antrag stimmen, denn die Forderungen sind sinnvoll, sogar zwingend.

Weil das so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, hat die rot-grüne Koalition am 20. März 2014 bereits den Antrag „Die Versorgungssituation von seelisch Verletzten und psychisch kranken Menschen mit geistiger Behinderung verbessern!“ eingereicht. In diesem Antrag forderten wir den gesamten Senat auf – also nicht nur drei Ressorts, sondern wirklich alle –, einen Bericht zur Situation von „geistig behinderten Menschen mit psychischen Störungen“ im Lande Bremen zu erstellen, aus dem auch hervorgehen sollte, wie groß der im derzeitigen System unterversorgte Personenkreis ist beziehungsweise welche Hilfen konkret benötigt werden, „in diesen Bericht unter anderem Verbesserungsvorschläge für das Behandlungsangebot von Menschen mit geistigen Behinderungen und psychischen Störungen aufzunehmen und Anforderungen an die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung“ zu formulieren. Konzept nannten Sie es.

(C)

(D)

(A) Weiter forderten wir in diesem Antrag, „in Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärztekammer und der Psychotherapeutenkammer einzutreten mit dem Ziel, auch das Behandlungsangebot für geistig Behinderte durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sowie Psychologinnen und Psychologen zu verbessern“. Darüber hinaus wiesen wir in unserem Antrag darauf hin, dass die bisherige Praxis, in nur wenigen begründeten Ausnahmefällen auch für über 18-jährige Menschen mit geistiger Behinderung weiterhin im Sozialpädiatrischen Institut, SPI, oder Kinderzentrum eine Behandlung zuzulassen, keine Lösung darstellt, sondern wir fordern bundesweit – zunächst beginnend in Bremen –, wie es für Kinder und Jugendliche das SPI gibt, auch ein medizinisches Zentrum für Erwachsene mit Behinderungen einzurichten.

Diesen rot-grünen Antrag beschlossen wir alle einstimmig und machten ihn so zu einem gemeinsamen, sehr umfassenden Beschluss der Bürgerschaft, in den sich Ihr heutiger Antrag wunderbar einbettet und sich in einer Reihe anderer notwendiger und sinnvoller Forderungen wiederfindet.

Der erbetene Bericht liegt inzwischen vor. Er umfasst 62 Seiten, und ich finde ihn sehr zufriedenstellend.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Er geht nicht nur auf die Ziele unseres gemeinsamen Beschlusses ein, sondern er geht sogar darüber hinaus, er zeigt die Aktivitäten des Senats aufgrund unseres gemeinsamen Antrags und daraus resultierende notwendige Schritte zur Verbesserung der Situation der betroffenen Menschen auf.

Es wurde eine umfassende Erhebung bei Einrichtungen und Trägern, bei den Krankenkassen, den behandelnden Ärzten, den Therapeuten und bei den Kammern gemacht, die übereinstimmend zu dem Ergebnis kommt, dass es einen großen Handlungsbedarf bei der Behandlung psychisch verletzter und geistig behinderter Menschen gibt und dass die Bereitschaft groß ist, hier Verbesserungen herbeizuführen. Alle sehen diese Notwendigkeit der Verbesserung, alle, bis auf die Kassenärztliche Vereinigung. Diese fühlt sich leider wie Justitia und gibt sich auf beiden Augen blind. Dabei hat sie ihre Rolle verkannt: Die Kassenärztliche Vereinigung kann ihre Aufgaben nur dann verantwortlich erfüllen, wenn sie hinsieht, erkennt und handelt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Also bitte nehmen Sie die Augenbinde ab!

Der Senat hat in seiner Antwort auch aufgezeigt, welche Schritte in welcher Reihenfolge er plant, um

die Situation der betroffenen Menschen zu verbessern und ihren berechtigten Bedürfnissen nachzukommen. Das ist die beste Bestätigung, die wir alle als Parlamentarier für einen Antrag erwarten können. Für diese sehr umfassende Antwort mit all ihren Erkenntnissen danke ich dem Senat und wünsche uns allen: Ärmel hochkrepeln, Gas geben und einen Bericht nach einem Jahr wieder vorlegen!

Aus diesen genannten Gründen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, ergibt sich für uns die Ablehnung des Antrags, denn einen Beschluss zu einem Beschluss zu fassen, ergibt keinen Sinn! – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Dr. Kappert-Gonthier.

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonthier** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist sehr relevant, das haben auch die beiden Vorrednerinnen schon gesagt, in Bremen und Bremerhaven leben circa 3 000 geistig behinderte Menschen. Wir wissen, dass psychische Erkrankungen und Suchterkrankungen in dieser Bevölkerungsgruppe häufiger sind als in der Durchschnittsbevölkerung, und wir wissen auch – das geht unter anderem auch aus der Antwort des Senats hervor, die jetzt seit einigen Tagen vorliegt –, dass etwa nur ein Drittel dieser Menschen mit geistiger Behinderung seelischen Erkrankungen, wovon eben Suchterkrankungen ein Teil sind, adäquate Hilfe in unserem Bundesland findet. Das ist tatsächlich skandalös, und es darf so natürlich nicht bleiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Die Idee der CDU ist, jetzt noch einmal ein spezialisiertes Konzept für die Suchtprävention – also einen Anteil von seelischen Behinderungen – für diese nun ja auch schon spezielle Menschengruppe vorzulegen. Das ist für uns auch ein Grund – neben dem, was Frau Schmidtke schon ausgeführt hat, dass es eben dieses umfassende Konzept jetzt geben soll –, Ihrem Antrag nicht zustimmen zu können, weil wir die grundsätzliche Haltung haben, dass alle Menschen dann, wenn sie es brauchen, ein auf sie individuell zugeschnittenes psychiatrisch-psychotherapeutisches Behandlungsangebot bekommen müssen. Genau dafür setzen wir uns schon während der ganzen Legislaturperiode ein, aber wir meinen eben nicht, dass das bedeutet, für jede Patientengruppe wiederum ein kleinteiliges spezialisiertes Konzept zu benötigen.

Wir meinen auch, dass es nicht in jedem Fall sehr spezialisierte Angebote geben muss, sondern dass das Ziel sein muss, alle Menschen innerhalb der

(C)

(D)

(A) Regelversorgung zu behandeln, also Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen, Männer, Frauen, Menschen, die in Deutschland und woanders geboren worden sind, jeder muss genau das Angebot bekommen, das er oder sie benötigt.

Bei der Prävention ist es tatsächlich auch so, dass es manchmal so die Vorstellung gibt, es gäbe für bestimmte Personengruppen hochspezialisierte, präventive Möglichkeiten. Dem ist nicht so, sondern präventive Faktoren wirken generell auf alle Menschen sehr günstig, nämlich wenn wir ein Lebensumfeld haben, in dem man der werden kann, der man ist und dann auch sein darf, wer man ist.

Es kann in Ausnahmefällen einmal sinnvoll sein, auch Behandlungsangebote für spezielle Gruppen anzubieten. Deshalb sind wir auch der Auffassung, dass wir das Medizinische Zentrum für erwachsene Menschen mit Behinderungen einführen sollten, denn wenn diese Menschen, die als Kinder schon dort behandelt wurden, dann B dem 18. Lebensjahr plötzlich kein spezielles Angebot mehr bekommen, könnte das dann schon bedeuten, dass sie schlechter versorgt werden.

Wir haben aber immer die Forderung erhoben, dass dieses Zentrum, wenn auch wir es einführen möchten, mit der Regelversorgung verzahnt werden muss, sonst macht man nämlich einen Fehler. Wenn man davon ausgeht, dass diese Patientengruppe dort dann sehr gut versorgt wäre, dann würden alle anderen Ärzte und Therapeuten vergessen, sich darum zu kümmern. Das würde dieser Patientengruppe dann eher schaden, und das wollen wir natürlich nicht.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Weil wir eben wissen, darauf hat Frau Schmidtke schon hingewiesen, dass wir für geistig behinderte Menschen in Bremen und Bremerhaven – im Übrigen auch bundesweit, da sind wir gar keine Ausnahme, bei uns ist es sogar ein bisschen besser als im Bundesdurchschnitt – immer noch ein deutlich schlechteres Angebot haben, haben wir den entsprechenden Antrag vorgelegt. Im Antrag steht, wir wollen ein Konzept für Menschen mit geistiger Behinderung und psychischer Erkrankung haben, wozu auch die Suchterkrankungen gehören.

Die sehr guten konzeptionellen Überlegungen und die sehr gute Analyse, die der Senat durchgeführt hat, liegen jetzt vor. In der Analyse sind eine ganze Reihe Problemfelder benannt. Das beginnt mit der mangelnden Ausbildung vieler Therapeuten, das ist auch ein Punkt, der in Ihrem Antrag steht. Das geht weiter bis dahin, dass Ärzte und Therapeuten auch erst einmal sehr unsicher sind, wie man überhaupt mit geistig behinderten Menschen umgeht, und auch von ihrer Haltung häufig noch nicht die Offenheit haben – das gilt natürlich nicht für alle –, die wir uns wünschen. Auch die Verbindung mit der

Eingliederungshilfe ist noch nicht optimal, da muss man einiges tun, das ist in der Vorlage des Senats sehr gut ausgewiesen.

(C)

Unsere Meinung ist, dass wir nun auf der Grundlage dessen, was vorgelegt wurde, gemeinsam mit den Anbietern, aber vor allem auch mit den Betroffenen und deren Interessenvertretern diese Konzepte für Menschen mit geistiger Behinderung und psychischen Erkrankungen entwickeln müssen, und dazu gehören selbstverständlich auch die Suchterkrankungen. An dieser Stelle jetzt aber ein noch detaillierteres Konzept zu fordern, führt unserer Meinung nach nicht weiter und birgt die genannten Gefahren. Darum lehnen wir Ihren Antrag ab, und zwar nicht, weil wir das Thema nicht für wichtig erachten, es ist höchst relevant, und wir werden uns weiterhin gemeinsam, so hoffe ich doch, mit allen Fraktionen hier stark machen, die Versorgung für geistig behinderte Menschen zu verbessern. Darauf freue ich mich! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! DIE LINKE wird dem Antrag der CDU heute zustimmen, weil wir die Sachlage eigentlich genau umgekehrt sehen, wie sie Frau Dr. Kappert-Gonther eben dargestellt hat.

(D)

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Kommt ja nicht oft vor!)

Ja, aber das soll es geben! Die CDU hat eine Kleine Anfrage zum Thema Suchtprävention und Suchterkrankung bei geistig behinderten Menschen gestellt. In der Antwort wurden vom Senat durchaus auch sehr freimütig und sehr richtig Defizite zugegeben und beschrieben. Ich will einmal sagen, die Planung für ein Behandlungszentrum, die jetzt umgesetzt werden soll, findet natürlich auch unsere vollständige Zustimmung, das ist überhaupt keine Frage, aber trotzdem erscheint es uns sehr sinnvoll, wenn man sich einmal ein bisschen umhört, die vielen Träger speziell auch hinsichtlich der Suchterkrankungen zu unterstützen.

Wir haben mittlerweile eine relative Trägervielfalt, weil wir die Inklusionsrechte von geistig behinderten Menschen in der jüngeren Zeit wesentlich erweitert haben. Das führt dann aber auch dazu, dass die Probleme teilweise größer geworden sind. Die CDU beschreibt dies in ihrem Antrag, und wenn man sich umhört, hört man vom Martinsclub oder Netzwerk Selbsthilfe schon einiges, von dem man sagen kann, sie versuchen schon – eigentlich aufgrund mangelnder

- (A) Ansprechpartner – so etwas wie eine Suchtprävention oder Suchthilfe für sich zu organisieren, weil es für die Träger einfach wichtig ist.

Die Suchtproblematik – ich denke, das weiß Frau Dr. Kappert-Gonther auch ganz genau – gehört natürlich auch in den Gesamtkanon psychischer Erkrankungen, aber trotzdem glaube ich, dass im Alltag vor Ort, und das zeigt sich eigentlich überall, sehr oft mit Suchtproblematik anders umgegangen werden muss. Dazu hat die CDU, wie ich finde, einen guten Antrag gestellt. Darin steht nicht, ihr müsst dies und jenes machen, sondern es ist die Aufforderung, bis zu einem bestimmten Datum ein Konzept, das bestimmte Punkte berücksichtigen soll, vorzulegen, und DIE LINKE findet, dass das ein guter Ansatz ist, der überhaupt nicht im Gegensatz zu dem Zentrum steht, aber das Zentrum wird die Suchtproblematik beim Martinsclub oder anderen Trägern deshalb nicht aus der Welt schaffen.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Kappert-Gonther?

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE): Ja, klar!

- (B) Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Zur Klarstellung, Herr Erlanson: Ich habe nicht gesagt, dass man alle psychischen Erkrankungen gleichbehandeln und mit ihnen gleich umgehen sollte. Ich habe auch nicht gesagt, dass man nun alles in einen Topf werfen sollte. Ich habe gesagt, dass es jetzt auf unseren Antrag hin ein Gesamtkonzept geben soll, wovon die Suchterkrankungen ein Teil sind, und es macht unserer Meinung nach keinen Sinn, dafür extra noch einmal ein Konzept zu erstellen, sondern man sollte das Spezifische der Suchterkrankungen in dieses Gesamtkonzept integrieren.

Präsident Weber: Das war jetzt eine Kurzintervention.

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war eine Kurzintervention, Herr Präsident!)

Sie müssen nicht darauf eingehen. Können Sie auch nicht, Ihre Redezeit ist zu Ende!

(Heiterkeit)

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE): Ich glaube, wir haben uns da schon verstanden. Sie wollen sagen, es ist ein integraler Bestandteil des Behandlungszentrums, und wir sagen in diesem Fall gemeinsam mit der CDU, es kann durchaus sinnvoll sein, in solchen Einrich-

- tungen wie dem Martinsclub oder dem Netzwerk Selbsthilfe eine Suchthilfe einzurichten, weil es in den institutionellen Zusammenhang besser hineinpasst als in ein Gesamtbehandlungszentrum. Das ist unsere Position, deshalb unterstützen wir den Antrag der CDU. – Danke! (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann *): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Erst einmal möchte ich mich für die lobenden Worte zu dem vorgelegten Konzept bedanken. Daran haben einige Kolleginnen und Kollegen hier auch fleißig mitgearbeitet, und es ist auch von den genannten Einrichtungen – Selbst-Bestimmt Leben, Martinsclub, Werkstatt Bremen – viel Sachverstand mit in die Erarbeitung dieses Konzepts eingeflossen. Wenn der Antrag der CDU hier heute abgelehnt wird, heißt das nicht, dass uns das Thema egal ist, sondern dass der Senat es schon im vergangenen Jahr aufgegriffen hat und wir uns jetzt auf der Zielgeraden bewegen.

- Mir ist noch einmal wichtig zu sagen, Normalität heißt auch für Menschen mit geistiger Behinderung, dass sie sich an Konsumangeboten und Lebensstilen orientieren möchten, die für viele Menschen gelten. Manche möchten eben auch rauchen und Alkohol trinken. Bei den Themen Medienkonsum und Ernährungsverhalten wird eben auch Gleiches eingefordert, man möchte sich orientieren, und das ist auch in Ordnung. Dass es dann aber auch wie bei Menschen ohne geistige Behinderung zu Problemen mit Suchtverhalten kommt, liegt in der Natur der Sache. Wichtig ist, dass wir für alle Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen Unterstützungsangebote vorhalten und die Normalität auch garantieren, damit wir die UN-Behindertenrechtskonvention in diesen Belangen mit umsetzen. Es geht diesbezüglich auch um Gleichbehandlung. (D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will jetzt nicht die 62 Seiten des Konzepts vorstellen, das ist in der Deputation, glaube ich, schon ausreichend diskutiert worden. Das Thema wird uns weiterhin beschäftigen. Ich finde es auch richtig, dass es hier im Parlament mehrfach diskutiert wurde, denn erst durch die UN-Behindertenrechtskonvention – so ehrlich muss man sein – sind Menschen mit Behinderung wirklich in den Mittelpunkt der politischen Betrachtung gerückt.

Morgen diskutieren wir hier mit Herrn Steinbrück über die Arbeit, die hinter der Expertenkommission liegt, und die Empfehlungen, die in Bremen in ganz vielen politischen Bereichen, in allen Lebensbereichen umzusetzen sind. Ich glaube, auch dieses Thema

(A) gehört natürlich dazu. Ich finde, dass wir hier in den letzten zwei, drei Jahren wirklich viel erreicht haben, um Menschen mit Behinderung wirklich gleichzubehandeln und eine inklusive Sozialpolitik in diesen Belangen umzusetzen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/1593 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE LINKE und BIW)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(B) **E-Government vorantreiben, digitale Services ausbauen, zeitgemäße Formen der Bürgerbeteiligung etablieren**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Oktober 2014
(Drucksache 18/1594)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Lühr.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grobien.

Abg. Frau **Grobien** (CDU*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir, die CDU-Fraktion, legen Ihnen heute einen Antrag vor, mit dem wir den Senat unterstützen möchten, die E-Government-Strukturen in Stadt und Land voranzutreiben.

Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet weiter voran. Die immer mehr zunehmende Digitalisierung sollte und muss genutzt werden, um auch in der Verwaltung zu einer transparenteren, effizienteren, wirtschaftsfreundlicheren und letztendlich vor allem auch bürgernäheren Verwaltung zu kommen. Zwar gibt es in Bremen Ansätze und gute Projekte, allerdings fehlt es an einer konsistenten, ganzheitlichen Strategie. So gibt es bereits aus dem Jahr 2006 einen E-Government-Masterplan, der bis ins Jahr 2008 reicht. Bremen war damit also früh an der Entwicklung beteiligt und ist dann bei der Umsetzung wieder einmal stecken geblieben, wie so häufig.

So gibt es eine Vielzahl von Initiativen und Projekten, die durchaus erfolgreich sind, aber der große Durchbruch in der Umsetzung und der Blick auf das Ganze in der Strategie fehlen. Es gibt auch unzählige Stellen, Zuständigkeiten und Ansprechpartner, wie zum Beispiel KoSIT, die Koordinierungsstelle für IT-Standards, oder KoGIs, das Kompetenzzentrum zur Gestaltung der Informationssysteme, um einige zu nennen. Diese haben unter anderem die Aufgabe, die Verwaltung und weitere Akteure in Sachen Internet und Intranet zu schulen. Das hat aber alles noch nichts mit dem digitalen Rathaus oder dem digitalen Bürgerservice zu tun, wie er uns vorschwebt.

Die Bundesregierung hat mit dem E-Government-Gesetz die gesetzlichen Voraussetzungen bereits im Jahr 2013 geschaffen. Wie immer im Leben gibt es da Länder und Kommunen, die schneller, und andere, die langsamer in dem Thema unterwegs sind. In Bremen ist die Bereitschaft dazu da, allerdings haben wir auch eine eher skeptische lokale Szene, die etwas gegen mehr Transparenz und Datenumgang hat. Dazu möchte ich ausdrücklich sagen, dass wir den Datenschutz natürlich nicht vernachlässigen dürfen bei diesen Themen. Ich möchte aber auch auf einige Beispiele hinweisen: In Ingolstadt kann der Bürger, wenn er registriert ist, etwa mit einem elektronischen Identitätsnachweis online seinen Wohnsitz an- und ummelden, er kann Theaterkarten buchen oder auch Fristen für aus der Stadtbibliothek ausgeliehene Bücher verlängern.

Im Stadamt Bremen allerdings werden die potenziellen Vorteile der neuen Onlineausweisfunktion bei der Beantragung des neuen Personalausweises kaum propagiert. Für einige, die es noch nicht wissen: Die Onlineausweisfunktion bedeutet die Legitimation der Personendaten im Internet. Die Onlinefunktion des Personalausweises ist allerdings auch nur ein Aspekt des E-Government. Es gibt zahlreiche weitere positive Anwendungsmöglichkeiten, nehmen wir zum Beispiel Apps für Bürgermeldungen aus dem Stadtteil, mit denen Bürger die Verwaltung über Müll und Straßenlöcher et cetera informieren können. Wer schon einmal versucht hat, das ASV oder die dafür zuständige Stelle zu erreichen, weiß, wie schwierig das ist, und da können solche digitalen Services durchaus nützlich sein. Öffentlich zugängliche Geodatenportale für Bauwillige und Planungsbüros sind ein weiteres Beispiel. So kann Bürgernähe auch aussehen.

Anlässlich des letzten nationalen IT-Gipfels im Oktober letzten Jahres in Hamburg wurde die bessere Vernetzung von Verwaltungsleistungen im Nordwesten als Ziel bestätigt und angestrebt. Virtuelle Region Nordwest heißt das Projekt, ein Erprobungsraum der Metropolregion Nordwest gemeinsam mit dem Rheinland und dem Rhein-Neckar-Gebiet, wo einige Regionen schon weit voran sind. Auch hier will man gemeinsam agieren, um E-Government-Strukturen voranzutreiben. Schön, dass Bremen bei diesem Projekt dabei ist, das ist auch ein willkommenes Projekt,

(C)

(D)

(A) und trotzdem, bei all den Einzelaktionen und vielen guten Einzelinitiativen fehlt ein ganzheitliches Konzept. Hieran gilt es weiter zu arbeiten, weshalb wir in unserem Antrag eine landesweite E-Government-Strategie fordern. Wie gesagt, wir möchten Sie bei der Bündelung der vielen Einzelaktivitäten unterstützen und würden uns deshalb auch über die Unterstützung unseres Antrags freuen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Öztürk.

Abg. **Mustafa Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Kollegin Grobien, Sie sprechen in Ihrem Antrag von dem Bedarf an einer konsistenten IT-Strategie. Sie sprechen davon, dass es an zentralen Vorgaben und Standards sowie an einer zentralen Steuerung fehle. Ich kann Ihnen entgegenhalten – und Sie daran erinnern –, dass der Senat bereits im März 2014 seine aktuelle IT-Strategie beschlossen hat, wahrscheinlich auch mit Ihren Stimmen,

(Abg. **D r . K u h n** [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein, Gott sei Dank nicht, sie sitzen Gott sei Dank nicht im Senat!)

(B) aber mindestens mit Ihrer Kenntnisnahme. Haben Sie das nicht mitbekommen, oder irre ich mich gerade?

(Abg. **D r . K u h n** [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein, sie haben es nicht mitbeschlossen, weil sie nicht im Senat sind!)

Aber zur Kenntnis genommen! Dann korrigiere ich mich an dieser Stelle: Dann haben Sie es nicht zur Kenntnis genommen, denn hätten Sie es zur Kenntnis genommen, dann würden Sie hier in Ihrem Antrag vielleicht auch schreiben, dass das Informationsfreiheitsgesetz und das Informationsfreiheitsregister in Bremen einzigartig sind und von Bremen aus in ihrer Art eine gewisse Strahlkraft haben. Das Informationsfreiheitsregister enthält knapp 30 000 Dokumente, und im Dezember 2014 haben wir ja die Novellierung und die Überweisung in den dazugehörigen Ausschuss zusammen beschlossen.

(Zuruf der Abg. **F r a u G r o b i e n** [CDU])

Ich kann Ihnen auch entgegenhalten, dass der Senat die vielfältigen Vorgaben der von Ihnen bemängelten Zentralisierung und Standardisierung ebenfalls beschlossen hat, die Neugestaltung des IT-Managements in der bremischen Verwaltung bereits im Jahr 2009, die Standardisierung des IT-Supports zur Verbesserung der Sicherheit und Qualität des IT-Betriebs im Jahr 2011, die Neuorganisation der

IT-Beschaffung und -Vergabe im Jahr 2013, den Aufbau eines Informationssicherheitsmanagements auch im Jahr 2013. (C)

(Abg. **F r a u G r o b i e n** [CDU]: Es geht um Bürgeranwendungen!)

Zu dem Punkt komme ich gleich auch noch, aber ich habe zumindest die Bereiche schon einmal aufgezählt, die Sie in Ihrem Antrag nennen und von denen Sie bemängeln, sie seien nicht vorhanden, sodass Sie sich dort eine Neuerung wünschen. Ich trage gerade vor, dass der Senat bereits seit dem Jahr 2009 bis in das Jahr 2013 hinein all das aufgeschrieben und beschlossen hat, was Sie in Ihrem Antrag, zumindest im Vorspann, fordern, und sich ein Teil davon in der Umsetzung befindet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist Fakt, und das hätte man eventuell auch entweder weglassen oder anders formulieren können, wenn es weitergehende Forderungen wären.

In mehreren Punkten sind die Regelungen des E-Government-Gesetzes bereits in Bremen umgesetzt worden, auch daran möchte ich erinnern. Bereits im Jahr 2012 hat der Senat das elektronische Dokumentenmanagementsystem beschlossen, und er wird es bis Ende 2016 umsetzen.

(Abg. **K a s t e n d i e k** [CDU]: Vier Jahre, genau!) (D)

Sie hatten in Ihrem Antrag die Möglichkeit, Herr Kollege Kastendiek, zumindest das zu bemängeln, Sie hätten wenigstens sagen können, es gehe zu langsam oder sei nicht ausreichend. Sie sprechen aber in Ihrem Antrag schlichtweg davon, dass es fehlt.

Wir haben ein relativ gut funktionierendes Beschwerdemanagement in Bremen,

(Abg. **F r a u P i o n t k o w s k i** [CDU]: Was?)

ein Klick auf der Seite vom Amt für Straßen und Verkehr, die Sie eben beschrieben haben, führt dahin. Es gibt eine Homepage, und das Beschwerdemanagement ist bei dem Bürgerbeauftragten angegliedert. In jedem Ressort gibt es einen Bürgerbeauftragten. Man kann diese Personen anschreiben, und in der Regel antworten sie. Ob dadurch die Probleme behoben werden, ist eine andere Frage, darüber kann man streiten.

Sie fordern auch eine Open-Data-Initiative. Dann bitte ich doch einmal um Folgendes: Gehen Sie auf die Seite daten.bremen.de! Dort finden Sie auch die Punkte, die Sie in Ihrem Antrag bemängeln. Kostenlose Lizenzen sind nämlich vorhanden, ebenso einheitliche Standards und viele sehr gute Apps, die Sie ja in Ihrem Antrag fordern.

(A) Das, was Sie fordern, gibt es ja schon. Der ehemalige Bundesinnenminister, der heutige CDU-Bundestagsabgeordnete Friedrich, hat dem Bremer Senat eigenhändig einen Preis für die Veröffentlichung der vorbildlichen Finanzdaten überreicht. Auch das hätte man zur Kenntnis nehmen können. Sie bemängeln, dass es all das nicht gebe. Ich würde sagen, googelt Sie einfach einmal, das hilft, oder suchen Sie einfach einmal den kurzen Draht zu Ihrer Bundespartei!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ferner fordern Sie die Einführung der elektronischen Behördenakte. Auch das wurde im Jahr 2012 beschlossen und soll bis Ende des Jahres 2016 vollständig eingeführt werden. Wenn Sie das, was beschlossen wurde, in der Umsetzung nicht zufriedenstellend finden, dann hätten Sie das kritisieren können, dann hätten Sie einen Antrag vorlegen können, wie man es hätte besser machen können, aber Sie bemängeln ja, dass es nicht vorhanden sei.

Ich bin aber noch nicht am Ende: Sie fordern neue Formate der Bürgerbeteiligung. Ich möchte Sie einmal daran erinnern, dass es beim Flächennutzungsplan und beim Verkehrsentwicklungsplan bereits eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gegeben hat. Mag das ausreichen? Ich würde jetzt einmal ganz spontan sagen, nein, mit Sicherheit gibt es viele weitere Formate. Es gibt vorbildliche Kommunen und Städte, die auch andere Formate der Bürgerbeteiligung, zumindest was den Onlinezugang angeht, mit Sicherheit besser machen, aber das heißt ja nicht, dass es in Bremen keinerlei Bürgerbeteiligung gibt, zumindest auch nicht im Onlinebereich. In dem Punkt hätte ich mir einen Vorschlag Ihrerseits gewünscht, der uns vielleicht auf die Idee brächte, das eine oder andere besser zu machen.

(B) Zum Schluss fordern Sie, dass Datenschutz und Datensicherheit gewährleistet werden. Ein Blick in die IT-Strategie Bremens, die Sie scheinbar nicht gelesen oder zu Kenntnis genommen haben, hätte ja Ihre Forderung an der einen oder anderen Stelle beantwortet! Es ist ein sehr hoher Standard, der gewährleistet ist, wir haben hier nichts ausgegliedert.

Sie fordern auch einen Wettbewerb für innovative Apps. Bereits in den Jahren 2012/2013 –

(Glocke)

ich komme zum Schluss, Herr Präsident – wurden Apps in Bremen erfolgreich eingeführt und auch Preise ausgelobt.

Zu guter Letzt, das E-Government-Gesetz ist immer ein Bestandteil der aktuellen und der anstehenden Fortbildungsprogramme. Auch das bemängeln Sie in Ihrem Antrag. Insofern werden wir Ihrem Antrag hier kein positives Votum geben und ihn ablehnen! – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Öztürk hat ja schon vieles vorweggenommen. Der CDU-Antrag befasst sich mit den verschiedenen Aspekten der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und der Kommunikation über das Internet. Auch wir sehen, dass der Antrag der CDU größere Schwächen hat, weshalb wir ihm nicht zustimmen werden.

Es passiert äußerst selten – Frau Bürgermeisterin Linnert ist zwar gerade nicht da –, aber wir müssen hier einfach auch einmal die zuständige Finanzsenatorin in Schutz nehmen. Die CDU tut in dem Antrag so, als ob in Bremen in Sachen E-Government, Open Data und Informationsfreiheit wenig geschehe, und diese Einschätzung, muss ich ganz ehrlich sagen, teilen wir ausdrücklich nicht!

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt bei der Finanzsenatorin ein Referat für IT und E-Government, das sich engagiert um diese Themen kümmert. Es gibt eine regelmäßige Evaluation der Prozesse durch Herrn Professor Kubicek, die auch regelmäßig dem zuständigen Ausschuss vorgestellt wird. Im Frühjahr des Jahres 2014 gab es eine Online-Konsultation, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Wünsche hinsichtlich der durch die Verwaltung bereitgestellten Datensätze formulieren konnten. Es gab ebenfalls schon die von der CDU geforderten Preise und Wettbewerbe für Apps, wir beide waren bei einer dieser Veranstaltungen – das ist schon ein bisschen länger her –, die die veröffentlichten Datensätze aus Bremen nutzen.

Zu den weiteren Punkten des Antrags steht schon fast alles in der Veröffentlichung „Informationstechnologie Strategie der Freien Hansestadt Bremen“ aus dem Jahr 2014, die Sie ebenfalls schon im Internet finden. Deshalb irritiert uns dieser Antrag. Gleichzeitig sind sich hier sicherlich alle Fraktionen einig, dass die Digitalisierung der Verwaltung ein Prozess ist, der fortlaufend geprüft und immer wieder neu justiert werden muss. Ich denke, da gibt es hier keinen Dissens. Die CDU hat hier aber keine Vorschläge zu bieten, die neu wären, die es nicht schon gab oder die nicht sowieso schon in der Planung sind. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hamann.

- (A) Abg. **Hamann** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon alles gesagt, aber noch nicht von mir!
- (Heiterkeit)
- Wir haben diesen Antrag auch bei uns in der Fraktion diskutiert. Ich habe meiner Fraktion auch vorgeschlagen, diesen Antrag abzulehnen. Begründung: Vieles von dem, Herr Kollege Öztürk hat es ausführlich dargestellt, wird schon gemacht, eigentlich fast alles.
- Das Einzige, worüber man sich noch einmal unterhalten könnte, ist die Meldeplattform. Da gibt es zum Beispiel das Maerker Brandenburg-System, was man sich einmal anschauen kann, das kostet aber auch sehr viel Geld. Wir haben dazu eine Anfrage eingereicht. Es gibt schon so ein System vom ASV und auch eine App, das ist aber noch nicht perfekt.
- (Abg. Frau **Grobien** [CDU]: Die ist aber auch schon lange, lange im Gespräch!)
- Das ist der einzige Punkt, der halbwegs neu ist. Alles andere, Frau Grobien, so leid es mir tut, wir hatten es gestern auch schon einmal diskutiert, wird schon bearbeitet.
- (B) (Zuruf der Abg. Frau **Grobien** [CDU])
- Gestatten Sie mir noch zwei, drei allgemeine Bemerkungen! Ich musste eben schmunzeln, Frau Grobien, als Sie von lokalen Menschen sprachen, die gegen Transparenz sind, so ungefähr waren Ihre Worte. Wenn Sie einmal nach Hamburg schauen, da gibt es ein Transparenzgesetz: Wissen Sie, wer der größte Gegner ist? Die dortige Handelskammer! Sie als parlamentarischer Arm der Handelskammer, so verstehe ich Ihr Auftreten manchmal,
- (Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- können ja vielleicht einmal das, was Sie hier fordern, den Kollegen in Hamburg mitteilen. Das würde den Prozess weiterbringen!
- (Beifall bei der SPD)
- Zweitens, im Bund gibt es ein Informationsfreiheitsgesetz, auch dort gibt es die Möglichkeit, das einmal weiterzuentwickeln.
- (Beifall bei der SPD)
- Auch dort gibt es eine Partei, die mit C anfängt, die dagegen arbeitet. Auch hier wäre es doch einmal schön, wenn Sie sich einbringen würden! Einen
- Antrag, der sinngemäß lautet, wir fordern den Senat auf, im Bund aktiv zu werden, das, was wir in Bremen haben, auch im Bund im Bereich IFG zu machen, würde ich an dieser Stelle sofort unterstützen.
- (C) (Zuruf der Abg. Frau **Grobien** [CDU])
- Das ist doch kein Argument!
- Dann musste ich auch schmunzeln, als Sie vorhin von Datenschutz und Datensicherheit sprachen. Wir hatten heute Morgen ja die Gelegenheit, uns kurz über die sogenannte Vorratsdatenspeicherung zu unterhalten. Was der Kollege vorgebracht hat, war leider nicht so besonders gut. Das ist ja so ein bisschen die Bachblütentherapie der Sicherheitsparanoiker.
- (Heiterkeit und Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)
- Melden Sie sich doch einfach hier, Herr Knäpper, einfach melden!
- (Abg. **Knäpper** [CDU]: Ja, alles klar!)
- Ja, so ist das hier!
- (Abg. **Knäpper** [CDU]: Ich warte darauf, bis hier etwas passiert! Wir brauchen die Vorratsdatenspeicherung!)
- (D) Sie vielleicht, ich nicht!
- (Beifall bei der LINKEN)
- Herr Kollege Knäpper, es hindert Sie niemand daran, das zu machen. Jedes Mal, wenn Sie telefonieren, schreiben Sie das auf!
- (Heiterkeit)
- Hören Sie doch auf zu lachen! Jedes Mal, wenn Sie draußen über den Marktplatz gehen und jemanden treffen, schreiben Sie das auf! Dann machen Sie jeden Abend einen Bericht,
- (Abg. **Knäpper** [CDU]: Ja, toll!)
- und den liefern Sie bei der Polizei ab!
- (Abg. **Knäpper** [CDU]: Ja, wunderbar!)
- Wie, wunderbar? Machen Sie es doch einfach!
- (Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)
- Einfach machen! Nicht immer nur reden!

(A) (Zurufe von der CDU – Abg. D r . v o m B r u c h [CDU]: Ein bisschen mehr Ernsthaftigkeit!)

Das ist ein Argument, Entschuldigung!

(Unruhe bei der CDU – Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Hamann, führen Sie Ihre Rede fort, bitte!

Abg. **Hamann** (SPD): Ich bin ja interaktiv.

(Abg. D r . v o m B r u c h [CDU]: Das ist nur peinlich!)

Nein! Das, was Sie digital fordern, würden Sie analog niemals machen! Das habe ich Ihnen gerade vorgeführt, und da sagen Sie, das sei peinlich. Machen Sie es doch einfach einmal!

Ein letzter Punkt, den ich noch kurz nennen möchte, Frau Grobien, das mit den Büchern, das geht: Wenn Sie so eine Bibcard haben, dann können Sie Ihre Bücher online verlängern, das funktioniert auch schon. Daher werden wir diesen Antrag ablehnen, weil er, wie gesagt, bis auf den Punkt der Meldeplattform nichts Neues beinhaltet. – Vielen Dank!

(B) (Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Lühr.

Staatsrat Lühr: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe, als die Kopie vor mir auf dem Tisch lag, gedacht, dass ein Versehen passiert war und dass mir ein alter Vorgang aus dem Jahr 1998 vorgelegt worden ist. Nach Feststellung der Echtheit hat sich dann sofort der Eindruck ergeben, dass der Antrag leider einen großen Teil der Wirklichkeit ausblendet.

Ich kann es gut beurteilen, weil ich seit 15 Jahren, und zwar seit 2000 als die IT-Zuständigkeit in das Finanzressort wechselte, unter einer Senatorin und zwei Senatoren, immer in verantwortlicher Position beteiligt war und die Entwicklung verfolgt habe. Wir haben immer versucht, den Amtsschimmel auf die Datenautobahn zu bringen. Das ist manchmal nicht so einfach, weil sowohl die Autobahn als auch der Amtsschimmel zusammenpassen müssen, und das sage ich einmal selbstkritisch als aufgeklärter Bürokrat. Deswegen möchte ich hier jetzt noch einige Portionen Wirklichkeit nachliefern.

Ich versuche es einmal kurz zu fassen: Ich habe die Strategie mitgebracht, die im Mai 2014 beschlossen worden ist. Sie ist im Haushalts- und Finanzausschuss und im Medienausschuss erörtert worden, Sie können die Protokolle nachlesen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Es fehlt eine Strategie! Das wurde eben gesagt!)

(C)

Das war die Strategie, die vorgelegt worden ist, schauen Sie sich die Rückmeldungen auch aus den einzelnen Fraktionen dazu an! Ich finde es richtig schwierig, Frau Grobien –

(Unruhe bei der CDU)

können wir uns vielleicht noch einmal auf eine wichtige Sache konzentrieren, ich würde gern einen Sachverhalt aufklären! –, und es ist ganz gefährlich, wenn Sie sagen, die KoSIT und andere mischen dabei irgendwie mit und niemand weiß, was dort getan wird. Ich darf Ihnen einmal sagen, dass die KoSIT die Koordinierungsstelle für IT-Standards ist. Sie ist eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der 16 Bundesländer, die in Bremen angesiedelt ist. Es ist quasi ein Institut für Standardisierung, das jedes Jahr 1,6 Millionen Euro für Bremen einbringt. Wenn Sie das nach dem Königsteiner-Schlüssel ausrechnen, trägt Bremen circa 14 000 Euro zur Finanzierung bei, denn das entspricht also 0,8.

Wir haben hier also Arbeitsplätze geschaffen. Es besteht ein Verbund mit der Universität, damit wir gute Informatiker akquirieren können. Es sind Arbeitsplätze für sehr qualifizierte Menschen entstanden. Bayern hat zugestimmt, dass die KoSIT bei uns angesiedelt wird, und das ist im Jahr 2011 geschehen. Die Innenministerkonferenz hat Bremen einstimmig weitere Aufgaben zum Meldewesen und zum Polizeiiinformationstransfer übertragen. Das wollte ich Ihnen nur noch einmal sagen, bevor Sie wiederholen, dass im Finanzressort ein paar Mitarbeiter beschäftigt seien, die nicht wüssten, was sie tun sollten.

(D)

(Abg. Frau G r o b i e n [CDU]: Das habe ich so nicht gesagt!)

Sie hatten gesagt, dass es dort ein Zuständigkeits-durcheinander gäbe, so, als ob wir selbst keinen Überblick hätten! Es ist eine Einrichtung des Bundes und der Länder, und das möchte ich einfach hier noch einmal festhalten.

Ein Stichwort ist bisher nicht gefallen: Die No-Spy-Klauseln. Der IT-Planungsrat hat die von uns eingebrachten Klauseln beschlossen, inzwischen verfahren alle Bundesländer danach. Die danach durchgeführten Ausschreibungen sind mit entsprechenden Klauseln und einem Überprüfungsverfahren versehen. Das betrachten wir als Bremer Erfolg.

Das E-Government-Gesetz ist am Ende des Jahres 2013 in Kraft getreten ist. Kein anderes Bundesland hat es bisher umgesetzt, Bremen leistet die Vorarbeiten. Wir stimmen uns auf Länderebene ab, weil es unterschiedliche Zuständigkeiten gibt – Innen-

- (A) ressorts, Wirtschaftsressorts, Finanzressorts –, und dann werden wir einen Entwurf vorlegen. Zu Ihrer Information: Es liegt eine Referentenentwurf vor. Die Vorschriften, die im Verwaltungsverfahrensgesetz geändert werden müssen, die praktisch die Grundlage bilden, sind vom Senat beschlossen und dem weiteren Beratungsverfahren zugeführt worden.
- Der nächste Punkt: Das fehlende Gremium! Natürlich ist ein Gremium vorhanden, nämlich der ressortübergreifend tätige IT-Ausschuss. Im IT-Ausschuss ist jedes Ressort mit seinem Staatsrat oder dessen Vertreter Mitglied. Wir haben die Apps, das brauche ich nicht zu wiederholen. Das Spannende ist ja, dass wir seinerzeit von Bundesinnenminister Friedrich für eine Haushalts-App ausgezeichnet worden sind. Jeder kann in die App eigene Sparvorschläge eingeben und ausrechnen, wie sich die Vorstellungen auswirken. Wir nutzen diese App manchmal um zu schauen, in welchen Bereichen weitere Potenziale vorhanden sind. Das kann man ja als Anregung weitergeben.
- Informationsfreiheitsregister! Hamburg hat aufgerüstet und ein gutes Gesetz verabschiedet. Fakt ist, in Hamburg sind 25 000 Datensätze gespeichert, und bei uns sind es 29 400 Datensätze. Hamburg holt auf, wir schreiben weiter voran! Wir haben durchaus den Ehrgeiz, zum Abschluss der Tabelle vor Hamburg zu stehen!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- (B) Noch einmal zum Erprobungsraum Nord-West! Sie haben zwei Dinge miteinander vermischt. Die virtuelle Region Nord-West ist schon zu Herrn Perschus Zeiten gegründet worden. Das ist ein Verbund der Landkreise, der Kommunen sowie der Städte Bremen und Bremerhaven. Dieser Verbund hat immer versucht, einen IT-Austausch zu organisieren. Auf dem IT-Gipfel der Bundesregierung hat sich Bremen als Erprobungsraum beworben, bundesweit sind bisher zwei Erprobungsräume anerkannt worden. Die Staatssekretärin des Bundesinnenministeriums hat Bremen aufgrund der entsprechenden Arbeitsgruppenbeschlüsse letztendlich benannt.
- Am 22. Oktober 2014 titelte das „Hamburger Abendblatt“, dass Bremen, also die Region Nord-West, als Erprobungsraum benannt worden sei und es wurde gefragt, aus welchen Gründen keine Beteiligung Hamburgs erfolgt sei. Es ist kritisiert worden, dass die eigene Freie und Hansestadt Hamburg nicht beteiligt worden sei, und das „Hamburger Abendblatt“ hätte es gern gesehen, wenn die Metropolregion Hamburg auch beteiligt gewesen wäre.
- Noch ein Wort zum Bürgerservice! Das Pilotprojekt „Bürgerservice-Portal“ in Ingolstadt ist eine Sache. Ich sage Ihnen noch einmal, rufen Sie die Startseite des ASV auf. Sie ist jetzt so komfortabel eingerichtet, dass Sie nur noch klicken müssen. Sie können auch mit Ihrem Smartphone ein Bild mit einem Vorschlag
- schicken und schreiben, wo etwas getan werden soll, und Sie bekommen sofort eine Antwort. Beim Bürgertelefon, das Sie unter der Telefonnummer 115 oder über 3610 anwählen können, ist gerade der einmillionste Anrufer beraten worden.
- (Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat er denn wenigstens einen Preis bekommen?)
- Dort verknüpfen wir IT-Unterstützung, Terminmanagement und so weiter. Viele Bürgerinnen und Bürger rufen an und fragen, ob man ihnen weiterhelfen könne, sie wüssten nicht, was sie tun sollten, ehe sie alles mühsam recherchieren und eingeben. Wir sehen das Bürgertelefon als Fortschritt an. Wir bieten den Service inzwischen in sechs Sprachen an, es können also auch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Menschen mit Migrationshintergrund, das Bürgertelefon anrufen.
- In jedem Ressort ist ein Beschwerdeportal installiert, sodass man zumindest erst einmal die Möglichkeit hat, darauf zurückzugreifen. Letztlich besteht die Möglichkeit der Terminrecherche. Das waren nur ein paar Punkte, ich kann Ihnen den Rest gern nachtragen, oder wir können im zuständigen Ausschuss der Bürgerschaft gern noch einmal über die Aktivitäten umfassend und detailliert berichten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- (D) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
- Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/1594 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür CDU)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und BIW)
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
- Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei im Land Bremen**
- Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Oktober 2014
(Drucksache 18/1596)

- (A) Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer.
Die Beratung ist eröffnet.
Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Hanners.

Abg. **Hanners** (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute Morgen hier in der Bremischen Bürgerschaft einen Entschließungsantrag zu den terroristischen Anschlägen auf die Redaktion der satirischen Zeitung „Charlie Hebdo“, den jüdischen Supermarkt in Paris sowie die weiteren Polizeiaktionen in Frankreich und Belgien behandelt. Dabei hat sich gezeigt, wie bedroht gegenwärtig unsere Sicherheitslage durch salafistische Extremisten in Europa ist. Wir haben aktuell auch aus den Medienberichten entnehmen können, dass auch Deutschland im Fokus dieser Terroristen ist.

Wir müssen uns – und das ist aus meiner Sicht ein wichtiger Hinweis – in unserem demokratischen Rechtswesen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wehren, dass Terroristen unsere Pressefreiheit, Meinungsfreiheit oder Versammlungsfreiheit durch kaltblütige Morde an Journalisten, Polizisten, oder durch die Drohung damit beseitigen können.

- (B) Neben einigen weiteren wertvollen Maßnahmen gehört für die CDU-Fraktion dazu auch die Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei. Wie leicht es offensichtlich ist, in Europa an Schusswaffen bis hin zu Kriegswaffen wie Sturmgewehre, Handgranaten oder Panzerfäuste zu kommen, zeigen die Ausrüstung der drei Attentäter aus Frankreich und die sichergestellten Waffen in Belgien. Jedoch werden auch im polizeilichen Alltag Angriffe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte immer häufiger mit Messern, Schlagwerkzeugen oder ähnlichen Dingen verübt.

Das passiert nicht nur bei geschlossenen Einsätzen, wie großen Versammlungen oder Fußballereinsätzen, sondern regelmäßig auch bei Massenschlägereien oder – was eigentlich ja schon schlimm genug ist! – bei ganz normalen, zunächst harmlosen, täglichen Einsätzen der Polizei.

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Polizeibeamtinnen und -beamte, die unseren Rechtsstaat verteidigen und für unsere Freiheit und Sicherheit sorgen, im Dienst verletzt oder sogar getötet werden. Dabei muss aus Sicht der CDU-Fraktion alles Erdenkliche getan werden, das Verletzungsrisiko der Polizisten auf ein Minimum zu reduzieren. Dazu gehört unter anderem, für die Beamtinnen und Beamten der Bereitschafts- und der Schutzpolizei, die bei vielen Einsätzen besonders gefährdet sind, die neuesten hieb- und stichfesten Körperschutzausstattungen anzuschaffen. Dazu gehört natürlich auch, für die Spezialkräfte des SEK, also des Spezialeinsatzkommandos, und des MEK, die Zugriffsmaßnahmen gegen Terroristen oder sonstige Gewalttäter durchführen müssen, ebenfalls die bestmögliche schussfeste Kör-

- (C) perschutzausstattung und die für diese Einsätze erforderlichen Waffen anzuschaffen.

Meine Damen und Herren, die Polizei muss aber nach Ansicht der CDU-Fraktion auch mit den entsprechenden Fahrzeugen, auch Spezialfahrzeugen für das SEK und das MEK, ausgestattet werden, um möglichst schnell und sicher zum Einsatzort gelangen zu können. Dazu gehört, dass die Fahrzeuge den neuesten Sicherheitsstandards entsprechen sollten und nicht zehn Jahre alt oder noch älter sind beziehungsweise mehrere Hunderttausend Kilometer gefahren sind oder – wie es im letzten Jahr gängige Praxis war – dass gebrauchte Fahrzeuge, die in Hamburg aussortiert worden sind, dann von Bremen aufgekauft worden sind. Natürlich gehört auch dazu, dass die Scheiben der Polizeifahrzeuge – wir hatten ähnliche Fälle auch in Bremen – nicht durch Stein- oder Aschenbecherwürfe zerstört werden können und damit eine erhebliche Gefahr für die Insassen in diesen Fahrzeugen darstellen.

Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion gehört eine ausreichende Personalausstattung der Polizei ebenfalls dazu. Die Polizei muss in die Lage versetzt werden, unsere Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Der Senat hat bei der Einstellung von Polizeibeamtinnen und -beamten in den letzten Jahren die zu erwartenden Versetzung in den Ruhestand – es ist ja nicht so schwierig, herauszufinden, wie viele Beame in den nächsten Jahren bei der Polizei in Ruhestand gehen – nicht ausgeglichen, mit der Folge, dass spätestens ab dem Jahr 2017 deutlich weniger Polizisten im Land Bremen zur Verfügung stehen als heute, ganz zu schweigen von der Tatsache, dass die von der CDU-Fraktion geforderte Polizeistärke von 2 600 für die Stadt Bremen schon lange nicht mehr erreicht worden ist. Wir fordern deshalb die Einstellung von mindestens 120 Polizisten für das Jahr 2015.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, unterstützen Sie unseren Antrag zur Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei im Land Bremen im Interesse der Freiheit und Sicherheit unserer Bürger, aber auch, um die körperliche Unversehrtheit der Polizeibeamtinnen und -beamten im Dienst zu verbessern. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Güngör.

Abg. Frau **Güngör** (SPD)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Ausstattung und die Arbeitsbedingungen der Polizei und auch des Personals im Rettungswesen, wie Feuerwehr und Rettungsdienst, sind Grundlage

(C)

(D)

(A) für eine sichere und gute Arbeit, bis zu diesem Punkt bin ich ganz bei dem Einleitungstext des uns heute vorliegenden Antrags der CDU-Fraktion. Trotzdem werden wir diesen Antrag heute ablehnen, weil er ein falsches Bild zeichnet.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich gehe nun auf die einzelnen Punkte ein, Herr Hinners!

(Abg. H i n n e r s [CDU]: Sehr gut!)

Erstens, die CDU-Fraktion fordert im ersten Beschlusspunkt, die Bereitschaftspolizei mit neuen hieb- und stichfesten Körperschutzausstattungen, kurz KSA, auszustatten. Tatsächlich ist es so, dass die Bereitschaftspolizei mit Körperschutzausrüstungen des Bundes ausgestattet ist. Diese werden selbstverständlich regelmäßig auf Funktion und Tauglichkeit überprüft und natürlich auch bei Bedarf ausgetauscht. Im nächsten Jahr ist eine Komplettanierung von circa 10 Prozent der KSA erforderlich. Für eine erheblich größere Zahl ist der Austausch von Arm- und Beinprotektoren vorgesehen, wo jedoch zunächst noch neuere und leichtere Materialien erprobt werden. Der Kostenaufwand wird insgesamt zwischen circa 140 000 und 180 000 Euro liegen. Es wird hier also schon etwas getan.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zweitens, die im Beschlusspunkt enthaltene Behauptung, die Ausmusterung der Polizeifahrzeuge würde nach starren Alters- oder Laufleistungsgrenzen erfolgen, ist schlichtweg nicht wahr. Eine Aussonderung erfolgt grundsätzlich nach Aspekten der Wirtschaftlichkeit, das heißt, es sind natürlich erfahrungsgemäß so – –.

(Zuruf des Abg. H i n n e r s [CDU] – Heiterkeit bei der CDU – Abg. H i n n e r s [CDU]:
Man kann die Wirtschaftlichkeit natürlich so
auslegen, wie Sie es gern hätten!)

Nein, erfahrungsgemäß ist es natürlich so, dass Fahrzeuge mit einer bestimmten Laufleistung schneller anfällig für Reparaturen werden oder es häufig Folge-Reparaturen gibt – das ist ja bei einem zunehmenden Fahrzeugalter so –, aber Grundlage ist dann eben nicht die Laufleistung, sondern es sind einfach die anderen Faktoren, wie die Wirtschaftlichkeit.

Die Fahrzeugzuweisung innerhalb der Polizei erfolgt nach ausgewiesenen Bedarfen. Die gesteigerten Bedürfnisse der Spezialeinheiten finden dabei auch Berücksichtigung, wobei der hohe Anschaffungspreis eines Sonderfahrzeugs von immerhin 50 000 Euro

pro Wagen einen sofortigen Austausch auch nicht immer zulässt und daher teilweise verzögert vorgenommen wird. Darüber hinausgehende Bedarfe wie die angesprochenen Halbgruppenwagen, die über die vorgesehene Laufzeit verwendet werden, werden ausgesondert, sofern der Zustand das verlangt. In der Tat ist hier ein Erfordernis – –.

(C)

(Abg. H i n n e r s [CDU]: Wer beurteilt den
Zustand denn?)

Bitte?

(Abg. H i n n e r s [CDU]: Wer beurteilt
das denn?)

Die Reparaturwerkstatt natürlich! In der Tat ist hier natürlich ein Erfordernis von Fahrzeugen entstanden. Der Ersatz bis zum Jahr 2016 von 21 notwendigen Fahrzeugen wird aber bereits vorbereitet, Herr Hinners.

Drittens, das Innenressort hat in den vergangenen Jahren unter Herrn Senator Mäurer die Einstellungszahlen von Polizeibeamten konstant hoch gehalten. Auch in diesem Jahr werden wieder 100 Polizeianwärterinnen und -anwärter für die Polizei Bremen und die Ortspolizei Bremerhaven eingestellt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. H i n n e r s [CDU]: Das
ist zu wenig! – Zuruf des Abg. Dr. Güldner
[Bündnis 90/Die Grünen])

(D)

Grundlage dessen ist nicht eine pauschale Forderung der CDU, Herr Hinners, sondern eine Berechnung auf Basis von Personalprognosen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. H i n n e r s [CDU]: Wer
macht die denn?)

Wie ich bereits eingangs gesagt habe, zeichnet Ihr Antrag also ein falsches und überzogenes Bild. Wo etwas zu tun ist, machen wir es natürlich, aber Überzeichnung hilft hier auch nicht weiter. Deshalb werden wir Ihren Antrag auch ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier heute einen Antrag der CDU vom 21. Oktober letzten Jahres. Ein bisschen aufgerüstet haben Sie eben in der Begründung schon, Herr Hinners, das

(A) wäre eigentlich gar nicht nötig gewesen. Natürlich ist bekannt, dass die Polizei unter den Kürzungskursen gelitten hat, übrigens nicht nur unter den aktuellen, vor allen Dingen auch unter den Kürzungskursen zu Zeiten der Großen Koalition unter einem Innensenator Röwekamp, das sollte man hier auch noch einmal erwähnen.

Es gab und gibt, da gebe ich Ihnen völlig Recht, Herr Hinners, zu niedrige Zahlen bei der Neueinstellung von Nachwuchskräften, sodass altersbedingte Abgänge in den letzten Jahren nicht richtig kompensiert werden konnten. Da stimme ich Ihnen völlig zu. Außerdem kam es zur Schließung von kleineren dezentralen Polizeiwachen, oder ihre Öffnungszeiten wurden deutlich eingeschränkt. Gerade diese Personalknappheit und die damit einhergehende schlechtere Ansprechbarkeit in den Quartieren ist unseres Erachtens eine Verschlechterung, die viele Bürgerinnen und Bürger beunruhigt. Es geht dabei nicht um das Raumkonzept oder wie viele Einsatzwagen es gibt, sondern einfach tatsächlich um den Service für die Bürger.

Auch die LINKE teilt diese Befürchtungen, auch wir wollen eine bürgernahe Polizei, die dann auch entsprechend in der Fläche erreichbar sein muss. Hier spielt dann doch die sogenannte gefühlte Sicherheit eine Rolle, man darf das einfach nicht ignorieren. Es geht aber auch darum, wie weit eine Person fahren muss, bis sie eine Polizeiwache erreicht. Gerade für Ältere oder Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, ist das ein wichtiger Aspekt. Wir sagen auch, hier muss dringend umgesteuert werden.

(B) Die im Antrag geforderten 120 Neueinstellungen von sogenannten Anwärterinnen und Anwärtern, also Auszubildenden für die Polizeilaufbahn, unterstützen wir, das hatten wir in den letzten beiden Haushaltsberatungen auch gefordert. Es ist tatsächlich so, Frau Güngör, dass das dem Personalbedarf entspricht, denn wenn man die Abgänge bis zum Jahr 2017 hochrechnet, ist das keine Fantasiezahl.

Wir teilen allerdings nicht die im Antrag formulierte Schwerpunktsetzung zugunsten der Bereitschaftspolizei, und wir sind auch nicht der Meinung – dazu haben Sie soeben auch etwas gesagt –, dass es bei den nötigen Investitionen, bei Ausrüstungen und dem Fuhrpark, zuerst um das SEK oder das MEK geht. Ehrlich gesagt, wer mit den zuständigen Personalräten oder der Polizei spricht, der weiß, dass sie zum Teil andere Probleme haben. Sie haben Wachen und Reviere, die nicht gut besetzt sind – in Krankheitsfällen sowieso nicht –, sie erhalten Anrufe und müssen dann nach Priorität und manchmal aus dem Bauchgefühl heraus entscheiden, was sie als wichtiger empfinden. Das ist ihr Problem.

Wir stimmen deshalb – und wir bitten um getrennte Abstimmungen – dem Punkt 4 des Antrags zu, in dem die 120 Anwärterinnen und Anwärter pro Jahr gefordert werden, und kündigen an dieser Stelle an, dass wir zu den Punkten bezüglich des Fuhrparks

und der Ausrüstung der Bereitschaftspolizei in der Innendeputation gern noch einmal einen Bericht hätten – die Berichtsbitte werden wir stellen –, und dann können wir auch diesen Punkt des Antrags ein bisschen genauer beurteilen. Die Ausführungen der Kollegin Frau Güngör habe ich soeben zur Kenntnis genommen, und dann kann man auch darüber weiterreden. – Ich danke Ihnen!

(C)

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gewalterfahrungen gehören leider zum Beruf der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mittlerweile dazu. Im Dienst für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger müssen die Beamtinnen und Beamten immer öfter einstecken, sich im wahrsten Sinne des Wortes in Auseinandersetzungen begeben. Daraus ergibt sich für die grüne Fraktion selbstverständlich und natürlich der Anspruch darauf, dass es eine bestmögliche Ausstattung für die Beamtinnen und Beamten geben muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(D)

Der Vorwurf der CDU an den obersten Dienstherrn der Polizei, Herrn Innensenator Mäurer, ist aus unserer Sicht schon fast böseartig. Sie unterstellen, dass Innensenator Mäurer ganz bewusst mit der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spielt. Ich halte einen solchen Vorwurf für absolut verfehlt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn es um die Handlungsnotwendigkeiten geht, und wenn es sie auch in Zukunft geben wird, dann ist es die Aufgabe des Innensensors, und so wie wir ihn bisher wahrgenommen haben, wird er diese Aufgabe erfassen und wird auch entsprechend handeln.

Lassen Sie mich ganz kurz in Erinnerung rufen, dass es nicht so ist, dass seit dem Jahr 2007, seit Beginn der rot-grünen Regierungskoalition, nichts zur Verbesserung der Situation der Beamtinnen und Beamten getan wurde. Gleich zu Beginn waren die Abgeordneten mit der Einführung des sogenannten EKA beschäftigt, des Einsatzstocks kurz ausziehbar.

(Abg. H i n n e r s [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hinners?

(A) Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Da wir eine zweite Runde haben, Herr Hinners, würde ich jetzt gern weiter vortragen.

Der EKA war aus Sicht der Polizei notwendig, um im Dienst besser gerüstet zu sein. Diesem Wunsch ist die Regierungskoalition aus SPD und Grünen selbstverständlich nachgekommen.

Bei der jüngsten Diskussion um die sogenannte Spuckschutzhaube habe zumindest ich für die grüne Fraktion erklärt, dass wir das Bedürfnis der Beamtinnen und Beamten absolut nachvollziehen können, wir es auch für notwendig erachten, eine Verbesserung des Schutzes zu erzielen, und dass es bei uns auch im Grundsatz keine Differenzen und Probleme mit diesem Einsatzmittel gibt. Wir haben allerdings auch schon gesagt, das will ich deutlich und ehrlich sagen, dass wir die Einsatzschwelle gern schon so hätten, dass ein Einsatz nicht einfach willkürlich passieren darf, das ist auch bei polizeilichen Maßnahmen hoffentlich nie der Fall. Wir haben gesagt, die Spuckschutzhaube darf nicht im Bereich der Prävention eingesetzt werden, sondern nur, wenn es entsprechende Anlässe oder Erfahrungen gibt oder es zu einer Spuck- oder Beißattacke kommt.

(B) Das Nächste – leider in dieser Bürgerschaftswoche wegen Krankheit des geschätzten Kollegen Senkal ausgesetzt –, mit dem die Regierungskoalition eine Forderung der Polizei erfüllt, ist die sogenannte Body-Cam, die in der Polizei selbst, das wissen Sie auch, nicht unumstritten ist. Die Kolleginnen und Kollegen der Grünen aus Hessen berichten aber, dass es zu einer deutlichen Wirkung im Sinne der Prävention in der Auseinandersetzung mit dem polizeilichen Gegenüber geführt hat, und wenn das am Ende hilft, dann sind wir bereit, auch diesen Schritt mitzugehen.

Natürlich, lassen Sie es mich so deutlich sagen, muss man immer prüfen, ob die Ausstattung der Polizei noch angemessen und zeitgemäß ist. Das haben wir zuletzt beispielsweise beim Angriff auf die Beamtinnen und Beamten der Polizei in der WM-Nacht in Bremen-Nord diskutiert, wo sich die Polizei zum Eigenschutz erst einmal zurückziehen musste. Unter anderem war in der Deputation für Inneres ein Thema, wie eigentlich die Streifenwagen geschützt sind, was das Einwerfen der Scheiben betrifft. Sie erinnern sich daran, dass diese Frage sozusagen etwas umgegangen wurde, wir etwas diskutiert haben und uns am Ende einig waren, dass es dort noch zu Verbesserungen kommen muss. Ich bin mir sicher, dazu wird der Senator für Inneres wahrscheinlich auch gleich noch etwas sagen.

Insgesamt sehen wir es als Aufgabe der Polizeiführung und des Innensenators. Bisher sind außer den vorgenannten Dingen bei uns keine weiteren Punkte angekommen, aber wir sind auch sicher, dass der Innensenator dieser Aufgabe gerecht wird.

Zum Thema Personal diskutieren wir heute ja nicht zum ersten Mal. Der Senat hat am 21. Oktober 2014 für das Land Bremen 100 Beamtinnen und Beamte

in die Ausbildung entsandt und hat dann, das will ich der Vollständigkeit halber noch hinzufügen, zehn weitere Stellen für den Bereich des Nicht-Vollzugs genehmigt, ein Bereich, der auch immer wieder Gegenstand der Diskussion war. Ich habe es damals auch in den Erörterungen im Haushalts- und Finanzausschuss so wahrgenommen, dass es ein ziemlicher Kraftakt war, den der Senator für Inneres und die Senatorin für Finanzen gemeinsam im Sinne der Sicherheit und der Polizei gelöst haben. Aus unserer Sicht waren die Maßnahmen damals begrüßenswert und sind es heute immer noch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ansonsten nehme ich aus der Debatte mit, dass es bei der CDU eine große Unterstützung für die Verschärfung des Waffenrechts gibt. Das habe ich bisher gelegentlich auch anders wahrgenommen, aber Sie haben soeben auf den Umlauf von Waffen in vielen Dingen hingewiesen.

Ich möchte noch einen Satz in Sachen Polizeiwesen sagen, Frau Vogt. Ich glaube, dass die Debatte nicht korrekt geführt wird, weil man sich natürlich Gedanken machen muss, wenn man eine begrenzte Anzahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, wie man sie einsetzt. Ich finde, das oberste Ziel muss das Abarbeiten der sogenannten Notrufe mit der entsprechenden Kategorisierung sein. Dann halte ich es für durchaus vertretbar, den Bürgerinnen und Bürgern auch zuzumuten, den Weg zu einer Wache etwas länger zu beschreiten, wenn sie einen normalen Fahrraddiebstahl oder Ähnliches anzeigen wollen. Dies ist eine Abwägung, das gebe ich zu, man kann es sich auch anders wünschen, das nehme ich auch als politischen Unterschied zwischen uns wahr. Ich glaube aber, dass uns die Beamtinnen und Beamten auf der Straße mehr helfen als hinter dem Tresen der Wache. Insofern werden wir dort nicht auf einen gemeinsamen Nenner kommen, denke ich. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hinners.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Denken Sie daran, er kann sich nicht mehr wehren!)

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da mir Herr Fecker nicht die Möglichkeit gegeben hat, ihm eine Frage zu stellen, nehme ich es jetzt wahr, den Hinweis zu geben.

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Du wärst sowieso gekommen!)

(C)

(D)

(A) Ich wäre erschienen, Herr Tschöpe.

(Heiterkeit)

Herr Fecker, Sie haben angeführt, dass Sie seit dem Jahr 2007 mit der SPD zusammen in der Koalition sind und hier über alle Belange bestimmen. Sie haben aber nicht darauf hingewiesen, dass wir im Jahr 2007 bei Ihrem Antritt in der Regierungskoalition 2 630 Polizeibeamte allein in Bremen hatten, Bremerhaven hatte noch weitere Polizisten. Wir haben jetzt in Bremen 2 500 Polizeibeamte. Wir haben heute also circa 130 Polizisten weniger als bei Ihrem Dienstantritt, und Sie sagen, dass Sie die Ausstattung der Polizei verbessert haben. Wenn das so weitergeht, dann aber vielen Dank für die Polizei Bremen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU – Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Zur Ehrlichkeit gehört natürlich auch, dass man sich die Folgejahre anschaut!)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

(B) Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Fecker! Herr Fecker, jetzt rede ich mit Ihnen. Mir ist durchaus bewusst, dass die Einsatzwagen im Raum unterwegs sind, mir ist auch das Konzept bewusst. Ich habe damals in der Innendeputation gefragt, ob es insgesamt ausreicht, nachdem wir die Ereignisse nach der WM-Nacht diskutiert haben. Ich meine jetzt nicht nur in Bremen-Nord, sondern es ist ja auch bekannt, dass der Bremer Süden zum Beispiel wesentlich lang gestreckter und größer ist als der Bremer Norden. Das könnte man noch einmal diskutieren, aber die Frage der Polizeiwachen oder Reviere betrachte ich tatsächlich aus der Sicht der Bürgernähe.

Sie haben eben gesagt, man könne den Menschen zumuten, wegen eines Fahrraddiebstahls auch längere Wege in Kauf zu nehmen. Genau das ist aber das, was teilweise ein bisschen problematisch ist. Ich habe das erlebt, und das war genau eines der Probleme, auf die ich in Woltmershausen angesprochen worden bin von Menschen, die kein Auto besitzen und sich da einfach einmal hineinsetzen: Ich muss jetzt zum Flughafendamm, aber ich habe kein Fahrrad mehr.

Ich habe jetzt gehört, dass eine Möglichkeit geschaffen werden soll, solche Fälle ab dem Jahr 2016 virtuell über das Internet anzuzeigen. Das würde natürlich ein wenig Abhilfe schaffen, aber trotzdem bin ich der Meinung – unabhängig von den Einsätzen, die die Polizei fährt und wo sie natürlich dadurch, dass sie sich im Raum bewegt, auch angemessen präsent sein muss und es überwiegend ist –, dass man im Zuge einer bürgernahen Polizei auch in den Quartieren Ansprechpartner bei der Polizei haben

(C) muss. Ich glaube, das ist unabhängig von allen anderen Konzepten, und darin unterscheiden wir uns vielleicht wirklich ein bisschen, ich glaube, es ist sehr wichtig, dass die Menschen jemanden haben, den sie persönlich ansprechen können. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was nehme ich aus dieser Debatte mit? Erstens: Ich finde es sehr erfreulich, dass sich alle Vertreter heute für unsere Polizei ausgesprochen haben.

(Abg. H i n n e r s [CDU]: Das ist unter anderem Sinn der Debatte!)

Das ist ein Ausdruck der Wertschätzung, und es ist sehr schön, dass sich alle in der Frage einig sind, dass wir mehr Personal gebrauchen können und auch in der Sicherheit der Beamten einen sehr hohen Stellenwert sehen. Es freut mich auch insbesondere – das war nicht immer so –, dass ich auch diesbezüglich die Unterstützung der LINKEN habe, das finde ich wunderbar.

(Beifall bei der SPD)

(D) Zu den konkreten Dingen, Herr Hinners, ich habe genau hingehört! Sie haben gesagt, im personellen Bereich würde es im Jahr 2017 Probleme geben. Ich habe im Jahr 2008 angefangen und in den ersten Jahren darunter gelitten, dass die Zahl der Polizeikräfte von Jahr zu Jahr gesunken ist,

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Aha!)

das war einfach das Ergebnis davon, dass zu wenige Polizeibeamte ausgebildet wurden.

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Aha!)

Das habe ich dann dank Ihrer Unterstützung geändert.

Wenn man sich einmal die nackten Zahlen, also das Beschäftigungsvolumen anschaut – das ist das, was wir real erledigt haben –, dann waren wir im Jahr 2011 bei 2 310 Beschäftigten, im Jahr 2012 bei 2 319 Beschäftigten, im Jahr 2013 bei 2 357 Beschäftigten, und wir haben das Jahr 2014 gerade mit 2 355 Beschäftigten abgeschlossen. Das stelle ich Ihnen als Bilanz vor. Man kann sagen, dass das keine riesigen Sprünge sind, aber ich glaube, fairerweise muss man, anerkennen, dass wir zumindest, wenn man

(A) die Grundrechenarten beherrscht, die Anzahl des Personals gehalten haben. Möglicherweise ergibt sich daraus auch ein gewisser Anstieg, aber das überlasse ich Ihrer Interpretation.

Der Senat hat dann in Erwartung, dass in diesem Jahr eine Wahl stattfindet, rechtzeitig im letzten Jahr entschieden, wie es weitergeht, damit das nicht miteinander verbunden wird, und er hat sich dann erfreulicherweise dazu entschieden, zum 1. Oktober 2015 100 Beamtinnen und Beamte einzustellen, das Auswahlverfahren läuft bereits.

Der Senat hat außerdem entschieden, dass wir ab dem Jahr 2015 folgende noch einmal 30 Kräfte zusätzlich bekommen, um ein Programm umzusetzen, das im Ergebnis auch dazu führt, dass die Polizei mehr Kräfte hat. Sie müssen einfach sehen, wir haben aus der Not heraus bei der Polizei viele Aufgaben mit qualifizierten Polizeibeamten besetzt. Diese Funktionen könnte man auch über sogenannte Seiteneinsteiger, also Angestellte mit in der Regel technischen Qualifikationen, genauso gut besetzen. Deswegen haben wir freie Hand bekommen, diesen Prozess umzusteuern und damit dann auch weitere Anforderungen zu erfüllen. Das heißt also, auch im Jahr 2015 haben wir eigentlich immer noch deutlich mehr Beschäftigte als zu der Zeit, als ich begonnen habe, und wir müssen uns die weitere Entwicklung anschauen.

(B) Wir werden, wie gesagt, heute nicht ad hoc anfangen und sagen, wir bräuchten angesichts der Ereignisse in Paris mehr Personal. Das wäre so auch populistisch, denn jeder von uns weiß natürlich, wenn ich heute sage, ich möchte mehr Polizeibeamte haben, dann freuen sich alle, aber die Wahrheit ist natürlich, wenn wir hier heute beschließen, 50 neue Beamte einzustellen, werden sie uns erst am 1. Oktober 2018 zur Verfügung stehen. Polizeibeamte sind auf dem freien Markt nicht zu haben, das sage ich einmal in aller Deutlichkeit, wir können sie nicht abwerben, und wir haben nur dann Nachwuchs, wenn wir ihn selbst ausbilden, das ist die schlichte Wahrheit. Ich warne auch vor zu sehr populistischen Ansagen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wie gesagt, die Zukunft im Jahr 2017 kann man noch gestalten, wir haben die Grundlagen im Grunde genommen auch geregelt mit der Entscheidung für das Jahr 2015, und dann kann man ausrechnen, was im Jahr 2018 nach der Ausbildung herauskommen wird. Es gibt die Möglichkeit, auch noch etwas zu steuern, indem man in dem Bereich der technischen Angestellten die Dinge verändert. Also, wir sind handlungsfähig und haben mehr Personal bei der Polizei als je zuvor.

Punkt 2, die beliebten Fahrzeuge! Ja, es ist richtig, wir haben sogar gebrauchte Fahrzeuge aus Hamburg erworben.

(Abg. H i n n e r s [CDU]: Ausrangierte!)

(C)

Sogar ausrangierte Fahrzeuge, ja! Wir haben auch Fahrzeuge mit einer Leistung von 300 000 Kilometern, welch ein Problem! Ich sage einmal, die Polizei hat circa 500 Fahrzeuge, da gibt es viele verschiedene. Da gibt es zunächst einmal die Streifenwagen, von denen wir in der Regel 25 Fahrzeuge im Einsatz haben, das sind immer die neuesten. Ich glaube, es ist gerade einmal vier Wochen her, dass ich bei der Bereitschaftspolizei 15 neue Fahrzeuge präsentieren konnte, das gehört auch zu dieser Realität, und wir haben bereits die nächste Quote für das Jahr 2016 bestellt, das heißt, überall dort, wo schnelle, gute, stabile Fahrzeuge gebraucht werden, kommen sie auch an. Ich frage aber auch: Wem tut es weh, wenn ein Kontaktbeamter mit einem etwas älteren Fahrzeug zur Schule fährt?

(Zuruf: Dem Kreuz! – Heiterkeit – Zurufe)

Hauptsache er fährt! Ja, er kann auch das Fahrrad nehmen! Deswegen kann man auch gebrauchte Fahrzeuge aus Hamburg übernehmen.

Das Ganze muss immer wirtschaftlich sein, aber es kommt nicht darauf an, dass wir die Polizei mit den 500 Fahrzeugen wirklich auf dem neuesten Stand halten. Beim SEK, bei den Sondereinheiten und im Bereich der Schutzpolizei muss das so sein, dort haben wir dann auch den Ehrgeiz, unsere Zielsetzung zu erreichen, möglichst schnell an Ort und Stelle zu sein, wenn man den Notruf wählt, aber bei vielen anderen Dingen reicht auch ein langsames Fahrzeug, Hauptsache die Polizei ist beweglich. Das zum Thema Fahrzeuge!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zur Ausstattung der Polizei, auch dieses Thema begleitet mich seit dem Jahr 2008. Da wusste ich noch nicht, was ein EKA überhaupt ist, aber er war das Erste, das diese Koalition gemeinsam eingeführt hat, diesen bekannten Schlagstock, den man ausziehen kann. Wir haben auch in den letzten Jahren für Bremen und Bremerhaven ganz neue Schusswaffen gekauft und das Thema Spuckschutzhaube diskutiert und für uns entschieden, sie einzuführen. Wir kümmern uns jetzt darum, dass zum Beispiel die Scheiben der Fahrzeuge gesichert werden. Wir schauen einmal, ob es möglich ist, die Kollegen in den Fahrzeugen zum Beispiel durch Folien besser gegen Würfe und andere Dinge zu schützen. Wir haben dann ein ganzes Programm aufgelegt, das auch die Ausstattung betrifft, und auch da ist es nicht so, dass man bei Null anfängt, sondern die Bremer Polizei hat in der Regel bei der Bereitschaftspolizei die vom Bund finanzierte Ausstattung.

(Abg. H i n n e r s [CDU]: Dann hat sich der
Antrag doch schon gelohnt!)

(A) Natürlich hält diese Ausstattung auch nicht ewig, einen Teil werden wir dann möglicherweise aussondern, einen Teil kann man vielleicht noch einige Jahre behalten.

Es geht aber darum, diese Dinge einfach kontinuierlich weiterzuentwickeln. Dort darf es keinen Stillstand geben, und wir müssen immer dafür sorgen, dass die Dinge dann auch vor Ort sind. Wir haben zum Beispiel Probleme, wenn es regnet, dafür gibt es keine vernünftige Jacke, denn die Jacke, die zurzeit eingesetzt wird, ist leicht entflammbar, das ist nicht ganz hilfreich, deswegen arbeiten wir daran. Es gibt auch Dinge beim SEK, wo wir nachrüsten müssen, also keine Sorge, Sie werden uns da mit Sicherheit nicht überrunden können, sondern wir machen das unauffällig und kontinuierlich weiter.

Dass wir im Ergebnis auch für Personal noch etwas mehr Geld gebrauchen könnten, ist klar. Ich bin schon so lange hier, und diese Anträge sind alle gleich: Montags sagen Sie, mehr Geld für die Kita, dienstags sagen Sie, mehr Geld für die Schulen, mittwochs mehr Geld für das Finanzamt, und am Wochenende sitzen Sie gemeinsam mit der Handelskammer zusammen und sagen, meine Güte, sind die Personalkosten in Bremen hoch! – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Ziffern 1 bis 3 des Antrags abstimmen.

Wer den Ziffern 1 bis 3 des Antrags der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/1596 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und BIW)

(C)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 1 bis 3 des Antrags ab.

Jetzt lasse ich über die Ziffer 4 des Antrags abstimmen.

Wer der Ziffer 4 des Antrags der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/1596 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE LINKE und BIW)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 4 des Antrags ab.

(D)

Meine Damen und Herren, damit sind wir an das Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluss der Sitzung 18.02 Uhr)

Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.

(A)

Anhang zum Plenarprotokoll

(C)

Konsensliste

Von der Bürgerschaft (Landtag) in der 74. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung	
	37. Gesetz zur Neuregelung des Krebsregisterrechts Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2014 (Drucksache 18/1679) 1. Lesung	Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.	
	39. Geschäftsbericht zum doppischen Jahresabschluss 31. Dezember 2013 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2014 (Drucksache 18/1681)	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt Kenntnis.	
	44. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel Mitteilung des Senats vom 25. November 2014 (Drucksache 18/1646) 2. Lesung	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt Kenntnis.	
(B)	45. Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Lebensmittelrecht zum Wegfall von Befristungen Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2014 (Drucksache 18/1476) 2. Lesung	Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.	(D)
	46. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe (Tariftreue- und Vergabegesetz) Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21. November 2014 (Drucksache 18/1645) 2. Lesung	Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.	

Weber

Präsident der Bremischen Bürgerschaft

